

KOAS

KOMPETENZZENTRUM
ANTISEMITISMUSKRITISCHE
BILDUNG & FORSCHUNG

FH;P

Fachhochschule Potsdam
University of
Applied Sciences

ZWISCHENBERICHT

Bundesweite Studie zu den Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023

*auf jüdische und israelische Communities
in Deutschland*

AUTORINNEN

Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai

UNTER MITARBEIT VON

Hanne Balzer und Sophia Hoppe

BERLIN, SEPTEMBER 2025

Gefördert durch:



Antidiskriminierungsstelle
des Bundes

»for me October 7th (.) as I said it's a date that (.) by definition changed my life completely (.) and in a way made me understand that what I (.) what I saw before (.) was not (.) what I experienced before what I felt before was not (.) clear enough (.) within the background of my family and all of us' family so it's not a personal story, it's (.) resonates with all the community of the jewish people (.) this grief this (.) pain this (.) extreme violent antisemitism that its purpose is to basically erase us (.) as an Israeli person that grow up with the idea of the Holocaust of course [...] we (.) I had this believe that (.) this can't happen again (.) you know (..) and this was a story of the past for me (.) something that is connected to my ancestors«

(INTERVIEWPARTNERIN 79, ANFANG 40, GEBÜRTIG AUS ISRAEL)

»wahrscheinlich werden wir irgendwie noch eine Weile überleben irgendwie (.) aber die Räume dafür (.) es gibt immer weniger Räume dafür (.) die Räume dafür werden rarer sozusagen und also es fühlt sich auch für mich an wie so eine Schlinge die sich langsam (.) einfach zuzieht (.) langsam (.) aber es wird immer enger und es gibt einfach immer mehr Räume die man meiden muss weil die Räume werden sich nicht öffnen für mich (.) die werden sich nicht verändern (.) das heißt um mich zu schützen muss ich diese Räume meiden (.) und ich nehme mal an das ist (.) das ist etwas was sich wiederholt also es fühlt sich danach an dass das etwas ist was nicht (.) das erste Mal so war für jüdische Menschen (.) also irgendwie wie so eine historische Wiederholung aber deswegen ist es umso wichtiger sich damit zu beschäftigen also mit der Geschichte mit den Traditionen weil bisher eben die Geschichte auch gezeigt hat dass es nicht hilft und nicht rettet sich anzupassen«

(INTERVIEWPARTNERIN 33, ENDE 30, GEBÜRTIG AUS DER UKRAINE)

Inhalt

1. Einleitung	6
2. Forschungsstand	10
3. Theoretischer Rahmen der Studie	12
4. Methodologie und Methodik	13
4.1 Forschungsziel	13
4.2 Methoden der Datenerhebung	13
4.3 Feldzugang und Sample	16
4.3.1 Feldzugang	16
4.3.2 Sample	17
4.4 Methode der Datenauswertung	18
5. Ausgewählte Befunde	20
5.1 7. Oktober – lebensgeschichtliche (Be-)Deutungen	20
5.1.1 Emotionale Überwältigung	20
5.1.2 Lebensgeschichtliche Bezüge	24
5.1.3 Reaktivierung früherer Erfahrungen mit Terror und Krieg	27
5.1.4 Zusammenfassung	30
5.2 Der 8. Oktober – Reaktionen des nichtjüdischen Umfelds	32
5.2.1 Modus der Verherrlichung der Massaker	34
5.2.2 Modus des Schweigens und der Ausblendung	34
5.2.3 Modus der offensiven Konfrontation	36
5.2.4 Modus der doppelten Standards für jüdische Betroffene von Gewalt und Terror	43
5.2.5 Modus der Schuldzuweisung	44
5.2.6 Modus der diskursiven und politischen Benutzung jüdischer Positionen	45
5.2.7 Zusammenfassung	46
5.3 Psychische und physische Auswirkungen des 7. Oktober	47
5.3.1 Anzeichen sekundärer Traumatisierung	48
5.3.2 Wirkung der digital vermittelten Gewalt	50
5.3.3 Intrusionen zu Bildern vom 7. Oktober	52
5.3.4 Transgenerationale Reaktualisierung	54
5.3.5 Angst als Reaktion auf den 7. Oktober	57
5.3.6 Zusammenfassung	59

5.4 Auswirkungen auf die Teilhabe am öffentlichen Leben	60
5.4.1 Zur Wirkung antisemitischer Bildsprache und Demonstrationen im Wohnumfeld	61
5.4.2 Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl an queeren Orten	62
5.4.3 Diskriminierung im öffentlichen Nahverkehr	64
5.4.4 Verbale Übergriffe im Kontext von Arztbesuchen	65
5.4.5 Rückzug aus öffentlichen und digitalen Räumen	66
5.4.6 Zusammenfassung	68
5.5 Diskriminierung am Arbeitsplatz	69
5.5.1 Auswirkungen auf kollegiale Beziehungen	69
5.5.2 Diskriminierungserfahrungen im Berufsleben	70
5.5.3 Stiller und expliziter Boykott	71
5.5.4 Zusammenfassung	72
5.6 Bildungsbereich	73
5.6.1 Dilemmata jüdischer Eltern in Bildung und Erziehung	73
5.6.2 Antisemitische Angriffe im Kontext von Schulen	75
5.6.3 Antisemitismus und Exklusion im Kontext von Hochschulen	76
5.6.4 Zusammenfassung	81
5.7 Thematisierung des Kriegs im Gazastreifen und der politischen Situation in Israel	82
5.7.1 Biografische Nähe zu den Orten des Geschehens	83
5.7.2 Anerkennung von Leid und Positionierungen	85
5.7.3 Kritik an unterschiedlichen Ausblendungen von Leid und Verantwortung	88
5.7.4 Auseinandersetzung mit der eigenen Beziehung zu Israel	90
5.7.5 Zusammenfassung	92
5.8 Innerjüdische Kohäsion	93
5.8.1 Zusammenrücken und innerjüdische Inklusion	93
5.8.2 Inanspruchnahme von communitybasierten Angeboten	95
5.8.3 Auseinandersetzung mit dem Verständnis von jüdischer Community	97
5.8.4 Zusammenfassung	99
6. Diskussion der Befunde	99
6.1 Der 7. Oktober als (kollektive) Überwältigungserfahrung	100
6.2 Der 8. Oktober – Modi gesellschaftlicher Reaktionen	103
6.3 Auswirkungen im öffentlichen Raum, Beruf und Bildung	104
6.4 Innerjüdische Kohäsion und Thematisierungen der Beziehungen zu Israel, Judentum und Gaza	106
6.5 Psychische Auswirkungen und transgenerationale Dimension	107
7. Empfehlungen auf Basis der Befunde	110
8. Literatur	111

1 Einleitung

Am 7. Oktober 2023 führte die Hamas mit weiteren Terrororganisationen wie dem Islamischen Dschihad unter Beteiligung von Zivilist*innen aus dem Gazastreifen einen groß angelegten Terroranschlag gegen Israel durch, bei dem mehr als 1.200 Menschen auf grausame Weise getötet, Tausende verletzt und mehr als 240 als Geiseln verschleppt wurden. Es handelt sich um das tödlichste Massaker an Jüdinnen*Juden seit der Shoah. Die Gewalt hatte nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die israelische Bevölkerung, sondern löste weltweit Erschütterung innerhalb der jüdischen Diaspora aus.

Der Angriff vom 7. Oktober war von der Hamas nicht nur militärisch geplant, sondern in hohem Maße ideologisch aufgeladen – mit dem Ziel, Macht zu demonstrieren und internationale Reaktionen hervorzurufen. Die Gewalt wurde nicht verborgen, sondern von den Täter*innen umfassend dokumentiert und gestreamt, mit „Go Pro“-Kameras, ihren eigenen Smartphones und denen der Opfer. Die mediale Inszenierung der Gewalt vor der Weltöffentlichkeit durch die umgehende digitale Verbreitung der Aufnahmen erfolgte in der Erwartung, dass der Angriff – verstärkt durch die absehbare militärische und politische Reaktion Israels – als Provokation und Mobilisierungsmoment eine diskursive Wirkung entfalten würde. Dass Teile der internationalen Öffentlichkeit zögerlich und relativierend reagierten, entsprach der strategischen Kalkulation der Tätergruppen. Der Historiker Dan Diner schrieb in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wenige Wochen nach dem 7. Oktober, der Angriff der Hamas sei kein gewöhnlicher terroristischer Anschlag gewesen, sondern eine jahrelang vorbereitete, minutiös durchgeführte Militäraktion, die den Israelis den Vernichtungstod in Aussicht stelle. Der Angriff habe nicht allein dem Staat Israel gegolten. Die exzessive Brutalität, die öffentliche Inszenierung und die massenhafte Verbreitung selbstproduzierter Bilder der Gewalt hätten auf die jüdische Diaspora gezielt und seien von Jüdinnen*Juden weltweit als genozidale Botschaft verstanden worden (vgl. Diner 2023). Diese Botschaft senden die Täter bis heute durch die regelmäßige Verbreitung von sadistisch inszenierten Aufnahmen, in denen die gequälten Geiseln zu Äußerungen und Handlungen vor laufender Kamera gezwungen werden.

Was also im Diskurs in Deutschland teilweise als vermeintlicher Widerstandsakt gedeutet wird, war ein vorsätzliches, lang geplantes Massaker an Jüdinnen*Juden – verbunden mit systematischer sexualisierter Gewalt, Geiselnahmen, der andauernden Folter von Geiseln sowie kontinuierlichen Raketenangriffen auf die israelische Zivilbevölkerung. Die psychologische Folter, der die Angehörigen der Geiseln ausgesetzt sind, die Berichte von Überlebenden über Folter und gezielte Gewalt – auch gegen Kinder –, das Wissen um die zivilen Opfer und die Zerstörung im Gazastreifen sowie die

innenpolitischen Zerwürfnisse entfalten eine traumatisierende Wirkung und halten die israelische Gesellschaft in einem Zustand andauernder Anspannung (vgl. Neria et al. 2025).

Auch die systematisch dokumentierten Berichte von Überlebenden des 7. Oktober, forensische Analysen und audiovisuelle Dokumente belegen schwere Verbrechen an Zivilist*innen aller Altersgruppen (vgl. Rozovsky 2024). Der 2025 veröffentlichte Bericht „A Quest for Justice: October 7 and Beyond“ zeigt, dass sexualisierte Gewalt gezielt und in organisierter Form eingesetzt wurde, als Instrument der Machtdemonstration und Demütigung (vgl. Halperin-Kaddari et al. 2025; The Dinah Projekt 2025). Die von den Tätern selbst angefertigten Bild- und Tonaufnahmen dienen dabei nicht nur als Beweismaterial, sondern legen dem Bericht zufolge die ideologische Grundlage ihrer Taten offen: Sie dokumentieren Judenhass, gezielte Tötungsabsicht und systematische Indoktrinierung. Es ist naheliegend, dass sich die Täter des 7. Oktober gezielt an den Gewalt-Skripten aus der Shoah orientierten, im Wissen um deren Bedeutung für die israelische Gesellschaft (vgl. Oz-Salzberger 2025; Ebbrecht-Hartmann/ Hartmann 2023).

Die unmittelbar nach dem Massaker einsetzenden globalen Reaktionen – insbesondere die Verleugnung des antisemitischen Massakers – machen einen Kernmechanismus des Antisemitismus sichtbar: die Umkehrung von Opfer- und Täter*innenrollen sowie die Legitimation der Gewalt. Die diskursive Instrumentalisierung des Krieges im Gazastreifen dient dabei als Katalysator, der diese Dynamiken verstärkt und die Bildung antisemitischer Narrative fördert. Mit der Eskalation des Hasses auf Israel formiert sich nun eine neue antisemitische Normalität, die sich nur begrenzt in Zahlen erfassen lässt. Gleichwohl verweisen sowohl der Anstieg antisemitischer Straftaten und Vorfälle (vgl. Bundesverband RIAS e.V. 2024) als auch das sprunghaft gewachsene Fallaufkommen bei der Beratungsstelle bei antisemitischer Diskriminierung und Gewalt OFEK e.V. in den ersten Monaten nach dem 7. Oktober auf diese Entwicklung (vgl. OFEK 2024).

Für die jüdische Diaspora bedeutet der 7. Oktober nicht nur das tödlichste Massaker seit der Shoah, sondern auch den Verlust einer Idee von Israel als Schutzraum. Durch den demonstrativen Durchbruch des Grenzzauns, die medial verbreiteten Morde, Verstümmelungen, Vergewaltigungen, Plünderungen und Geiselnahmen ist dieser Schutzraum fragil geworden. Hinzu kommen das Schweigen und die vielfach ausbleibende gesellschaftliche Verurteilung dieser Exzesse hier in Deutschland. Die erwartbare israelische Reaktion auf die Anschläge fungiert dabei als Ventil, das antisemitische Narrative verstärkt und einen Legitimationsanker für antisemitische Empörungswellen bietet (vgl. Brunner et al. 2024).

Nach dem 7. Oktober und im Kontext des Krieges in Gaza treten zentrale Strukturmerkmale des Antisemitismus deutlich hervor: Die Täter*innen-Opfer-Umkehr sowie die Personifizierung und

Verschiebung der Schuld auf Jüdinnen*Juden als Kollektiv verschaffen den Täter*innen eine nachträgliche Legitimation. Dadurch ist es möglich, den 7. Oktober als vermeintlichen Befreiungsschlag zu rahmen, während der Terror diskursiv relativiert und ins Gegenteil verkehrt wird. Charakteristisch für die antisemitische Ideologie ist, dass Jüdinnen*Juden weltweit nach dem 7. Oktober nicht trotz, sondern gerade aufgrund des erlittenen Leids erneut zum Ziel von Gewalt und Terror werden (vgl. Sznaider 2024). Antisemitische Massaker und Pogrome dienten historisch stets als Initialmoment zur Mobilisierung und Legitimation weiterer Gewalt gegen jüdische Communities (vgl. ebd.). Dass Teile der deutschen Gesellschaft den 7. Oktober relativieren oder rechtfertigen, verdeutlicht, wie tief antisemitische Dispositionen bis heute verankert sind. Damit wird eine Traditionslinie fortgesetzt, in der auf erlittene Gewalt systematisch neue Gewalt folgt, eine zyklische Dynamik, die als strukturprägendes Merkmal der Antisemitismusgeschichte beschrieben werden kann (vgl. Chernivsky 2025a).

In diesen antisemitischen Verschiebungen manifestiert sich eine zweite Gewaltform, die Jüdinnen*Juden sekundär viktimisiert. Die Gewalt vom 7. Oktober dient dabei als performative Botschaftstat, die über die Demonstration von Macht und die Produktion von Angst die jüdische Existenz weltweit in den Zustand kollektiver Verletzlichkeit versetzt (vgl. u. a. Brainin/Teicher 2025). Der 7. Oktober ist vor diesem Hintergrund als ein Ereignis zu verstehen, das ein genozidales Vernichtungspotenzial in sich trägt und die jüdische Gemeinschaft kollektiv verunsichert (vgl. u. a. Rabinovici 2024). Die Gewalt um den 7. Oktober trifft hier in Deutschland auf eine Gemeinschaft, die historische Gewalterfahrungen wie auch ein transgeneracionales Trauma in sich trägt (vgl. Grünberg/Arnold 2025; Chernivsky 2025b). Studien in Israel zeigen bereits einen Anstieg anhaltender traumaassoziierter Reaktionen sowohl in der jüdischen als auch in der arabischen Bevölkerung, die dem Anschlag und seinen Folgen dauerhaft ausgesetzt sind (vgl. Neria et al. 2025). Auch erste Studien aus Deutschland verweisen auf eine hohe Belastung jüdischer Communities (vgl. u.a. Shani et al. 2024). Der Angriff, das Massaker und die dadurch befeuerte Eskalation des Antisemitismus wirken kumulativ und rufen in jüdischen Familien vertraute Bilder wach. Das Massaker, der Krieg im Gazastreifen, das Bangen um die Geiseln, die anhaltende Bedrohung durch antisemitische Anschläge und die Gefahr weiterer Eskalationen summieren sich zu einer dauerhaften Belastungserfahrung (vgl. u. a. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2024a,b).

Die gesellschaftlichen Entwicklungen nach dem 7. Oktober verdeutlichen, wie antisemitische Narrative in Krisenzeiten an Dynamik gewinnen und sich in Deutschland aktuell insbesondere in Gestalt eines israelbezogenen und politischen Antisemitismus artikulieren. Politischer Antisemitismus, verstanden als ideologisch aufgeladenes Deutungs- und Identifikationsangebot, konnte bereits in der Vergangenheit breite gesellschaftliche Mobilisierung entfalten und zur Legitimation politischer

Programme genutzt werden. In Phasen autoritärer Strömungen – etwa während der Pandemie und nun erneut nach dem 7. Oktober – erfährt diese Form ideologischer Weltdeutung eine deutliche Konjunktur (vgl. Rensmann 2025) und wirkt dabei als Brückenphänomen zwischen unterschiedlichen politischen Milieus (vgl. Decker et al. 2024).

Als zahlenmäßig kleine Minderheit erleben Jüdinnen*Juden in Deutschland die Gleichzeitigkeit des Terrors, des Krieges in Gaza und des Antisemitismus. Die jüdische Bevölkerung in Deutschland ist sowohl von mehrfachen Migrationserfahrungen als auch in weiten Teilen von direkten familienbiografischen Bezügen zu Verfolgung und Vernichtung geprägt. Zudem ist die jüdische Identität mit weiteren Zugehörigkeiten und Mehrfachidentitäten verflochten, die zugleich Anknüpfungspunkte für (strukturelle) Diskriminierungen darstellen. Aus intersektionaler Perspektive betrachtet sind Jüdinnen*Juden nicht nur antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt, sondern in der Regel von weiteren strukturellen Benachteiligungen betroffen. Obwohl jüdisches Leben in der Diaspora stets von Migration geprägt war, wird der Migrationsdiskurs eher selten mit der jüdischen Community verknüpft. Die Mehrheit der hier lebenden Jüdinnen*Juden stammt jedoch aus Osteuropa, aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, aus Israel und vielen anderen Staaten. Dennoch sind Jüdinnen*Juden in der Migrations- aber auch in der Rassismusforschung kaum präsent (vgl. Arnold/Karakalyi 2024). Ihre Erfahrungen mit antischwarzem Rassismus, mit Diskriminierung als People of Colour oder auch mit antislawischem Rassismus finden wenig Beachtung, weil Jüdinnen*Juden als nicht von Rassismus betroffen imaginiert werden (vgl. u. a. Kiesche 2025).

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Lage bildet die Frage, wie jüdische und israelische Gemeinschaften in Deutschland den 7. Oktober und die darauffolgenden Reaktionen wahrnehmen, einordnen und verarbeiten, den Ausgangspunkt des zweijährigen, bundesweiten Forschungsprojekts, das von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) gefördert wird (Laufzeit 2024–2025). Seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt sich die Relevanz der subjektorientierten Antisemitismusforschung zu jüdischen Perspektiven. Das Erkenntnisinteresse der Studie, die seit Februar 2024 am Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung & Forschung (KOAS) in Kooperation mit der FH Potsdam umgesetzt wird, betrifft die Frage, was der 7. Oktober für Jüdinnen*Juden in Deutschland bedeutet, welche Folgen das Ereignis für jüdische und israelische Communities hat und wie sich seitdem die jüdische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland gestaltet.

Der vorliegende Zwischenbericht bietet eine theoretische Einordnung der Studie, stellt die Methodik dar und präsentiert erste ausgewählte Befunde. Der für 2026 geplante Abschlussbericht wird die Ergebnisse ausführlich darstellen und vertiefend diskutieren. Zudem werden weitere Analysen ergänzt werden zu folgenden Themen: Erfahrungen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen,

Auswirkungen in den institutionellen Kontexten Kindertagesstätte und Schule sowie Zukunftsperspektiven jüdischer und israelischer Communities in Deutschland.

2 Forschungsstand

Die Antisemitismusforschung nach 1945 knüpfte zunächst an die Kritische Theorie und die sozialpsychologischen Analysen Adornos und Horkheimers an, während zeitgeschichtliche Forschung Antisemitismus meist als Begleitphänomen des Nationalsozialismus mit Fokus auf die Shoah behandelten. Erst seit den 1980er-Jahren wurde Antisemitismus systematischer untersucht; seit den 1990er-Jahren hat sich das Feld pluralisiert und institutionell etabliert – mit historischen, sozialwissenschaftlichen, makrosoziologischen, diskursanalytischen, psychologischen und pädagogischen Ansätzen. Dabei richtete sich der Fokus stark auf die Erforschung antisemitischer Einstellungen, die in Umfragen als individuelle Vorurteile erfasst wurden (vgl. Kranz/Schaum 2024; Goldenbogen/Kleinmann 2021). Während die Einstellungsforschung vor allem das Ausmaß antisemitischer Einstellungen als Bestandteil größerer Einstellungsstudien in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft erhob (vgl. u. a. Zick/Küpper 2021), vertieften erste qualitative Studien die Perspektiven von nichtjüdischen Jugendlichen (vgl. Scherr/Schäuble 2007) und Fachkräften der Jugendarbeit (vgl. Radvan 2010). Die Effekte des Antisemitismus für die jüdische Gemeinschaft blieben jedoch über Jahrzehnte weitgehend unerforscht (vgl. Deutscher Bundestag 2017). Diese Engführung begünstigte strukturelle Leerstellen, die dazu beitrugen, dass die Wirkungsgeschichte der Shoah, antisemitische Gewaltverhältnisse und jüdische Selbstthematisierungen in sozialen Professionen und Institutionen über lange Zeit marginal blieben (vgl. Stender i.E.; Chernivsky/Lorenz-Sinai 2025a).

Daraus ergab sich die Notwendigkeit, Antisemitismusforschung stärker an den Erfahrungen und Folgen für Betroffene auszurichten und die Dimensionen von antisemitischer Gewalt systematisch in den Blick zu nehmen (vgl. Schäuble/Radvan 2016; Chernivsky 2017; Goldenbogen/Kleinmann 2021; Kranz/Schaum 2024). Erst mit dem 2017 veröffentlichten Antisemitismusbericht des zweiten Unabhängigen Expertenkreises des Deutschen Bundestages wurde diese Forschungslücke ausdrücklich benannt und durch eine erste Studie zu jüdischen Perspektiven adressiert (vgl. Deutscher Bundestag 2017; Zick et al. 2017). Damit wurde ein Paradigmenwechsel im Verständnis des gegenwärtigen Antisemitismus eingeleitet. Seither sind empirische Studien entstanden, die die Erfahrungen und Selbstthematisierungen jüdischer Communities in den Mittelpunkt rücken (vgl. u. a. Chernivsky/Lorenz-Sinai/Schweitzer 2022; Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2020; Körber 2021; Fehlberg/Kranz 2024) und die Wahrnehmung und Bearbeitung von Antisemitismus in institutionellen Kontexten untersuchen (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2022, 2023; Grimm et al. 2024). Die Befunde der Studien zum Umgang mit Antisemitismus in institutionellen Kontexten machen deutlich, dass

antisemitische Erfahrungen nicht nur auf interaktioneller Ebene entstehen, sondern auch als Diskriminierung und Exklusion aus institutionellen Routinen und Praktiken hervorgehen können (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2024c).

Nach dem 7. Oktober 2023 hat sich die Relevanz der subjektorientierten Antisemitismusforschung verstärkt. Die Wirkung der Massaker und die zunehmende antisemitische Mobilisierung stellten zum Zeitpunkt des Beginns dieser Studie weitgehend unerforschte Aspekte dar. Gleiches gilt für die Forschung zu Diskriminierungserfahrungen in der jüdischen und israelischen Community, die im Kontext des 7. Oktober eine neue Dringlichkeit gewonnen hat.

Die vorliegende, durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes geförderte Studie stellt die erste mehrsprachlich angelegte sozialwissenschaftliche Untersuchung dar, die sich an die breite jüdische und israelische Community in Deutschland richtet und sie nach der Bedeutung des 7. Oktober fragt. Die Studie wurde im November 2023 infolge der unmittelbar sichtbar werdenden massiven Auswirkungen des Massakers auf Jüdinnen*Juden in Deutschland konzipiert und beantragt; im Februar 2024 erfolgte der viersprachige Aufruf zur Teilnahme. Mit ihrer narrativen methodischen Anlage untersucht die Studie die Folgen des 7. Oktober in sämtlichen sozialen Alltagssphären systematisch und interdisziplinär aus sozialwissenschaftlicher und sozialpsychologischer Perspektive.

Inzwischen hat sich eine kleine Forschungslandschaft herausgebildet, die empirische Erkenntnisse aus methodisch verschieden ausgerichteten Studien vorlegt. Die bisher veröffentlichten Befunde zeigen weitreichende Implikationen für die jüdischen Communities im Hinblick auf die Identität und Zugehörigkeit, Sicherheit, psychische Gesundheit und Vertrauen in die Gesellschaft (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2024a; Shani/Gerber/Herb 2024; Grünberg/Arnold 2024; Klotz/Spiegel 2024; Bernstein/Brehm 2025). Jüdinnen*Juden erleben Retraumatisierung, Angst und das Gefühl ständiger Bedrohung (vgl. Grünberg/Arnold 2025). Psychische und körperliche Reaktionen bringen weitere Sorgen sowie Schutz- und Vermeidungsverhalten mit sich; nicht selten wird dabei die eigene jüdische Identität zurückgehalten. Shani, Herb und Gerber zeigen in ihrer Untersuchung die Wirkung des kollektiven Traumas und Formen kollektiver Resilienz (vgl. Shani/Gerber/Herb 2024). Grünberg und Arnold analysieren das eingestürzte Weltvertrauen infolge des genozidalen Massakers und des Antisemitismus. Der 7. Oktober reaktivierte in den Familien der Shoah-Überlebenden bedrückende Erinnerungen an frühere Verfolgung und führt zu Retraumatisierungen (vgl. Grünberg/Arnold 2025). Die ausbleibenden oder zögerlichen Stellungnahmen zu ansonsten geächteten Verbrechensformen wie der systematischen sexualisierten Gewalt erschüttert das Vertrauen in Menschenrechtsorganisationen (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2025b). Jüdische Eltern stehen vor dem Dilemma, wie sie das Leben ihrer Kinder in dieser Lage förderlich gestalten und zugleich schützen

können. Noch vertieft zu erforschen ist, welche konkreten Auswirkungen der 7. Oktober und die damit verbundene antisemitische Mobilisierung auf die Exklusion und Diskriminierung von Jüdinnen*Juden sowie auf ihre soziale Teilhabe, gesellschaftliche Gleichberechtigung und den Zugang zu gesellschaftlichen Gütern haben. Angesichts der Bedeutung israelfeindlicher, antizionistischer Ideologie für die aktuelle Form der antisemitischen Mobilisierung stellt sich zudem die Frage, wie sich der 7. Oktober auf die Diskriminierung aufgrund von israelischer Herkunft und hebräischer Muttersprache auswirkt. Diesen Fragen widmet sich der vorliegende Zwischenbericht.

3 Theoretischer Rahmen der Studie

Für die methodologischen Zugänge zum Forschungsgegenstand und die Dateninterpretationen sind mehrere theoretische Rahmungen leitend. Der Begriff der kollektiven Gewalt bildet die zentrale Referenz zur Einordnung und Analyse des antisemitischen Terrors und der davon global ausgehenden antisemitischen Dynamik. Um die Spezifika des Terrors um den 7. Oktober zu erfassen, ist der Begriff des familienbezogenen Terrors wesentlich, den die israelische Juristin und Völkerrechtlerin Cochav Elkayam-Levy mit dem Begriff Kinocide beschreibt (vgl. Elkayam-Levy et al. 2025). Darüber wird deutlich, dass die Ausübung der Gewalt durch die Täter*innen einer gezielten und systematischen Dehumanisierung und Auslöschung von Familiensystemen diene – mit dem Ziel, die Opfer in ihrer generationalen, geistigen und physischen Gesamtheit zu überwältigen, ihre Würde und die Sicherheitsordnungen zu erschüttern, Macht zu demonstrieren und den Eindruck historisch vertrauter Vernichtungserfahrung zu inszenieren. Mit prozessualen Zugängen zur Gewalt (vgl. Nef/Lorenz-Sinai 2022) und zum kollektiven und multigenerationalen Trauma (vgl. Kühner 2007; Danieli 2023) werden zwei Wirkungsebenen des 7. Oktober in den Blick genommen. Zum einen geht es um die prozessuale Verarbeitung der kollektiven und multigenerationalen Gewalt als Initialereignis mit extrem traumatischem Potenzial. Zum anderen handelt es sich um die Wirkung der Reaktionen der Welt auf den 7. Oktober (vgl. Illouz 2025) einschließlich der sozialen Deutungen und Aushandlungen der Ereignisse im unmittelbaren Umfeld der Interviewpartner*innen sowie in öffentlichen und digitalen Sphären. Die prozessuale (soziale) Dimension der Gewalt macht deutlich, dass der 7. Oktober nicht nur im unmittelbaren physischen Ereignis oder in den individuellen psychischen Folgen zu fassen ist, sondern auch in den sozialen Resonanzen, Reaktionen und Deutungen, die auf das Ereignis folgen und die Verarbeitung erschweren. Die Massengewalt, die Geiselnahmen, ihre mediale Inszenierung und die weltweiten antisemitischen Eskalationen rufen traumaassoziierte Wirkungen in jüdischen Communities hervor. Dieser Erfahrungskomplex reaktiviert transgenerationale Erinnerungen an frühere Formen antisemitischer Gewalt, von der Shoah bis zu jüngeren Anschlägen und werden zu einer geteilten Referenzerfahrung. Damit wird deutlich, dass Antisemitismus eine kollektive

Gewaltform darstellt, die sich in Krisenzeiten nicht nur als unmittelbare Bedrohung zeigt, sondern auch als Prozess der kollektiven Verletzung (vgl. Straub 2014) über Generationen hinweg (vgl. Danieli 2023; Brainin/Teicher 2025).

Diese theoretischen Zugänge werden in der Diskussion und Einordnung der Befunde im Schlusskapitel wieder aufgegriffen.

4 Methodologie und Methodik

4.1 Forschungsziel

Das Forschungsziel dieser bundesweiten qualitativen Studie ist es, die Auswirkungen des Terrors am 7. Oktober 2023 auf die jüdischen und israelischen Communities in Deutschland zu untersuchen. Dabei liegt der Fokus sowohl auf den Selbstthematizierungen des Erlebens und der Deutungen des terroristischen Anschlags als gruppenbezogene, kollektive Gewalt als auch auf deren Auswirkungen auf den Alltag und das Wohlbefinden von Jüdinnen*Juden in Deutschland.

Das Erkenntnisinteresse der Studie betrifft folgende Forschungsfragen:

- Wie wirken sich die Ereignisse auf das körperliche, psychische und soziale Wohlbefinden sowie auf den Alltag von Jüdinnen*Juden verschiedener Herkunft und Altersgruppen in Deutschland aus?
- Inwieweit machen Jüdinnen*Juden in Deutschland Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit öffentlichen Reaktionen auf den Terror gegen Israel seit dem 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg in Israel und im Gazastreifen?
- Welche Rolle spielen die transgenerativen Weitergaben der Shoah, frühere Erfahrungen mit Terror und Vertreibung und andere Kriege in der Wirkung und Verarbeitung der aktuellen Erfahrungen?

4.2 Methoden der Datenerhebung

Um die Auswirkungen des Terrors am 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities in Deutschland zu untersuchen, wurden verschiedene qualitative Methoden der interpretativen und rekonstruktiven Sozialforschung angewendet, darunter narrative Interviews, Gruppendiskussionen und die Dokumentation von Selbstbeobachtungen. Ziel ist es, die Wahrnehmungen und Einordnungen des Terrors und des Antisemitismus aus jüdischen und israelischen Perspektiven im bundesdeutschen Kontext zu erheben. Die Interviews, Gruppendiskussionen und Dokumentation der Selbstbeobachtungen wurden in Deutsch, Englisch, Russisch und Hebräisch angeboten, um möglichst

viele Personen innerhalb der jüdischen und israelischen Communities in Deutschland zu erreichen. Durch die mehrsprachige Ausrichtung des Forschungsprojekts sollen sprachliche Barrieren reduziert und somit eine Vielfalt an Perspektiven und Erfahrungen berücksichtigt werden.

Die Interviews wurden je nach Wunsch der Interviewpartner*innen sowohl in Präsenz als auch digital durchgeführt. Eine Gruppendiskussion wurde digital umgesetzt; weitere Gruppendiskussionen fanden in Präsenz statt. Da die Studie ein belastendes und hoch emotionales Thema berührt, wurden den Forschungsteilnehmenden Nachgespräche wie auch mehrsprachige digitale – psychologisch angeleitete – Austauschräume mit anderen Studienteilnehmer*innen angeboten, die von der Beratungsstelle OFEK e. V. organisiert und umgesetzt wurden.

In den **narrativen Interviews** (vgl. u. a. Schütze 1983) werden Erfahrungen und Erlebnisse der Forschungsteilnehmenden erhoben. Als offenes Erhebungsverfahren der interpretativen und rekonstruktiven Sozialforschung (vgl. Rosenthal 2015) ermöglicht dieses Vorgehen die Analyse von lebensgeschichtlichen Erfahrungen, subjektiven Perspektiven und Sinnkonstruktionen vor dem Hintergrund konkreter und allgemeiner Umstände. Das narrative Interview beginnt mit einer offenen Erzählaufforderung durch die Forschenden, welche die Haupterzählung der Interviewpartner*innen stimuliert. Den Interviewten wird somit ermöglicht, ihre Erfahrungen umfassend zu berichten und ihre eigenen Relevanzsetzungen vorzunehmen, ohne durch gezielte Fragen der Forschenden gelenkt oder eingeschränkt zu werden. Diese selbstbestimmte Präsentation der eigenen Geschichte, besonders bei Themen wie Diskriminierung und Gewalt, macht das narrative Interview auch aus forschungsethischer Sicht zu einer besonders gegenstandsangemessenen und sensiblen Methode der Datenerhebung.

Der Stimulus für die narrativen Interviews in unserer Studie lautet:

- *Können Sie sich / Kannst Du Dich bitte kurz vorstellen und dann erzählen: Was bedeutet für Sie / Dich der 7. Oktober, was verbinden Sie /verbindest Du mit diesem Ereignis?*

Nachdem die Forschungsteilnehmenden das Ende ihrer Erzählung signalisiert haben, beginnt der Nachfrageteil. In dieser Phase werden sowohl immanente Fragen mit Bezug zur Haupterzählung als auch exmanente, vorbereitete Fragen gestellt. Zunächst werden die Forschungsteilnehmenden eingeladen, begonnene Erzählsätze zu vertiefen. Zudem werden gegebenenfalls weiterführende Fragen zu spezifischen Themen gestellt, jedoch nur sofern diese von den Interviewten in ihrer Haupterzählung noch nicht von sich aus angesprochen wurden. Dafür haben wir folgende Fragen vorbereitet:

- *Gab es Personen oder auch Handlungen, die Sie/Dich unterstützt haben in der Zeit seit dem 7. Oktober? Wenn ja, wer oder was?*

- *Gab es Angebote oder Einrichtungen, die Sie/Dich unterstützt haben in der Zeit seit dem 7. Oktober? Wenn ja, welche und in welcher Form?*
- *Haben Sie/Hast Du körperlich-psychische Veränderungen bemerkt, die Sie/Du mit den Auswirkungen des 7. Oktober in Verbindung bringen/bringst?*
- *Wenn Sie/Du an Ihre/Deine Zukunft in Deutschland denken/denkst – was erwarten Sie/erwartest Du?*

Durch den Dialog und die Interaktion in den **Gruppendiskussionen** (vgl. u. a. Przyborski/Riegler 2020) ist es möglich, tiefere Einblicke in die sozialen Dynamiken und die verschiedenen Perspektiven der Teilnehmenden zu gewinnen. Die Teilnehmenden haben innerhalb der Gruppendiskussion die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Perspektiven gegenüber der Gruppe zu teilen und somit in ein Gespräch über das von den Forschenden festgelegte Thema zu kommen. Ein einleitender Diskussionsimpuls lädt die Gruppen dazu ein, sich offen über die Bedeutung des 7. Oktober für ihr Leben auszutauschen. Die Teilnehmenden der drei geführten Gruppendiskussionen bilden jeweils eine natürliche Gruppe. Das bedeutet, dass sich die Teilnehmenden bereits vor der Gruppendiskussion, beispielsweise durch die Arbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten, kennen und sich auch unabhängig von der Teilnahme an der Diskussion treffen. In einer Gruppendiskussion liegen kollektive Wissensbestände und Orientierungen in Bezug auf ihre soziale Praxis im Fokus. Gleichzeitig können kollektives Wissen und Orientierungen durch die wechselseitige Bezugnahme der Teilnehmenden erhoben und gespiegelt werden. Während der Gruppendiskussion müssen die Teilnehmenden die gemeinsamen Erfahrungen zunächst identifizieren und sich diesen annähern, um daraus kollektives Wissen ableiten zu können. Zu Beginn der Diskussion findet daher häufig ein vorsichtiges Herantasten statt, das sich im weiteren Verlauf intensivieren kann. Daher sollten die Forschenden auf eine moderierende Rolle verzichten. Die Forschenden greifen nicht in die Diskussion unter den Teilnehmenden ein, sie hören ausschließlich zu. Die Diskussion wird beendet, wenn die Diskussionsteilnehmer*innen signalisieren, dass sie am Ende des Austausches sind. Danach folgt in einzelnen Diskussionen ein Nachfrageteil, sofern für das Erkenntnisinteresse der Forschung relevante Themen noch nicht angesprochen wurden. Die Analyse der transkribierten Gruppendiskussionen ermöglicht die Rekonstruktion von sozialen Aushandlungsprozessen zur Bedeutung von geteilten und unterschiedlichen Erfahrungen seit dem 7. Oktober (vgl. Przyborski/Riegler 2020).

Um der Prozessualität von Erfahrungen mit Gewalt und Diskriminierung gerecht zu werden, werden einige Interviewpartner*innen nach dem narrativen Interview zu einer Weiterführung der Studienteilnahme durch die **Dokumentation von Selbstbeobachtungen** eingeladen. Diese Dokumentation soll durch die Interviewpartner*innen in einem Zeitraum von drei Monaten

regelmäßig (mindestens einmal pro Woche) durchgeführt werden. Die Interviewpartner*innen können die Form dieser Dokumentation (beispielsweise Tagebuch, digital oder handschriftlich, Stichpunkte, Audioaufnahmen) selbst wählen. Durch die Forscher*innen werden beispielhaft Themen vorgegeben, die in der Selbstbeobachtung festgehalten werden können, wobei die Interviewpartner*innen frei entscheiden können, ob sie diese Impulse nutzen oder andere Themen dokumentieren wollen.

Die Themen, die von den Forscher*innen benannt werden, sind:

- *Veränderungen, die Studienteilnehmer*innen im Alltag an sich wahrnehmen und die sie mit den Auswirkungen des 7. Oktober in Verbindung bringen,*
- *Themen, Gedanken, Fragen, Emotionen, die die Studienteilnehmer*innen beschäftigen,*
- *Situationen im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis oder in der Familie,*
- *Beobachtungen, die Interaktionen auf Social Media betreffen,*
- *... und alles, was den Studienteilnehmer*innen im Zusammenhang mit dem Studienthema noch auffällt und ihnen wichtig vorkommt.*

Nach den drei Monaten der Dokumentation der Selbstbeobachtungen werden die Interviewpartner*innen erneut kontaktiert und es wird ein zweites Gespräch geführt, in dem die Interviewpartner*innen den Forscher*innen die Dokumentation zugänglich machen und darüber gesprochen wird. Bei diesem Gespräch gibt es keinen klassischen Stimulus wie bei den narrativen Interviews, sondern die Interviewpartner*innen werden durch die Forschenden gebeten, von ihren Selbstbeobachtungen zu erzählen und diese zu erläutern, wodurch ein Gespräch über die Selbstbeobachtungen der Interviewpartner*innen entsteht.

4.3 Feldzugang und Sample

4.3.1 Feldzugang

Für den Feldzugang wurden im Zeitraum von Februar 2024 bis Januar 2025 mehrere Aufrufe zur Teilnahme an der Studie in vier Sprachen (Deutsch, Englisch, Hebräisch, Russisch) veröffentlicht, die über die verschiedenen Kanäle (Newsletter, Social Media, Website) des Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung & Forschung (KOAS) geteilt wurden. Der Forschungsaufruf richtete sich an Personen mit jüdischer Biografie, deren Lebensmittelpunkt in Deutschland liegt. In den mehrsprachigen Aufrufen wurden Personen gesucht, die Interesse haben, ihre Erlebnisse und

Erfahrungen aus den ersten Monaten nach dem Anschlag aus ihrer jüdischen und/oder israelischen Perspektive zu teilen. Die Resonanz auf die Forschungsaufrufe war derart hoch, dass das ursprünglich anvisierte Sample von zehn bis 30 narrativen Interviews und zwei bis drei Gruppendiskussionen erheblich übertroffen wurde.

4.3.2 Sample

Für die Untersuchung der Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023 auf die jüdischen und israelischen Communities in Deutschland wurden bislang insgesamt 80 narrative Einzelinterviews, drei Gruppendiskussionen mit insgesamt 31 Teilnehmenden und vier Dokumentationen von Selbstbeobachtungen durchgeführt. Insgesamt haben 111 Personen an der Studie teilgenommen (Stand: August 2025). Weitere Erhebungen sind noch für den Herbst 2025 geplant. Zur Gewährleistung der Heterogenität des Samples wurden Personen unterschiedlicher Altersgruppen und regionaler Herkunft einbezogen. Unter den Forschungsteilnehmenden finden sich Personen im Alter von 16 bis 80 Jahren, die sich in ihrer geschlechtlichen Selbstidentifikation in der Interviewerzählung als männlich, weiblich oder divers verorten. Unter den aus ganz Deutschland stammenden Teilnehmer*innen sind Schüler*innen, Studierende aus natur-, sozial und geisteswissenschaftlichen Studiengängen, Selbständige, Erwerbsunfähige, Rentner*innen sowie Arbeitnehmer*innen aus unterschiedlichsten Bereichen. Unter den Forschungsteilnehmer*innen sind Erzieher*innen und Lehrer*innen, Hochschullehrende, Fachkräfte aus dem Pflegesektor sowie aus der medizinischen und therapeutischen Versorgung, Mitarbeitende aus der Verwaltung und Sekretariaten, Arbeitnehmer*innen aus den Bereichen Justiz, High Tech, Soziale Arbeit, Kultur, Design, Journalismus und Politik sowie freie Künstler*innen aus der bildenden Kunst und dem Filmbereich und Musiker*innen. Zum Sample der Gruppendiskussionen gehören eine Gruppe jüdischer Religionslehrer*innen, die sich im Rahmen einer Fortbildung trafen, hebräischsprachige Gruppen, die sich aus der Arbeit in einem psychosozialen Projekt kennen sowie jüdische Studierende, die sich ebenfalls in diversen anderen Gruppen begegnen.

Der Großteil der Interviewpartner*innen hat biografische und familiäre Verbindungen zu Israel; einige der Studienteilnehmenden haben Angehörige oder Freund*innen, die von den Massakern und Entführungen direkt betroffen sind. Die Forschungsteilnehmenden identifizieren sich in den Interviews als jüdisch; sie verorten sich in den Interviews eigeninitiativ mit ihren Bezügen zu jüdischen und israelischen Communities in Deutschland. Sie leben seit mehreren Jahren oder von Geburt an in Deutschland. Die Studienteilnehmer*innen haben unterschiedliche regionale und internationale Herkunft – insbesondere aus Deutschland, der Ukraine und weiteren postsowjetischen Ländern, Israel sowie aus unterschiedlichen europäischen und südamerikanischen Ländern. Sie thematisieren

von sich aus ihre religiösen und politischen Selbstverortungen und Selbstverständnisse. Dabei kontextualisieren sie die Erfahrungen und Adressierungen, die sie nach dem 7. Oktober zunehmend erleben, mit ihren diversen Familienbiografien und Zugehörigkeiten – beispielsweise als Enkelkind von Shoah-Überlebenden; als Kontingentgeflüchtete, die als Kind aus Russland, Usbekistan oder der Ukraine eingewandert sind; als im Jahr 2022 vor dem Krieg aus der Ukraine geflüchtete*r Jüdin*Jude; als jüdische*r Israeli mit Vorfahren in arabischen Ländern (Mizrahi) oder als in Deutschland aufgewachsenes Kind israelischer Eltern. So wird in den Selbstthematisierungen der Interviewpartner*innen ihre Biografie im Zusammenhang mit ihren geteilten und kollektiven Erfahrungen als Jüdin*Jude in Deutschland sichtbar. Limitationen der Studie betreffen die Perspektiven von in Deutschland lebenden nichtjüdischen Israelis (z.B. Muslim*innen, Beduin*innen, Christ*innen, Drus*innen). Im Laufe der Untersuchung wurde dem Forschungsteam deutlich, dass auch Personen aus diesen israelischen Communities in Deutschland mit dem Call zur Teilnahme hätten eingeladen werden können, beispielsweise durch einen arabischsprachigen Aufruf.

4.4 Methode der Datenauswertung

Nach den Interviews und Gruppendiskussionen formulieren die Forschenden Memos (vgl. Strauss 1998) zu ihrem Erleben der Interviewsituation, zur Selbstrepräsentation der Interviewpartner*innen und zu zentralen Themen der jeweiligen Interviewerzählung als Sensibilisierung für die Datenanalyse. Im Anschluss an die Datenerhebung wird das Datenmaterial durch eine*n studentische*n Mitarbeiter*in wörtlich transkribiert und dabei bereits anonymisiert, damit keine Rückschlüsse auf personenbezogene Daten möglich sind. In der Studie haben wir ein erweitertes Transkriptionssystem¹ genutzt und auf sprachliche Glättungen in der Transkription verzichtet, um die authentische Sprachstruktur der Teilnehmenden zu bewahren und Eingriffe in die Struktur durch die Forschenden zu vermeiden. Dadurch bleiben sowohl die Details als auch die Komplexität der Aussagen erhalten, was eine tiefere Analyse und ein umfassenderes Verständnis der individuellen Perspektiven ermöglicht (vgl. Brinkmann/Kvale 2014). Das Datenmaterial wurde darauffolgend mit zwei Zugängen analysiert. Zum einen wurden im Sinne der Grounded Theory-Methodologie (vgl. Strauss 1998; Clarke 2012) ein materialumfassendes Codiersystem entwickelt, Schlüsselkategorien gebildet und theoretisierende Memos aus dem Material verfasst. Zum anderen wurden in regelmäßigen

¹ Transkriptionslegende:

(.) eine Sekunde Pause

(..) zwei Sekunden Pause

(...) drei Sekunden Pause

(unv.) unverständlich

(()) Geräuschbeschreibung

[...] Anonymisierung

[] kurzer Gesprächsbeitrag (z. B. Zustimmung) des Gegenübers
/ Abbruch

Interpretationsrunden im Forschungsteam vertiefende Sequenzanalysen (vgl. Rosenthal 2015) durchgeführt, um die lebensgeschichtlichen Erzählungen und Einordnungen der einzelnen Interviewpartner*innen zu erfassen.

Diese qualitativen Zugänge ermöglichen es, die Narrationen, Einordnungen und Deutungen der einzelnen Interviewpartner*innen hinsichtlich der Auswirkungen des Terrors vom 7. Oktober 2023 auf ihren Alltag, ihre Gesundheit und ihr Umfeld sowie auf ihre Lebensentwürfe und Zukunftsperspektiven zu analysieren. Aufgrund der hohen Heterogenität des Samples – etwa in Bezug auf Alter, Herkunft, Lebensweise und Geschlecht – ist es gegenstandsangemessen, die Daten in intersektionaler Perspektive auszuwerten. So können das Zusammenwirken sozialer Zugehörigkeiten und gesellschaftlicher Machtverhältnisse analysiert werden, wodurch differenzierte Einblicke in die vielschichtigen Erfahrungen der Interviewpartner*innen im Kontext des Terrors vom 7. Oktober 2023 gewonnen werden können. Die im Folgenden dargestellten Befunde stehen jeweils für zentrale, materialumfassende Kategorien, die insbesondere auf die kollektiven Erfahrungen jüdischer und israelischer Communities in Deutschland nach dem 7. Oktober verweisen, die Interviewpartner*innen in ähnlicher Form schildern.

Dieser Zwischenbericht ist wie folgt aufgebaut: In den Kapiteln zum 7. und 8. Oktober werden die Grundstrukturen der Bedeutung des 7. Oktobers für die Studienteilnehmer*innen komprimiert dargestellt. Dabei stehen der 7. und 8. Oktober nicht (nur) für zeitliche Daten, sondern für zwei ineinandergreifende Bedeutungsdimensionen der Gewalt, die als Kollektiverfahrung im Datenmaterial deutlich werden: Den 7. Oktober (Kap. 5.1) thematisieren die Studienteilnehmer*innen als einen Bruch, den sie lebensgeschichtlich kontextualisieren. Der 8. Oktober (Kap. 5.2) steht für die Reaktionen der Welt und des nichtjüdischen Umfelds auf das Massaker. Studienteilnehmer*innen erleben als kollektive Erfahrung die Verweigerung von Empathie durch enge Freund*innen und Praktiken des Beschweigens, Relativierens und Umdeutens des Terrors. Die auf diese grundlegenden Kapitel aufbauenden Berichtsteile vertiefen unterschiedliche Schlüsselthemen, die die Studienteilnehmer*innen materialübergreifend als relevant hervorheben: Die psychisch- gesundheitlichen Auswirkungen des 7. Oktober (Kap. 5.3), die Erfahrungen mit Diskriminierung und Exklusion bei der Nutzung öffentlicher Infrastruktur (Zugang zu Dienstleistungen, Gütern, öffentlicher Nahverkehr) (Kap. 5.4), im Berufsleben und am Arbeitsplatz (Kap. 5.5) und in Bildungsinstitutionen. Weitere zentrale Kategorien betreffen Thematisierungen der Situation in Israel und Gaza (Kap. 5.6) sowie die innerjüdische Kohäsion und Communityorientierung infolge des Terrors und die antisemitische Mobilisierung um den 7. Oktober (Kap. 5.7). Im Schlussteil (Kap. 6) werden die empirischen Befunde zu den Auswirkungen des 7. Oktober theoretisch eingeordnet und hinsichtlich der Wirkung von kollektiver Gewalt und familien- und communitybezogenem antisemitischem Terror

diskutiert. Der Bericht endet mit Handlungsempfehlungen (Kap. 7) zum Abbau von antisemitischer Diskriminierung und zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe jüdischer Communities in Deutschland.

5 Ausgewählte Befunde

5.1 7. Oktober – lebensgeschichtliche (Be-)Deutungen

Die Nachrichten über den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen, die Invasion der Terrorgruppen in das israelische Staatsgebiet, die Morde und Geiselnahmen, das Massaker auf dem Nova-Festival, in den Kibbuzim und Kleinstädten im israelischen Süden erreichen die Interviewpartner*innen in unterschiedlichen Lebenssituationen. Manche befinden sich wegen der hohen jüdischen Feiertage in Israel im Familienurlaub, andere werden in Deutschland frühmorgens von den Nachrichten geweckt und erleben die Ereignisse über Nachrichten von Familie und Freund*innen aus Israel und durch soziale Medien fast in Echtzeit mit. Studienteilnehmer*innen, die an jüdischen Feiertagen auf Arbeit und digitale Medien verzichten und Schabbat einhalten, erfahren von den Ereignissen erst im Laufe des Tages. Erste Informationen werden in Gesprächen in der Synagoge geteilt und anfangs noch als Gerüchte eingeordnet. Manche erfahren, dass Bekannte und teils auch Angehörige ermordet oder entführt wurden oder als vermisst gelten; rasch bilden sich Gruppen und digitale Communities, die Informationen sammeln und/oder weitergeben. Erste Schockreaktionen, Gefühle der Überwältigung und die Sorge um Angehörige verbinden sich mit dem Erfahrungswissen aus früheren Kriegen und Anschlägen sowie mit der Befürchtung einer erneuten antisemitischen Mobilisierung in Deutschland. Einige erinnern sich, dass sie bereits in den ersten Stunden nach dem Anschlag gewaltverherrlichende Kommentare auf Social Media lesen, von Aufrufen zu Versammlungen erfahren, die durch antisemitische Mobilisierungsmuster geprägt sind. Interviewpartner*innen erinnern, wie sie noch um die Bedeutung des 7. Oktober in und für Israel ringen und zugleich bereits Sorge fühlen vor einer Eskalation des Antisemitismus in Deutschland und der Welt. In diesem Kapitel wird ausgeführt, wie die Studienteilnehmenden ihre Reaktionen und Deutungen der Geschehnisse am 7. Oktober erinnern, wie sie die Ereignisse biografisch einordnen und wie sie dabei auf frühere Referenzereignisse zurückgreifen.

5.1.1 Emotionale Überwältigung

Als Reaktion auf den 7. Oktober erinnern Interviewpartner*innen vielfach eine emotionale Überwältigung, einen überwältigenden Gefühlszustand ('overwhelming affect'), der bei ihnen durch die plötzliche und massive Gewalt ausgelöst wurde (vgl. zum Begriff van der Kolk 2014). Studienteilnehmer*innen schildern, wie sich mit einer jeden neuen Nachricht zur Brutalität und zum

Ausmaß der Gewalt ihre Wahrnehmungen der Ereignisse verändert hätten. Eine Interviewpartnerin beschreibt die Massaker als „die unterste Schublade an Grausamkeit, was Menschen anderen Menschen antun können“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40). Ein Interviewpartner rahmt das Ereignis als eine „genozidale Botschaft“ (Interviewpartner 14, Ende 20), die Jüdinnen*Juden weltweit in der Diaspora empfangen und verstanden hätten. Der Tag wird in der Gesamtschau des Datenmaterials als überwältigend, einschneidend und lebensverändernd eingeordnet. Verschiedene Interviewpartner*innen nutzen zur Konkretisierung ihres Erlebens am und nach dem 7. Oktober Metaphern wie „Einschnitt“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40) oder „wie ein Alptraum [...] der nicht zu Ende geht“ (Interviewpartnerin 10, Anfang 30). Eine in Israel aufgewachsene Interviewpartnerin beschreibt, dass sie den 7. Oktober emotional nacherleben würde, als wäre sie dabei gewesen. Dabei markiert sie die Differenz zwischen ihrem Erleben und dem Erleben des nichtjüdischen Umfeldes. Sie beschreibt ihre Erfahrung als eine Differenz Erfahrung zu den „Deutschen“, die „so eine Grausamkeit nicht erlebt haben (.)“, was auf eine Divergenz in der Erfahrungswelt verweist und sich auf ihr Leben, „wie ich mich fühle in Deutschland“, auswirkt:

„[...] das hatte auch Wirkungen Auswirkungen auf wie ich mich fühle in Deutschland, weil ich hab das Gefühl, dass ist dass die Deutschen so was nicht erlebt haben (.) so eine Grausamkeit nicht erlebt haben (.) ich ich meine ich hab das nicht persönlich erlebt (.) aber gefühlt emotional hab ich schon das Gefühl dass es mir passiert ist [...]“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40).

Eine andere Interviewpartnerin ordnet den 7. Oktober nicht nur als einschneidend und lebensverändernd, sondern auch als kollektive jüdische Erfahrung ein, die bei ihr mit der Erfahrungsgeschichte „of the jewish people“ räsoniert habe:

„for me October 7th (.) as I said it's a date that (.) by definition changed my life completely (...) and in a way made me understand that what I (.) what I saw before (.) was not (.) what I experienced before what I felt before (.) was not (.) clear enough (.) (.) within the background of my family and all of us' family so it's not a personal story, it's (.) it's (.) resonates with all the community of the jewish people“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Der Großteil der Studienteilnehmenden bezieht sich dabei auf frühere – familiäre wie auch kollektive – Referenzereignisse und stellt zugleich fest, dass dieser Großangriff auf Israel anders sei als andere Anschläge oder Kriege, die sie biografisch kennen. Ein Interviewpartner schildert, wie die Erkenntnis des Ausmaßes über die Nachrichten zu ihm durchgedrungen sei und wie er begonnen habe, das Ereignis von den üblichen Raketenangriffen und Terroranschlägen der Hamas abzugrenzen:

„bin selber zweisprachig aufgewachsen (.) schau oft hör oft israelische Medien [...] wenn die Hamas irgendwie Israel angreift, ist das erstmal leider im kleineren Rahmen nichts Neues (.) und aber irgendwie peu a peu hat man schon irgendwie gemerkt da ist grad irgendwie was Krasserer passiert“ (Interviewpartner 4, Mitte 30).

Eine in Deutschland aufgewachsene Deutsch-Israelin schildert, wie sie sich am Morgen des 7. Oktober für den eigentlich fröhlichen jüdischen Feiertag Simchat Torah mit ihren Kindern auf den Besuch der Synagoge vorbereitete und von den Nachrichten aus Israel eingeholt wurde. Sie erinnert, dass sie die Nachrichten zunächst kaum habe erfassen können und zugleich mit den emotionalen Reaktionen ihrer Kinder beschäftigt gewesen sei. Sie beschreibt, wie ihr achtjähriger Sohn „den Krieg in Israel“ sofort mit dem Hass auf Juden in Verbindung gebracht habe, was sie an ihre eigene Kindheit erinnert habe:

„meine Tochter hat total geweint (.) und dann hat mein Sohn der 8 ist hat dann so gesagt (.) – ja es ist Krieg in Israel (.) die hassen die Juden (.) und das war für mich auch so ein Punkt wo ich gedacht hab (..) dass so ein achtjähriges Kind (.) jetzt damit (.) und ich kenn das aus meiner eigenen Kindheit (.) aber dass so ein achtjähriges Kind jetzt damit (.) konfro/ also (.) oder mein Kind jetzt damit konfrontiert ist (.) mit 8 Jahren (.) dass er jetzt nicht in die Synagoge kann um Süßigkeiten zu sammeln (.) war irgendwie echt auch ein ganz schöner Schlag (.) und dann hab ich das Gefühl (..) also für mich (.) es gibt echt nur so (.) es gibt eine Zeit vor und eine Zeit nach dem 7. Oktober (..) weil ich das Gefühl hab das hat alles verändert“ (Interviewpartnerin 2, Ende 30).

Es wird deutlich, dass der 7. Oktober ihr Leben „in eine Zeit vor und eine Zeit nach dem 7. Oktober“ teilt. Die Konfrontationen mit den Nachrichten, aber auch die Sorge um ihre Kinder verbalisiert sie als „ein ganz schöner Schlag“. In der Erinnerung der Interviewpartnerin erscheint der betreffende Samstag als Bruch, obwohl sie auch erinnert, wie sie zunächst gedacht habe: „naja wird bestimmt [...] wird schon ok sein [...] ist jetzt nichts Neues“ (Interviewpartnerin 2, Ende 30). Sie beschreibt ihr Empfinden an diesem Tag „wie in so einem Film“ und schildert die Versuche, ihre beiden Kinder vor den überwältigenden Nachrichten abzuschildern: „[...] und ich weiß ich lag mit meinen Kindern [...] und wollte mir vor ihnen aber auch nichts anmerken lassen“ (Interviewpartnerin 2, Ende 30). Die Informationen zu den hohen Opferzahlen und Geiselnahmen seien zunächst nur schrittweise zu ihr durchgedrungen. Sie schildert auch, dass sie sofort den Gedanken hatte, dass auf dieses Ausmaß an Gewalt, insbesondere die Geiselnahmen, ein Krieg folgen wird: „[...] die Antwort darauf wird so hart sein“ (Interviewpartnerin 2, Ende 30). Im Gedächtnis der familiär eng mit Israel verbundenen Interviewpartner*innen sind die Terroranschläge und Geiselnahmen als Kollektiverfahrung fest eingeschrieben. Die Geiselnahmen vom 7. Oktober stellen jedoch für sie eine neue Erfahrungsdimension dar.

Verschiedene Interviewpartner*innen mit Bezug zu Israel reflektieren, wie am 7. Oktober zunächst vertraute Routinen des Umgangs mit Raketenangriffen auf Israel eingesetzt hätten. Ein Interviewpartner zieht den Vergleich zum Krieg zwischen der Hamas und Israel im Jahr 2021, er beschreibt die damaligen Routinen bei Angriffen wie folgt:

„im Mai 21 [...] da war auch (.) eine [...] kriegerische Auseinandersetzung zwischen Hamas und Israel [...] einfach gucken Fa/ Familie alle gesund alle in Ordnung (.) und (.) naja auch irgendwo Gewohnheit, weil [...] als Israeli kennt man das [...]“ (Interviewpartner 70, Mitte 40).

Bei der Schilderung seiner Reaktionen auf den 7. Oktober erinnert er sich an diese zunächst einsetzende „Routine“, sich bei Raketenangriffen gegen Israel bei Familie und Freund*innen zu melden. Dann sei ihm im Laufe des Morgens das Ausmaß „immer klarer“ geworden, ebenso wie ein Bezug zu Opfern des Massakers:

„[...] Samstag (..) dachte ich schlafe mal aus (.) wurde von meiner Freundin (.) geweckt (.) schon um (.) halb 7 (.) mit den ersten Meldungen (..) ja glei/ gleiche Routine Familie (.) anrufen alles okay Freundinnen Freunde nach und nach anrufen (.) und dann wird (.) der Ausmaß (.) wurde der Ausmaß immer klarer (.) immer klarer (.) meine Freundin die hatte Familie die hat einen (.) Halbbruder in Sderot (..) der wurde (.) mit seine gesamte Familie so wie ich verstanden habe von von Hamaskämpfern ermordet“ (Interviewpartner 70, Mitte 40).

Im Verlauf des Gesprächs schildert er noch mehr Bezüge zu dem Geschehen am 7. Oktober und konstatiert, dass es „nicht einfach eine Erzählung“ sei, sondern ihn persönlich betreffe:

„[...] meine Tante (.) (...) (.) [...] ihre beste Freundin (.) ihre (.) ich glaube Tochter (.) lebte in Otef (.) Aza (.) [...] das war eine junge Familie ähm (.) und die haben (.) hatten 3 Babys (.) (...) in Schrank versteckt (.) und sind sozusagen rausgegangen, um sie zu verteidigen und wurden beide ermordet (.) und die Babys wurden erste einen Tag später (.) gefunden [...] das ist natürlich dann (.) nicht einfach (.) [...] eine Erzählung, sondern (.) dann gibt es dazu einen persönlichen Bezug auch (.)“ (Interviewpartner 70, Mitte 40).

In einigen Interviews wird zudem geschildert, selbst Wochen und Monate nach dem 7. Oktober mit diesem Tag emotional verhaftet zu sein. Eine Interviewpartnerin beschreibt ihr Erleben mit der Metapher eines Schleiers, der alles „bedeckt“ (Interviewpartnerin 7, Mitte 20). Sie erinnert sich, es habe „wirklich ein paar Wochen gedauert, bis ich irgendwie raus gekommen bin aus diesem Zustand und irgendwie verstanden hab, was da wirklich passiert. [...] Irgendwann wurde halt klar wie groß das Ausmaß ist“ (Interviewpartnerin 7, Mitte 20). Die von der Interviewpartnerin genutzte Metapher des

Schleiers verweist auf die Überwältigung und Unvorstellbarkeit der Gewalt, die sie erst schrittweise begreift.

5.1.2 Lebensgeschichtliche Bezüge

In den Erzählungen wird deutlich, dass der 7. Oktober im Erleben der Interviewpartner*innen als ein biografisch relevantes Ereignis verortet wird. Eine Interviewpartnerin sagt zu Beginn des Interviews, der 7. Oktober sei für sie in der „Rückschau“ ein „Einbruch“ gewesen, im Sinne, dass „etwas eingebrochen“ sei:

„der 7. Oktober (.) sowohl der Tag als auch irgendwie so die Rückschau darauf und alles, was seitdem (.) gekommen ist (.) fühlt sich (.) für mich (..) wie so ein (..) Einbruch an (.) also nicht Einbruch im Sinne von jemand bricht ein sondern da ist etwas eingebrochen (.) da hat sich irgendwie so ein (.) Abgrund aufgetan“ (Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

Darin wird nicht nur die emotionale Überwältigung durch die Gewalt am 7. Oktober, sondern auch die hohe lebensgeschichtliche Relevanz des 7. Oktober deutlich, die die genannte Interviewpartnerin sprachlich verdichtet. Die Sprachbilder vom „Einbruch“ und vom sich auftuenden „Abgrund“ vermitteln metaphorisch das Erleben einer neuen, überwältigenden und ihren Alltag durchdringenden Erfahrung, die sich über den Tag des 7. Oktober hinaus durchzieht. Dabei nimmt sie Bezug auf den 6. Oktober, an dem ihre Familie Stolpersteine für die in der Shoah ermordeten Urgroßeltern verlegt hat, was sie als „eine sehr emotionale Auseinandersetzung“ beschreibt. Die Stolpersteinverlegung für ermordete Angehörige und das antisemitische Massaker des 7. Oktober geraten für die Interviewpartnerin in eine zeitliche wie auch biografische Koinzidenz, die sie mit den „Entwicklungen“ in der Folgezeit verbindet:

„ich glaube dieses Bild zieht sich für mich (.) irgendwie durch sowohl (.) was so den Tag selber und das Erleben angeht als auch irgendwie (.) Entwicklungen die danach an verschiedenen Stellen gekommen sind (..) und (.) wenn ich so an diesen Tag selber gucke (.) dann war das für uns ganz privat sowieso (.) irgendwie ein (.) krasses Wochenende weil wir am 6. Oktober Stolpersteine für meine Urgroßeltern verlegt haben (..) (..) und (.) also da ist das war so ein Tag auf den wir irgendwie sehr lange gewartet haben, das ist ja ein langer Prozess (.) das war auch irgendwie eine sehr emotionale Auseinandersetzung (.)“ (Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

Ähnlich nehmen zahlreiche andere Interviewpartner*innen Bezug auf familienbiografische Referenzerfahrungen zur Shoah, zu antisemitischen Anschlägen und Pogromen. Die im Folgenden zitierte, in Israel aufgewachsene Interviewpartnerin bringt die antisemitischen Gewalterfahrungen ihrer beiden Familienseiten in der Shoah und im Irak in den 1950er Jahren in Verbindung mit dem gegenwärtigen Antisemitismus in Deutschland:

„[I don't know if it's relevant but for me I think it is (.) my grandparents were (.) escaping from the Holocaust (.) from Germany and Czechoslovakia (.) and my other grandparents were escaping from Iraq (.) in the 50s (.) [...] and (.) all of that is (.) of course related to antisemitism and the story of (.) the jewish people“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Die Interviewpartnerin ordnet den 7. Oktober in einen lebensgeschichtlichen Deutungsrahmen ein, der die transgenerationalen Erfahrungen ihrer Familie und ihre Einsozialisierung in das Wissen zur Shoah und anderen Verfolgungen greifbarer macht. Sie nimmt dabei, ähnlich wie andere israelische Interviewpartner*innen, Bezug auf die Vorstellung „this can't happen again“, mit der sie aufgewachsen ist und die mit dem 7. Oktober zerstört wurde.

„[...] the Holocaust day in Israel every year and (.) so on (.) we (.) I had this believe that (.) this can't happen again (.) you know (.) and (..) and this was a story of the past for me (.) something that is connected to my ancestors (.) it was so big to understand as a child that (.)“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Die Interviewpartnerin geht an mehreren Stellen im Interview auf den kollektiven Erkenntnisprozess der Community ein, dass „uns“ mit dem 7. Oktober ein antisemitischer Angriff dieses Ausmaßes passiert: „to recognize that it's actually happening to us“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Ein Interviewpartner, der in einem überwiegend muslimisch geprägten Land der ehemaligen Sowjetunion aufgewachsen ist und später mehrere Jahre in Israel lebte, erinnert sich im Zusammenhang mit dem 7. Oktober an familiär vermittelte Erfahrungen mit Antisemitismus und Pogromen. Diese hätten seine Familie zur Auswanderung nach Israel bewogen. Er erinnert in dem auf Hebräisch geführten Interview an Erzählungen seiner Mutter über interethnische Konflikte in der Region, in der er aufwuchs, und an die Bedrohung durch antisemitische Pogrome in ihrem unmittelbaren Umfeld – nicht selten ausgehend von Menschen der direkten Nachbarschaft:

הרבה לא יודעים שהיו בכלל פוגרומים כאלה שם בברית המועצות. וזוהי זה פשוט טראומה (Interviewpartner 39, Ende 30).

[Übersetzung: „Viele wissen gar nicht, dass es in der Sowjetunion Pogrome gab – und dass diese schlichtweg ein Trauma sind“ Interviewpartner 39, Ende 30)]

Dies verweist auf ein unauflösbares Dilemma, das Jüdinnen*Juden seit Generationen kennen, ebenso wie auf massive Einschränkungen der Teilhabe am sozialen Leben. Jüdische Sichtbarkeit wird dabei zugleich als Notwendigkeit und als Risiko bewertet – in dem Wissen, dass jüdischer Name, Davidstern, oder andere Merkmale historisch wie gegenwärtig zum Risiko werden können. Gleichzeitig sagt er, er begreife erst jetzt, warum seine Eltern ihn immer wieder ermahnten, seine Halskette mit dem Davidstern abzunehmen. Er erinnert sich, wie er sich als Jugendlicher solchen Aufforderungen

widersetzt und die Kette in der Schule sichtbar getragen habe. Davon ausgehend reflektiert er sein eigenes gegenwärtiges Handeln als Vater: Auch er würde seinem Sohn raten, den Magen David-Anhänger zu verstecken. Retrospektiv versteht er die Warnungen seiner Eltern mit neuem Sinn. So habe er nun verstanden, warum seine Eltern ihm neben dem zweiten jüdischen Namen einen ersten nichtjüdischen Namen gaben: Sie hätten nicht gewollt, dass er nur mit einem jüdischen Namen in der Welt lebe und auf diese Weise stets namentlich als Jude erkennbar wäre (Interviewpartner 39, Ende 30):

ואז באמת עלה לי במחשבה טוב אם אני אשאר בגרמניה ויהיו לי ילדים, כאילו כמה שאני גאה בעצמי ושם אותי בסכנה. מה אני אגיד לילד שלי בן 12 מסתובב עם מגן? לא, אני גם אגיד לו תסתיר את זה כי [...] אז אני הבנתי את הדאגה מההורים. פשוט הבנתי למה הם אמרו לי את זה. כאילו אני עדיין לא מסכים עם זה, ... אני הבנתי למה ההורים שלי קראו (Interviewpartner 39, Ende 30).

[Übersetzung: „Und dann dachte ich, okay, wenn ich in Deutschland bleibe und Kinder habe, und weiter stolz auf mich bin, dass ich mich zeige, was würde ich aber meinem zwölfjährigen Kind sagen, der mit einem Stern rumläuft? Nein, ich werde ihm sagen, verstecke es, weil [...] dann habe ich die Sorge meiner Eltern verstanden. Ich habe einfach verstanden, warum sie mir das gesagt haben. Irgendwie bin ich damit noch nicht damit einverstanden, [...] ich habe verstanden, warum meine Eltern mir den Namen [erster, nichtjüdischer Vorname] gegeben haben obwohl der jüdische Name [zweiter, jüdischer Vorname] lautet weil sie nicht wollten, dass ich in der Welt rumlaufe wie ein [zweiter jüdischer Vorname]“ (Interviewpartner 39, Ende 30)]

In dieser Sequenz treten mehrere Schlüsselthemen des Datenmaterials hervor: die Neubewertung familiärer Aufträge und historisch gewachsener Vorsicht vor Antisemitismus sowie die Dilemmata, in denen sich jüdische Eltern historisch wie gegenwärtig in der Erziehung ihrer Kinder bewegen. Die familialen Weitergaben, die Antizipation und das Erleben von Antisemitismus implizieren ein situatives Abwägen und lebensgeschichtliche Entscheidungen im Umgang mit gesellschaftlichen Realitäten und Herausforderungen. Familiäre und eigenbiografische Erfahrungen von Antisemitismus erzeugen ein Spannungsfeld zwischen dem Bedürfnis nach dem freien Ausleben jüdischer Identität einerseits und den elterlich übermittelten Schutz- und Sicherheitsaufträgen andererseits. Interviewpartner*innen erinnern Situationen aus ihrer eigenen Vergangenheit und der Vergangenheit ihrer Familien, in denen die jüdische Sichtbarkeit im öffentlichen Raum oder in zentralen Sozialisationsinstitutionen als Vorsichtsmaßnahme zurückgehalten werden musste. Nach dem 7. Oktober zeigt sich, dass diese Aufträge durch die extreme Bedrohung um den 7. Oktober aktiviert und die biografischen Erinnerungen wachgerufen werden.

5.1.3 Reaktivierung früherer Erfahrungen mit Terror und Krieg

Bei den Einordnungen des 7. Oktober gehen zahlreiche Interviewpartner*innen auf frühere Erfahrungen mit antisemitischen Anschlägen und ihr Erleben von früheren Kriegen in Israel ein. Die aus Israel stammenden, oder in Israel aufgewachsenen Interviewpartner*innen nehmen Bezug auf ihr Aufwachsen oder ihre Zeit als junge Erwachsene während der Intifada in Israel. Einzelne Interviewpartner*innen sind Überlebende oder kennen Überlebende der regelmäßigen Anschläge in dieser Zeit. Studienteilnehmer*innen erinnern im Zusammenhang mit dem 7. Oktober die jahrelange Anspannung und alltägliche Bedrohung durch Terroranschläge. So führt eine bis in die Mitte ihrer Zwanziger-Lebensjahre in Israel aufgewachsene Person ihre erste erfahrungsbasierte Assoziation am 7. Oktober aus:

„So I think the first thing that came to mind maybe in terms of the experience was the terror like the bombings that were in (.) when I was younger like around my late teens or early twenties there were a lot of bombing attacks in some of them quite in central places in Israel [...] and there was quite a long period where you would walk in the street and you would be afraid that at any given second you could explode (.) or you would go I remember when I was a student [...] while you go have lunch entering in the market you know that you do this choice (.) it's a little bit a gamble (.) but the terror the horror of hearing about this explosions and people just losing their lives like this was (..) very (..) this like this was something that came back to me and this is something that is like such a strong life threat (..) on the other hand there was something that was (.) it's not similar in a way because we are not talking about kidnapping people (.) we're not talking about this forms of abuse (.) the terror of being held hostage in a way is much greater it seems (..) than being bombed where of course it would be not less horrific if you are alive but there is something even more [...]“ (Interviewpartnerin 47, Anfang 40).

In der Sequenz wird deutlich, dass der 7. Oktober in die Erfahrung früherer Terrorphasen gegen Israel eingeordnet wird – in diesem Zitat spezifisch in Bezug auf die zweite Intifada. Der Angriff ruft Erinnerungen wach an die Serien von Selbstmordanschlägen in Bussen, Cafés, Hotels, Einkaufszentren und Clubs in den späten 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre in Israel. Die Interviewpartnerin schildert ihre alltäglichen Abwägungen als Studentin zur Mittagspause auf dem Markt, die jederzeit tödlich enden kann. Sie schildert bezogen auf die aktuelle Situation: „this like this was something that came back to me“. Die Schilderung der Wiedererinnerung verdeutlicht, wie tief die Erfahrung der Anschläge verankert ist und nun durch den 7. Oktober reaktiviert wird. Psychologisch betrachtet zeigt sich darin ein Prozess der Reaktualisierung potenziell traumatischer Erfahrungen, bei dem frühere Bedrohungserfahrungen in das gegenwärtige Erleben eindringen. Gleichzeitig markiert die Interviewpartnerin eine Differenz – die Dimension der Gewalt des 7. Oktober sei für sie noch einmal eine andere, weil sie nicht nur die unmittelbare Bedrohung durch Anschläge umfasse, sondern durch

die Geiselnahmen und die anhaltende Situation der Geiseln eine neue Qualität von Terror und Kontrollverlust aufrufe. Damit zeigt sich in ihrer Erzählung sowohl die Kontinuität einer von Gewalt geprägten Erinnerung als auch das Erleben eines Ereignisses, das mit den bisherigen biografischen Referenzerfahrungen zwar korrespondiert, aber nur teilweise vergleichbar ist.

Neben den Erinnerungen an Terroranschläge schließt das Erleben des 7. Oktober an Kriege an. Ein Interviewpartner, der in Lettland geboren und Anfang der 1990er mit seiner Familie nach Israel ausgewandert ist, erinnert zu Beginn des Interviews den Krieg mit dem Irak und die Angriffe auf Israel, die er unmittelbar nach seiner Einwanderung in Israel erlebte:

„1990 dann gleich mit (.) Irak (.) Krieg (.) in der (.) unseren 1. Wohnung mit Gasmasken“
(Interviewpartner 70, Mitte 40).

Am 7. Oktober werden nicht nur Erinnerungen an frühere Angriffe und Kriege gegen Israel reaktiviert, sondern auch Bezugnahmen auf Anschläge und Angriffe in Deutschland. Manche Studienteilnehmende beziehen in ihrer lebensgeschichtlichen Einordnung des 7. Oktober Erfahrungen mit anderen Kriegen und Terroranschlägen ein, die sie selbst oder Angehörige sowie Bekannte überlebt oder erfahren haben, darunter etwa der Anschlag auf die Synagoge in Halle oder der Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf. Interviewpartner*innen mit biografischen Bezügen zur Ukraine verknüpfen ihr Erleben des 7. Oktober mit ihren Erfahrungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Eine Interviewpartnerin, die im Jahr 2022 aus der Ukraine geflohen ist, habe an dem betreffenden Samstag gedacht: „noch ein Trauma“. Teile ihrer Familie leben in der Ukraine, während ihr Sohn zum Zeitpunkt des Massakers als Soldat in Israel lebt:

„mein Sohn ist auch religiös [...] aber am 7. Oktober hatte er in unserer Telegramm Gruppe also der Familie geschrieben (..) dass es er jetzt hier also nicht mehr an dem Tag Sabbat folgen will (.) und wartet [...] dass er zurück also von Sabbat und Festtage zurück zur (.) zum Basis muss (..) und ja das war für mich also persönlich (..) hm (..) noch ein Trauma ich kann sagen (.) ja also nicht (.) ich war nicht einfach gestresst oder nervös oder was, also noch ein Trauma (.) und ich [...] kann es ja (.) gut erkennen (.) ich sollte mir genauso (.) wie am 27. Februar 22 (.) genau so ich konnte nicht mehr essen (.) ich fühlte mich (.) ja schrecklich (.) schlimm (.) und ich (.) konnte nicht verstehen wie viel Zeit verlaufen ist und (.) ja also (.) kriegte ich (.) traumatische Erfahrung kann ich sagen (.) glücklicherweise war ich ja (.) in Kontakt mit meinem Sohn (..) hm aber dann erfahre ich also auch ja was mit Geiseln passiert ist [...]“
(Interviewpartnerin 5, Ende 40).

Die Interviewpartnerin schildert, wie es ihr am 7. Oktober „genauso“ ergangen sei wie am 27. Februar 2022, als die Ukraine überfallen wurde. Sie habe „nicht mehr essen“ können, sich „schrecklich“ gefühlt und ihr Zeitgefühl verloren. Die Sorge um ihren Sohn wirke nun zusammen mit der doppelten

Belastung durch zwei Kriege in Ländern, die mit ihr biografisch eng verbunden sind. Die Information, dass Geiseln genommen wurden, erinnert sie als einschneidend.

Interviewpartner*innen aus postsowjetischen Ländern, die als Kinder mit ihren Eltern als Kontingentgeflüchtete nach Deutschland kamen, oder bereits in Deutschland geboren sind, schildern, dass der Verlust des Wissens um einen sicheren Raum in Israel und die Erfahrungen von Antisemitismus in Deutschland ihre Lebensentwürfe erschüttern würden. Die schicksalhaften Entscheidungen ihrer Eltern, nach Deutschland einzuwandern, werden davon infrage gestellt. Hinzu kommt die Sorge um die eigene Zukunft wie auch die Zukunft der Kinder. Dabei wird auch die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland thematisiert. Deutlich wird die Sorge, die aktuelle Situation könne dazu zwingen, das mühsam aufgebaute Leben in Deutschland aufzugeben – eine Befürchtung, die als lebensverändernd und zukunftsbeengend erlebt wird. Ein Interviewpartner schildert, wie er und seine Partnerin im Zusammenhang mit dem 7. Oktober und der Bedrohungssituation durch den offeneren Antisemitismus über Auswanderung als Familie nachdenken würden. Diese Überlegungen würden sie an ihre eigenen Kindheitserfahrungen als jüdische Kontingentflüchtlinge aus der Ukraine erinnern – eine Erfahrung, die sie ihren eigenen Kindern hätten ersparen wollen.

„wenn das so weitergeht hier leben können wir eigentlich nicht bleiben so (.) dann stellt sich die Frage – okay eigentlich wollten wir es unseren Kindern nicht so antun oder es über sie ergehen lassen was unsere Eltern für uns ja leider (..) machen mussten das ist ja gar kein Vorwurf sondern es gab ja eigentlich auch keinen Ausweg aus dieser Situation damals [...] und wenn es ganz schlimm wird wohin denn dann weil man muss auch leider sagen die Anzahl der Länder die sich über Juden freuen die hält sich ja auch in Grenzen (..) da schreien nicht so viele – Juhu und zu uns dürfen Juden gerne kommen“
(Interviewpartner 13, Mitte 30)

Der Interviewpartner spricht aus der Perspektive jüdischer Kontingentflüchtlinge, die sich aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Lage gezwungen sahen, auszuwandern (vgl. u. a. Gromova 2021). Die Eltern hätten sich in einer für sie politisch ausweglosen Situation zur Migration entschieden, um ihren Kindern eine sichere Zukunft in Deutschland zu ermöglichen. Deutlich wird in dem Zitat, wie sich in der Einordnung des 7. Oktobers die mitunter durch Antisemitismus ausgelöste Migrationserfahrung mit dem Wissen um die heutige Realität des globalen Antisemitismus verbindet. Diese Frage nach einem anderen Ort, den es nicht zwingend gibt, verweist nicht nur auf die Rückbindung an die Lebensgeschichte, sondern auch auf die Antizipation einer Zukunft, die angesichts der Bedrohung nach dem 7. Oktober als eingeschränkt und unsicher erscheint.

Verschiedene Interviewpartner*innen ringen mit der Gewissheit, dass die Ereignisse am 7. Oktober keine Einbildung sind, sondern eine Realität, die Jüdinnen*Juden gegenwärtig widerfährt. Eine Studienteilnehmerin erinnert, dass sie am Wochenende des 7. Oktober aus Angst („a lot of anxiety“) ihr Haus nicht verließ, obwohl sie geplant hatte, Freund*innen zu treffen. Sie habe gewusst, dass niemand das Ereignis oder ihre Reaktion darauf verstehen würde:

„I have a lot of anxiety (.) uhm (..) just from leaving the house now (..) the (..) the weekend of October 7th (..) I was supposed to meet a friend (..) she was having like a (..) a brunch (..) for (..) for (..) a group of us (..) on (..) on the Sunday (..) and I (..) I just couldn't even leave the house, I couldn't go (..) I just thought (..) because I know no one there would understand (..)“ (Interviewpartnerin 40, Ende 20).

In der Sequenz zeigt sich eine doppelte Sorge: dass weder das Geschehen selbst noch die daraus resultierende Angst im Umfeld der zitierten Interviewpartnerin verstanden würden. Die Bedeutung des 7. Oktober ist dabei keine abstrakte, sondern ein lebensveränderndes Ereignis, eine potenziell traumatische, einschneidende Erfahrung, die es psychologisch und biografisch zu integrieren gilt.

5.1.4 Zusammenfassung

In den Interviews werden unterschiedliche Formen der emotionalen Überwältigung, biografischen Verwobenheit mit früheren Kriegen und Anschlägen deutlich. Dabei tritt das Ereignis des 7. Oktober in der Wahrnehmung der Interviewpartner*innen deutlich hervor und wird von anderen Ereignissen in seinem Ausmaß und seiner Wirkung abgegrenzt. Neben unmittelbarer persönlicher Betroffenheit durch familiäre oder freundschaftliche Verbindungen zu Opfern, Geiseln oder Überlebenden treten mittelbare biografische Verbindungen hervor, etwa durch das Aufwachsen in Israel, eigene Kriegserfahrungen oder die Erinnerung an aufgezwungene Flucht und Migrationserfahrungen in den Familien. Zugleich wird das Massaker von Interviewpartner*innen kollektiv gedeutet und als Angriff auf das jüdische Leben insgesamt verstanden, wodurch sich Erfahrungen einer kollektiven Erfahrung von Verletzlichkeit verdichten. In transgenerationaler Perspektive auf den 7. Oktober knüpfen die Erzählungen der Studienteilnehmenden an die Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern an und machen die Wahrnehmung von Kontinuitäten der Bedrohung durch Antisemitismus sichtbar.

Neben der Shoah als zentrale Referenzerfahrung thematisieren einige Studienteilnehmende auch andere Kollektiverfahrungen ihrer Familien etwa die Pogrome in Russland oder den Farhud im Irak. Das Ausmaß der Angriffe, die Geiselnahmen, die Sorge um Angehörige und die Überforderung, wie die Ereignisse den Kindern vermittelt werden können, markieren für Interviewte eine neue lebensgeschichtliche Situation.

Es wird eine emotionale und psychische Betroffenheit sichtbar, die sich in Überwältigung, Angst, Trauer oder der Erfahrung einer existenziellen Zukunftsverengung ausdrückt. Es wird jedoch auch sichtbar, dass Interviewpartner*innen über Umgangsrouninen verfügen, die bei ihnen wirksam werden, sobald die Nachrichten zu ihnen durchdringen. Zugleich wird deutlich, dass die bestehenden Routinen nicht greifen, da die Gewalt des 7. Oktober aus dem vertrauten Erfahrungskomplex herausragt und eine Überwältigungserfahrung darstellt. Die Inszenierung der Angriffe und ihre gezielte mediale Verbreitung vermittelt den Studienteilnehmenden die Botschaft, dass auch sie, obwohl sie in Deutschland leben, nicht sicher sind und ein legitimes Angriffsziel sein könnten. Die Gewalt des 7. Oktober – mit Geiselnahmen, der Auslöschung ganzer Generationen, dem Verbrennen von Häusern und Menschen sowie dem gezielten Mord an wehrlosen Zivilist*innen – hat die Vergangenheit wachgerufen und die zuvor vielleicht abstrakt wirkenden Ereignisse der Shoah und anderer Verfolgungen greifbarer gemacht.

Der 7. Oktober stellt teilweise auch Bruch in den Lebensgeschichten dar. Es wird deutlich, dass die Realisierung der Tragweite des Ereignisses verzögert und fragmentarisch erfolgt und dabei eine doppelte emotionale Überwältigung einsetzt. Durch die vom 7. Oktober ausgehende genozidale Intention wird die familienbiografisch vermittelte Vernichtungserfahrung reaktiviert und von Nachkommen der Überlebenden als Fortschreibung der Gewaltgeschichte (nach-)erlebt. Die Reaktionen auf den 7. Oktober stehen in Beziehung zu eigenbiografischen wie familiären Referenzereignissen – etwa der Shoah, den Pogromen oder früheren antisemitischen Anschlägen. Zugleich wird der 7. Oktober von diesen früheren Ereignissen abgegrenzt, insofern diese Erfahrung als etwas Neues innerhalb der eigenen Lebenszeit eingeordnet wird. Interviewpartner*innen verstehen, dass der Angriff auch ihnen als Jüdinnen*Juden galt. Diese Identifikation führt dazu, dass sie das Geschehen als biografisch relevant erleben und einordnen. Darüber hinaus lösen die am 7. Oktober medial vermittelten Bilder der Gewalt, die Hilferufe der Betroffenen, die Geiselnahmen auch bei Menschen außerhalb des unmittelbaren Geschehens emotionale Überwältigung, intrusive Vorstellungen, Übererregung, Vermeidungsverhalten oder ein erschüttertes Welt- und Selbstverständnis aus. Die permanente mediale Präsenz der Gewalt, die Sorge um Angehörige sowie die geteilte jüdische Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte verstärken diesen Effekt und machen die sekundäre Traumatisierung zu einem kollektiven Phänomen auch in Deutschland. Das Wissen um die Massaker in Israel verschränkt sich mit der antizipativen Sorge, hier in Deutschland nicht verstanden und nicht geschützt zu sein. Bereits am 7. Oktober werden antisemitische Dynamiken und Eskalationen antizipiert und benannt. Interviewpartner*innen nennen auch Antizipation massiver Veränderungen in Israel, in der gesamten Region und in Deutschland. Deutlich wird darin eine Überlagerung von Erfahrungsdimensionen: Eigene wie vermittelte Gewalterfahrungen greifen

ineinander und beeinflussen sowohl die Erinnerung an Vergangenes als auch die Wahrnehmung der Gegenwart und Entwürfe der Zukunft.

Der 7. Oktober steht für den „Einschnitt“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40), den Jüdinnen*Juden mit früheren Gewalterfahrungen und -ereignissen in Verbindung bringen und der zugleich in einer neuen Form tief verstört. Der 7. Oktober markiert das Massaker, der 8. Oktober steht im Anschluss an Eva Illouz (2025) symbolisch für die weltweiten Reaktionen darauf – für das ausbleibende Mitleid, die Relativierungen bis hin die Verherrlichung der Gewalt.

5.2 Der 8. Oktober – Reaktionen des nichtjüdischen Umfelds

Mit dem 7. Oktober beginnt in Deutschland wie auch weltweit eine antisemitische Mobilisierung, die sich unmittelbar nach dem Terroranschlag auf den Alltag der jüdischen und israelischen Communities im hohen Maße auswirkt. Die Massaker und die Reaktionen darauf wirken wie eine doppelte Gewalt, die bis heute anhält und von Jüdinnen*Juden noch verarbeitet wird. Die Soziologin Eva Illouz analysiert den 8. Oktober als eine zweite Erschütterung nach dem Massaker am 7. Oktober und verweist damit auf eine neue Mobilisierungsphase des globalen politischen Antisemitismus, in dem Israel und Palästina in einem binären Gut-Böse-Schema weltweit zentriert werden (vgl. Illouz 2025). Sie fragt in ihrem Essay, wie ein Teil der wissenschaftlichen, intellektuellen und künstlerischen Eliten indifferent gegenüber einem solchen Ausmaß an Gewalt bleiben und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verurteilen, sondern als vermeintlichen antikolonialen Widerstand feiern konnte (vgl. ebd.). Illouz verweist auf die kollektive Euphorie und Schadenfreude, die bereits am 7. und 8. Oktober öffentlich kundgetan wurden, noch während das Massaker andauert und Israel von allen Seiten beschossen wird und noch Wochen vor dem Beginn der Invasion israelischer Bodentruppen in den Gazastreifen am 27. Oktober 2023 (vgl. ebd.). Sie schreibt angesichts des weltweiten Jubels: „Soweit ich mich erinnern kann, hat kein anderes Massaker [...] so viele Menschen glücklich gemacht“ (Illouz 2025: 10). In ihrem Essay sucht sie Antworten für diese moderne Form des Judenhasses in politischen Bewegungen und theoretischen Strömungen. Einen anderen, für den deutschen Kontext spezifischeren Erklärungsansatz bietet die Einordnung der Reaktionen auf den 7. Oktober in die Kontinuitäten der postnationalsozialistischen Gesellschaft.

Die unmittelbaren Reaktionen auf die Gewalt des 7. Oktober können in engem Zusammenhang gesehen werden mit Traditionslinien der Distanzierung gegenüber den Folgewirkungen der Shoah – mitunter im Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit den Überlebenden und ihren Nachkommen und in der weitgehend ausgebliebenen Anerkennung der erlittenen Traumatisierungen (vgl. Kellermann 2009; Chernivsky 2025). So steht auch die gegenwärtige weltweite antisemitische Mobilisierung durch den 7. Oktober mit ihren ideologischen Strukturen in der Tradition judenfeindlicher Exzesse und

zugleich in der Tradition von deren Verharmlosung. Hinzu treten die routinierten antisemitischen Mobilisierungsmuster, mit denen global auf Kriege gegen und durch Israel reagiert wurde – nach dem Yom Kippur-Krieg 1973, im Kontext des Libanonkriegs 1982 oder in den Auseinandersetzungen zwischen der Hamas und Israel in den Jahren 2007, 2014 und 2021. Dabei markieren insbesondere die Reaktionen auf den Yom Kippur-Krieg eine historische Zäsur, mit der eine spürbare Verschärfung antisemitischer und antizionistischer Stimmung einhergegangen ist (vgl. Poliakov 1983 [2022]).

Die von Interviewpartner*innen geschilderten Reaktionen auf die Massaker des 7. Oktober in ihrem Umfeld wie auch in analogen und digitalen öffentlichen Sphären stehen in dieser historischen Kontinuität, mit denen der Nahostkonflikt seit den 1970er Jahren ideologisch gedeutet wird (vgl. ebd.). Während bewaffnete Kämpfer der Terrororganisationen noch auf israelischem Staatsgebiet operierten und Massaker sowie Geiselnahmen andauerten, kamen bereits am 7. Oktober die etablierten Praktiken der Relativierung, Umdeutung und Verherrlichung von Gewalt zum Einsatz.

Die Interviewpartner*innen werden mit dieser Wirkungsebene der Gewalt unmittelbar nach der Erschütterung durch das Massaker und die Geiselnahmen konfrontiert. Während sie noch der gezielten Überflutung von Social Media mit den Aufnahmen extremer Gewalt durch die Täter*innen des 7. Oktober ausgesetzt sind, auf denen der Mord an Jüdinnen*Juden verherrlicht wird, kommen kurz darauf die gesellschaftlichen und internationalen Reaktionen hinzu. Auch in den Interviewnarrationen bildet sich diese direkte Abfolge ab. So kommen die meisten Studienteilnehmer*innen nach ihren Schilderungen und lebensgeschichtlichen Kontextualisierungen des 7. Oktobers auf die Reaktionen ihres nichtjüdischen Umfelds und die insbesondere über Social Media wahrgenommenen Reaktionen der Welt zu sprechen. Sie erwähnen einzelne Nachfragen und Gesten der Anteilnahme durch nichtjüdische Bekannte in den Tagen und Wochen nach dem 7. Oktober und heben diese als biografisch bedeutsam hervor. Darüber hinaus berichten Studienteilnehmer*innen von weitreichender Indifferenz, Schweigen und ausbleibenden Nachfragen nahestehender Personen. Sie schildern, wie sie Freund*innen und Bekannte treffen und erleben, wie das weltweit in den Medien präsente Massaker ausgeschwiegen oder wie sofort auf routinierte Deutungen des Nahostkonflikts zurückgegriffen wird. Viele schildern zudem die Erfahrung, dass ihnen nicht nur zwischenmenschliche Anteilnahme und Empathie verweigert wird, sondern sie als jüdische Person in der Diaspora unmittelbar als Stellvertreter*innen Israels adressiert werden. Sie werden mit Umdeutungen und Relativierungen des Massakers, der Geiselnahmen und des Raketenerrors gegen Zivilist*innen sowie mit einseitigen Schuldzuweisen an Israel konfrontiert. Die Interviewpartner*innen heben als besonders verletzend hervor, dass diese Formen der sozialen Aushandlung der Bedeutung der Gewalt unmittelbar nach dem Massaker und vor der israelischen Militärintervention in Gaza einsetzen. Interviewpartner*innen erleben im nichtjüdischen Umfeld verschiedene Modi des

Umgangs mit dem Massaker, die im Folgenden vertiefter dargestellt werden. Die geschilderten Modi reichen von der Empathieverweigerung durch Schweigen und Ausblendung bis hin zur Schuldzuweisung und Rechtfertigung des Terrors. In diesem Zusammenhang thematisieren einzelne Interviewpartner*innen auch einen spezifischen Modus der Benutzung einzelner jüdischer Stimmen zur Rechtfertigung ihrer Deutungen.

5.2.1 Modus der Verherrlichung der Massaker

Dass Teile der nichtjüdischen Welt ihr Entsetzen nicht teilen werden, wird den Studienteilnehmer*innen unmittelbar am 7. und 8. Oktober vor Augen geführt: Sie sehen Berichte über das Massaker feiernde Zusammenkünfte in verschiedenen deutschen und internationalen Großstädten und zustimmende, bejubelnde Posts auf Social Media. Ein israelischer Interviewpartner, dessen Eltern am 7. Oktober zu Besuch in Deutschland sind, beschreibt, wie er in großer Sorge um die Verwandten in Israel und hinsichtlich der Rückkehr seiner Eltern ist. Dann sieht er in den Nachrichten, wie in Berlin auf einer Straße zur Feier des Massakers Süßigkeiten verteilt werden. Für ihn vermittelt diese Szene eine neue Dimension der antisemitischen Mobilisierung in Deutschland. Zugleich wird er von der Szene des Feierns von Terror an Erfahrungen aus Israel erinnert:

„dass sie (.) Süßigkeiten einfach gegeben haben (.) darauf bin ich (.) schon daran bin ich schon gewöhnt (.) weil (.) nicht hier [...] aber in Israel oder manchmal Ramallah oder so Gaza sehen wir immer dass die Süßigkeit geben aber (.) hier in Europa war das mir ganz neues (.) das war (.) wirklich wirklich neu“ (Interviewpartner 32, Anfang 40).

So bekommen der Abend des 7. Oktober und der 8. Oktober 2023 in der Diaspora eine eigene Bedeutung. Interviewpartner*innen schildern, wie sie am Abend des 7. Oktober Freund*innen und Bekannte treffen. Sie erleben, wie das weltweit in den Medien präsente Massaker ausgeschwiegen wird, oder wie routinierte Diskussionspraktiken zum Nahostkonflikt auch an diesem Abend vollzogen werden inklusive einseitiger Schuldzuweisungen an Israel und Verschwörungsmythen.

5.2.2 Modus des Schweigens und der Ausblendung

Ein Modus des Umgangs ihres direkten Umfelds, den Studienteilnehmer*innen als verletzend schildern, betrifft das Beschweigen und die Ausblendung des 7. Oktober. So schildert beispielsweise eine Studienteilnehmerin, die als Kind aus der Ukraine als Kontingentgeflüchtete nach Deutschland gekommen ist, dass sie für den Abend des 7. Oktober zu ihrem Geburtstag eingeladen hatte. Sie ist mit ihrer Familie im Kontakt, fühlt sich den Tag über „wie betäubt“, „war halt einfach nur komplett fertig, hab super lange geweint“ und fühlt sich dennoch abends verantwortlich, ihre Freund*innen wie vereinbart zu empfangen (vgl. Interviewpartnerin 7, Mitte 20). Auf dem Geburtstag erlebt sie, mit

einer Ausnahme, eine fast vollständige Ausblendung und Vermeidung des Themas. Zugleich versteht sie durch beiläufige Äußerungen, dass ihre Freund*innen durchaus vom Massaker und den Ereignissen in Israel wissen:

„die ganzen Freund*innen die an dem Abend da waren waren halt auch nicht (.) jüdisch (.) und (.) sie wussten alle dass ich jüdisch bin (.) und niemand von den Personen hat (.) gefragt (.) wie es mir geht (.) außer der einen Person der halt ein bisschen früher gekommen ist, [...] und die anderen waren aber alle (.) also (.) genau (.) da hat einfach niemand irgendwas gefragt (.) und es war auch nicht Thema an dem Abend (.) und es war einfach nicht (.) sichtbar dass irgendwas passiert ist also (.) vielleicht gab es irgendwie mal so ein oder zwei Sätze die (.) da mal gefallen sind [...] irgendwie auch mal nach meinen Gefühlen gefragt hat halt (.) keiner“ (Interviewpartnerin 7, Mitte 20).

Die Interviewpartnerin sieht sich am Abend des 7. Oktober umgeben von Freund*innen, die gekommen sind, um ihren Geburtstag zu feiern. Ihr Schock, ihr Schmerz, die Überwältigung durch die Gewaltbilder an diesem Tag werden von ihrem nächsten Umfeld nicht thematisiert und übergegangen. Sie erlebt eine tiefe Perspektivendivergenz und eine Sprachlosigkeit im Umgang mit antisemitischem Terror.

Eine Interviewpartnerin beschreibt ihre Beziehungen zu jüdischen und nichtjüdischen Freund*innen nach dem 7. Oktober als Leben in einem „kompletten Paralleluniversum“ (Interviewpartnerin 48, Mitte 20). Die Metapher „Paralleluniversum“ kann als Ausdruck einer doppelten Distanz interpretiert werden: Diese beinhaltet zum einen die Vereinzelung angesichts der geringen Resonanz oder auch Entwertung jüdischer Erfahrungen, zum anderen die Verlagerung von Zugehörigkeit in primär jüdische Kontexte. Die Aussage macht sichtbar, wie die Erfahrung von Exklusion und Invalidation nicht nur zu Rückzug und Schutzbewegungen führt, sondern auch eine Wahrnehmung von Unvereinbarkeit zwischen den jüdischen und nichtjüdischen Erfahrungswelten produziert.

Diese Perspektivendivergenz in der Wahrnehmung und Deutung der Ereignisse beschäftigt die Interviewpartner*innen und führt zu einer tiefen Differenz Erfahrung. Auch Studienteilnehmer*innen, die keine direkte antisemitische Adressierung in ihrem Nahumfeld erlebt haben, verletzt das Unverständnis ihrer nichtjüdischen Freund*innen und Bekannten für ihren tiefen Schmerz:

„(.) ich weiß dass mich total erschüttert (.) bis heute (.) dass (.) ganz wenige Leute in meinem Umfeld (.) ich habe vor allem meinen nichtjüdischen (.) Freundes- und Bekanntenkreis (.) bis heute eigentlich (.) kaum darüber sprechen also (.) für mich ist so (.) gefühlt die Welt wirklich zusammengebrochen und alles ist irgendwie so (.) ins Wanken geraten und (..) für andere (.) also (.) die (.) die meisten waren auch sehr erschüttert (.) ich habe jetzt keine (.) Anfeindungen in meinem ganz engen Freundeskreis oder so (.) bekommen aber (.) da war wenig (.) also (.) ich glaube das ist wirklich nicht klar was das für mich und

für viele andere bedeutet hat irgendwie und bedeutet weiterhin (.) und das schockiert mich“ (Interviewpartnerin 69, Anfang 30).

Die von den Studienteilnehmerinnen kollektiv erlebte Empathieverweigerung durchzieht zahlreiche Lebensbereiche und betrifft teils nichtjüdische Angehörige, langjährige Freundschaften, Bekanntschaften, Arbeitskolleg*innen, Nachbar*innen, aber auch Dates und Liebesbeziehungen. Interviewpartner*innen aus jüdisch-nichtjüdischen Familienkonstellationen berichten, dass sie das Schweigen und die Nichtreaktion auch von nichtjüdischen Angehörigen erlebt hätten etwa von der Schwiegerfamilie oder der väterlichen Familienseite. Eine in Deutschland mit einer israelischen Mutter und einem nichtjüdischen Vater aufgewachsene Studienteilnehmerin erzählt von den gänzlich ausgebliebenen Nachfragen der nichtjüdischen Verwandtschaft und beschreibt dies als einen „Nicht(.)Umgang“ (Interviewpartnerin 57, Mitte 20) sowie eine Form von Abschottung:

„mein Vater wusste (.) dass ich sein letztes Update war dass ich in Israel bin [[M-hm]] (..) und ich meine er (.) wird das ja mitbekommen haben was passiert ist am 7. Oktober (.) und (..) weder er noch irgendwer (.) aus dieser Familie hat mich (.) angeschrieben [[M-hm]] (.) danach (.) und hat (.) erstmal mich gefragt ob ich noch dort bin (.) und dann aber sie kennen ja auch meine Familie aus Israel (.) von früher (.) ich glaube das hat mich schon so (.) verletzt und ich habe einfach gemerkt so das ist krass dass sie so (..) also (.) ja (.) dass sie einfach so einen Nicht(.)Umgang haben mit dem Ganzen (.) und sich da so abschotten“ (Interviewpartnerin 57, Mitte 20).

Die Annahme, dass nahestehende Personen vom Massaker des 7. Oktober wissen und dennoch gegenüber jüdischen Verwandten oder Freund*innen schweigen, nicht nachfragen, wird von den Studienteilnehmer*innen als tiefe Enttäuschung erlebt – eine Erfahrung, die ihre Beziehungen zum nichtjüdischen Umfeld nachhaltig verändert.

Dabei heben Interviewpartner*innen als herausragend und bedeutsam hervor, wenn jemand nach ihrem Befinden fragt. Das Verhalten gegenüber jüdischen Freund*innen erscheint jedoch unvorhersagbar und wenig konsistent. Verschiedene Interviewpartner*innen äußern sich überrascht darüber, wer sich bei ihnen gemeldet habe und wer nicht. So bemerkt ein Interviewpartner, dass sich Personen gemeldet hätten, „von denen was ich gar nicht erwartet hätte“, während „Leute, die einem nahe stehen von denen man es erwartet hätte hat man/ haben sich nicht gemeldet“ (Interviewpartner 4, Mitte 30). So erleben die Studienteilnehmer*innen auch in Bezug auf Freundschaften und ihr soziales Umfeld seit dem 7. Oktober eine hohe Unsicherheit.

5.2.3 Modus der offensiven Konfrontation

Neben dem Schweigen und Ausklammern des Themas schildern Interviewpartner*innen offensive Konfrontationen im analogen und digitalen Raum, die teilweise bereits am Abend des 7. Oktober

erfolgen und sich seitdem kontinuierlich fortsetzen. Interviewpartner*innen sehen sich in teils intimen Situationen, wie beim gemeinsamen Saunabesuch mit Freund*innen oder auf dem Rückweg vom Kinobesuch, mit rigorosen Statements und Monologen zum Nahostkonflikt konfrontiert. Sie beschreiben als besonders verletzend, dass sie kaum Interesse an ihrer Sichtweise wahrnehmen und nicht nach ihrer Meinung als jüdische Person gefragt würden. Stattdessen scheint es in ihrer Wahrnehmung in den entsprechenden Situationen oftmals eher darum zu gehen, eine jüdische, israelische Person mit der eigenen Position zu konfrontieren – ohne Rücksicht auf ihre Gefühle und Erfahrungen.

Die Interviewpartner*innen erleben, dass der Terror in den sozialen Aushandlungen in Deutschland sofort politisiert wird. Von Beginn an wird Israel eine Täterrolle zugeschrieben – und damit auch die Schuld an der gegen Jüdinnen*Juden gerichteten Gewalt, die ebenso nichtjüdische Israelis, Tourist*innen und Arbeitsmigrant*innen traf. Darin wird die antisemitische Figur der Schuldzuweisung für die eigene Verfolgung und Vernichtung offenkundig. Die Interpretation der Ereignisse scheint wie vorgezeichnet, es wird trotz der Tragweite des Massakers auf vertraute, mehrheitsgesellschaftliche etablierte Routinen zur Deutung des palästinensisch-israelischen Konflikts zurückgegriffen. Interviewpartner*innen schildern Szenen vom 7. und 8. Oktober, in denen der tödliche Großangriff auf Israel umgehend rationalisiert und in einem distanzierten Modus als vorhersehbar eingeordnet wird. So erinnert eine Interviewpartnerin die Reaktionen von Freund*innen am 7. Oktober:

„und ich saß in meinem nichtjüdisch-jüdischen Umfeld und um mich herum war eine dermaßen Ignoranz (.) ein (.) ein Freund (.) hatte (.) reagiert (..) mit ja das (..) war doch klar dass das passiert (.) also ich hatte (.) ich hatte (.) ihm (.) eine Nachricht geschickt und hatte gemeint oh mein Gott schau was da (.) was da los ist (.) wie sollen wir damit umgehen und er meinte so ja ist doch klar (.) also (.) bei der Regierung und (.) die armen (.) die armen Palästinenser und ich denke mir so hey Moment Moment worüber reden wir gerade das ist ein ganz schrecklicher Terroranschlag (.) es geht um Mord (..) wahnsinnig viele Opfer und (..) du kommst mit einer Rechtfertigung als allererste Reaktion (.) gegenüber mir“ (Interviewpartnerin 55, Ende 30).

In den Erzählungen verbinden sich Wahrnehmungen von und digitale Interaktionen zu Social Media-Posts von Freund*innen mit den Beziehungen und direkten Auseinandersetzungen im analogen Raum. Beispielhaft dafür ist die längere Erzählung eines Interviewpartners, der als junger Erwachsener aus beruflichen Gründen von Israel nach Deutschland gezogen ist. Er schildert, wie eine Person, die er vor dem 7. Oktober „gedated“ (Interviewpartner 32, Anfang 40) hatte, ihn am Abend des 7. Oktober in eine Bar zu einem Treffen mit Freund*innen mitnimmt, um ihn abzulenken. Deutlich wird daran, wie Antisemitismuserfahrungen eingebettet in ein Beziehungsgeschehen erfolgen, das auch positive

Anteile enthalten kann. An diesem Abend, so erzählt der Interviewpartner, habe ihn die Frau, die er in dieser Zeit trifft, als jüdisch-israelisches „Ihr“ adressiert mit dem Narrativ des vermeintlich von Palästinenser*innen gestohlenen Landes:

„[...] als ich als ich gesagt habe das ist (.) unerträglich was passiert ist (.) und dann (.) und so was zurückzukriegen [...] ja ihr habt das Land gestohlen (.) ihr dürft nicht mehr (.) nicht in Frieden leben“ (Interviewpartner 32, Anfang 40).

Er erzählt weiter, dass die Person ihn wenige Tage später proaktiv und unvermittelt auf ihren israelfeindlichen Social Media-Post aufmerksam gemacht habe:

„[...] und dann hat sie mir geschrieben (.) du wirst es nicht mögen, was ich jetzt poste (.) (.) aber so ist es (.) falls du Fragen hast (.) gerne (.) falls nicht (.) dann (.) ist es so ne (.) also gar nicht meine Meinung gefragt oder so was und (.) ich hatte so (.) das war so quasi von (.) 100 auf Null (.) ne also das (.) vor ein paar Tage war eine ganz andere Person [...] ((längere Pause)) [Interviewpartner sucht den Post im Mobiltelefon und liest vor] genau (.) hier (.) Israel ist nicht das Opfer, Israel ist die Hölle (.) sie haben kein Recht auf Frieden (.) solange Völk/ Völkermord und ihre militärische Ausbildung in Palästina weitergehen (.) befreit Palästina (.) ((längere Pause)) Hier (.) das ist kein Krieg das ist Unterdrückung (.) und das muss (.) ein für allemal gestoppt werden (.) ja (.) und das war das war kurz danach (.) das war also das war wirklich ganz ganz am Anfang“ (Interviewpartner 32, Anfang 40).

Der Studienteilnehmer schildert in dieser Sequenz, wie er kurz nach dem 7. Oktober aktiv auf einen Israel als „Hölle“ dämonisierenden Social Media-Post aufmerksam gemacht wird. Wohlwissend um seinen Schock und die Wirkung des 7. Oktober habe die Person antizipiert, dass der Post ihm Unbehagen bereiten werde („du wirst es nicht mögen, was ich jetzt poste“). Der Interviewte schildert seine Fassungslosigkeit angesichts dieser gezielt verletzenden Handlung. Zugleich formuliert er Verständnis und sucht nach Erklärungen dafür, warum Menschen derartige Inhalte überhaupt befürworten und teilen: „ich stimme nicht zu was sie denkt (.) aber ich kann verstehen vielleicht welche Medien sie bekommt“ (Interviewpartner 32, Anfang 40). Er macht einschlägige, auch islamistische Websites für entsprechende Denkweisen verantwortlich. Als Beispiel spricht er länger über Social Media-Kanäle, auf denen beispielsweise durch verzerrende Schnitte von Aufnahmen die Schilderungen der befreiten Geiseln umgedeutet werden als vermeintliche positive Erfahrung ihrer Zeit im Gazastreifen. Dazu resümiert:

„[...] und ich kann es verstehen wenn Leute so viele Medien bekommen von (.) von so eine Propaganda würde ich sagen (.) das ist eine Propaganda weil (.) in sozialen Medien haben Juden auch weniger (.) weniger Präsenz (.) weil (.) weil Juden nur 15 Millionen sind in der ganzen Welt“ (Interviewpartner 32, Anfang 40).

Der Interviewpartner thematisiert hier die Allgegenwärtigkeit ideologischer, israeldämonisierender Propaganda in digitalen Sphären und die damit verbundenen Mehrheits- und Minderheitenverhältnisse.

Wie in diesem Auszug beispielhaft deutlich wird, spielt die gesellschaftliche Aushandlung der Bedeutung des 7. Oktober auf Social Media in Interviews eine wesentliche Rolle. Studienteilnehmer*innen gehen ausführlich darauf ein, da die sozialen Medien den Diskurs in ihr Leben hineinragen, mitunter über das Social Media-Verhalten von Freund*innen. Rasch fällt Interviewpartner*innen ein, dass Personen aus ihrem Umfeld, die üblicherweise Anschläge und Gewalt gegen Minderheiten auf Social Media kommentieren würden, im Fall der Opfer des 7. Oktober keine Stellung bezögen. Ähnlich wie im analogen Raum dominiert auch auf privaten Social-Media-Kanälen das Schweigen. Einige Wochen später, nach Beginn der israelischen Militärintervention in Gaza, nehmen die Studienteilnehmer*innen jedoch klare und deutliche Positionierungen derselben Personen gegenüber dem Krieg in Gaza wahr. Mehrere Interviewpartner*innen betonen in diesem Zusammenhang, wie wichtig das Mitgefühl gegenüber der Zivilbevölkerung in Gaza sei, und dass sie antimuslimischen Rassismus in Deutschland kritisieren würden. Ihre Kritik richte sich vielmehr gegen die Einseitigkeit dieser Positionierung und das gleichzeitige Schweigen gegenüber dem antisemitischen Terror des 7. Oktober.

Interviewpartner*innen berichten, dass sie kurz nach dem 7. Oktober mit Monologen und israeldämonisierenden Statements konfrontiert worden seien. Sie nähmen wahr, dass in den betreffenden Interaktionen nicht nur keine Rücksicht auf ihre Gefühle genommen werde, sondern auch kein Interesse an ihrer Antwort, ihrer Perspektive und Meinung bestehe. Die geschilderten Erfahrungen können dahingehend gedeutet werden, dass in den betreffenden Interaktionen das Gegenüber einer jüdischen oder jüdisch-israelischen Person zur Selbstbespiegelung für die eigene politisch-moralische Positionierung zum gesellschaftlich präsenten Thema des Nahostkonflikts genutzt wird. Entsprechende offensive Konfrontationen objektifizieren Jüdinnen*Juden als Projektionsfläche. Sie können als Angriff auf die Biografie, die Identität und moralische Integrität der Personen wirken. Für die Studienteilnehmer*innen ist damit eine weitere, nicht selbst gewählte Bewältigungsaufgabe nach dem 7. Oktober verbunden: Sie müssen sich auf die Konfrontationen einstellen und passende Wege finden, ihnen zu begegnen.

Verschiedene Studienteilnehmer*innen schildern, wie sie sich auf entsprechende Interaktionen versuchen vorzubereiten. Sie erzählen, dass sie nach dem 7. Oktober umfassend zur Geschichte des Konflikts gelesen und sich bemüht hätten, gut vorbereitet in Gespräche zu gehen. Jedoch würden sie erleben, wie sie bei nichtjüdischen Freund*innen und Bekannten mit diesem Ansatz scheitern. Auf

Diskussionsversuche werde ihnen mit aus ihrer Sicht einseitig-verkürzten, vorgefertigten Statements geantwortet, oftmals in Form von Social-Media-Kacheln und in aggressiver Form. Ein in einem südamerikanischen Land aufgewachsener Interviewpartner schildert diese von anderen Studienteilnehmer*innen ähnlich berichtete Erfahrung wie folgt:

„I was trying to carry out conversations to (.) try (.) to make them understand that it was (..) a very big shock for (.) for Israel and for jews and that's (.) there was no black and white [...] very easily just one word or one sentence it would (.) turn things and they would respond very aggressively and (.) and yeah that (.) it was very hard because then (.) all of the sudden I saw antisemitism which I thought I would (.) not (.) see from anyone I knew in person you know“ (Interviewpartner 25, Anfang 50).

Der Interviewpartner sieht sich mit direktem, offenem Antisemitismus konfrontiert, den er nicht in seinem Umfeld erwartet hätte. Ähnlich wie andere Studienteilnehmer*innen beschreibt er diese Erfahrung aus Diskussionsversuchen als eine weitere Belastung, die ihn zunehmend erschöpfe:

„it was (..) yeah like (.) it was just a thing of this whole period of being (.) very exhausted (.) thinking about it (.) all the time (.) because (.) everyday I was thinking (.) how I could (.) try to explain (.) a friend (..) uh (.) what (.) what had happened“ (Interviewpartner 25, Anfang 50).

Zu den Monaten nach dem 7. Oktober beschreiben Studienteilnehmer*innen, wie sie einen leisen oder auch explizit begründeten, aktiven Rückzug von Freund*innen und Bekannten spüren und erleben würden. Sie berichten, wie ihnen auf Social Media entfolgt werde und ihre persönlichen und beruflichen Netzwerke ausdünnten. Sie erlebten, wie sie zur Projektionsfläche für israelbezogene Statements und teilweise auch antisemitische Adressierungen würden, sofern sie sich nicht explizit antizionistisch positionieren würden. Ihr Schmerz und ihre Belastung fänden im nichtjüdischen Umfeld überwiegend keine Resonanz, würden übergangen und ausgeklammert. Zwischenmenschliche Gesten der Nachfrage und Anteilnahme blieben oft aus. Die Folge seien stark verkleinerte Freundeskreise:

„also ich (.) ich war halt immer so künstlerischen und linken Kreisen (..) und (.) ich glaube wirklich dass mein (..) so Bezugskreis sich halbiert hat“ (Interviewpartnerin 45, Mitte 20).

Mehrere Studienteilnehmer*innen nutzen in diesem Zusammenhang dieselbe Formulierung, indem sie resümieren, dass sie wegen der Reaktionen auf den 7. Oktober ihre „politische Heimat verloren“ (Interviewpartnerin 3, Ende 20) hätten:

„ich habe aber auch diese politische Heimat der Linken (.) verloren für mich an der Stelle wo ich einfach gemerkt habe dass es (.) krass (.) viel Antisemitismus gibt“ (Interviewpartner 37, ohne Altersangabe).

Einige Interviewpartner*innen schildern, wie sie seit dem 7. Oktober ein einseitiges Adressieren eines Fehlverhaltens Israels erlebten. Die Verantwortung des Iran und der von dem iranischen Regime

unterstützten Terrororganisationen (Proxys), die am Terrorangriff des 7. Oktober direkt beteiligt waren, würden dabei ideologisch ausgeblendet. Diesen verbreiteten Modus und die damit verbundene Stimmung aus Gesprächen und Beziehungen beschreibt eine Interviewpartnerin wie folgt:

„[...] was Israel da macht und was die IDF da macht und das geht doch nicht und (..) ((seufzt)) ((längere Pause)) da (.) das tut alles so weh (.) dieses (.) dieses Unwissen (.) von den Menschen und gleichzeitig aber (.) immer nur (.) draufhauen auf Israel (.) und immer nur (.) böse sein mit Israel und (.) alles verkehren also (.) klassische (.) Täter Opfer Umkehr (..) wirklich so die Welt steht völlig auf dem Kopf (.) und selbst (.) intelligente gebildete Menschen [...]“ (Interviewpartnerin 59, Mitte 60).

Das Nichtwissen um oder die systematische Ausblendung der geopolitischen und ideologischen Verflechtungen, etwa der Rolle des Iran und der von ihm unterstützten Organisationen, führt dazu, dass die Verantwortung für den 7. Oktober und seine Folgen ausschließlich bei Israel verortet wird. Dadurch wird das komplexe Geflecht (oder Gefüge) ideologischer Kämpfe unsichtbar gemacht und die Täter*innen(gruppen) selbst aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt. Diese Ausblendung und Verkürzung begünstigen eine antisemitische Essentialisierung Israels: Israel erscheint nicht mehr als handelnder Staat in einem vielschichtigen geopolitischen Kontext, sondern als alleinige Ursache von Gewalt in der Region (vgl. Rensmann 2021). Dadurch werden Vereinfachung und Komplexitätsreduktion durch die Figur der antisemitischen Personifizierung möglich gemacht. Auf diese Weise werden Jüdinnen*Juden pauschal und quasi ontologisch mit Schuld und Aggression identifiziert. Die ideologische Funktion dieser Ausblendung liegt somit darin, die Realität des Terrors und seiner transnationalen Einbettung zu verschleiern und stattdessen Israel zur Projektionsfläche antisemitischer Zuschreibungen zu machen.

Der Modus der offensiven Konfrontation drückt sich auch in übergriffigen, die Integrität und Würde schädigenden Formen aus. Studienteilnehmer*innen schildern, wie sie mit Chat-Nachrichten bedrängt würden, ihnen von Freund*innen, Kolleg*innen und Bekannten ungewollte Gespräche zu Israel und Gaza aufgezwungen und sie dabei teilweise angeschrien würden. Ein Beispiel für solche Grenzüberschreitungen ist die folgende längere Sequenz, in der eine Studienteilnehmerin schildert, wie sich eine Freundin um sie gesorgt habe, als sie am und nach dem 7. Oktober in Israel ist und zunächst nicht zurückfliegen kann. Nach ihrer Rückkehr und mit Beginn der israelischen Militärintervention habe diese Freundin innerhalb einer Woche vom Modus der Fürsorge in den Modus der aggressiven Konfrontation gewechselt. Die Studienteilnehmerin scheint zur Projektionsfläche für die politischen Vorstellungen und Deutungen der Freundin zu werden. Die Interviewpartnerin wird mit Umdeutungen und Verleugnungen der extremen Gewalt am 7. Oktober

konfrontiert, sie wird in Nachrichten bedrängt und am Telefon in einer Form angeschrien, die sie als „der blanke Hass“ beschreibt:

„sie hat mir auch (.) (.) irgendwelche TikTok Videos geschickt aus Gaza (.) und (.) hat immer mehr (.) den 7. Oktober (.) in Frage gestellt (.) und (.) so in der Art nee die Frauen (.) die (.) die die Frauen mit den blutigen Hosen (.) auf den (.) Transportflächen dieser Lastwagen (.) die hatten bestimmt ihre Tage das ist nur Menstruationsblut und das (.) das das war keine Vergewaltigung (.) und die kümmern sich bestimmt um diese Frauen [...] also das wurde wirklich von Tag zu Tag (.) wurde das extremer (.) und (.) sie wurde aggressiver mir gegenüber (..) und (..) und dann bin ich am Samstag (..) das war (.) genau eine Woche nach dem 7. Oktober ja (.) am 14. Oktober (.) bin ich morgens aufgewacht (.) und hatte (.) bestimmt (..) 20, 30 Sprachnachrichten von ihr auf meinem WhatsApp (.) und (.) es war alles (.) es war wirklich ((längere Pause)) Moment kurz ((längere Pause)) es war wirklich (.) es war der blanke Hass also sie hat mich nur angeschrien“ (Interviewpartnerin 43, Mitte 40).

Wie dieser Auszug exemplarisch zeigt, erleben Interviewpartner*innen, dass selbst nahe Freund*innen, die am 7. Oktober noch Anteilnahme zeigten, mit Beginn des Krieges gegen die im Gazastreifen herrschende Hamas den Blick auf die Situation im Gazastreifen richten, ohne die Komplexität der Situation, in der sich die Israelis und die jüdische Diaspora befinden, zu verstehen. Ermöglicht wird diese affektive und moralisch aufgeladene Position zu Gaza durch die Verleugnung und Umdeutung des vorausgegangenen Massakers, der Morde, der sexualisierten Gewalt und der Geiselnahmen, wie in der obigen Sequenz deutlich wird. So werden etwa Bilder entführter, blutender Frauen auf den „Transportflächen“ zu „Menstruationsblut“ umgedeutet; die Täter*innen erscheinen beinahe in einer fürsorglichen Rolle („die kümmern sich bestimmt um diese Frauen“), wodurch die Gewalt verharmlost wird. Die Fähigkeit zur Resonanz auf die Morde, Misshandlungen und Entführungen wird offenbar überdeckt durch die moralisch erhabene Position, die in einem binären Schema gefangen bleibt. Die Anteilnahme wird trotz Freundschaft entzogen und Jüdinnen*Juden werden als vermeintliches Täter*innenkollektiv adressiert: „also das wurde wirklich von Tag zu Tag (.) wurde das extremer (.) und (.) sie wurde aggressiver mir gegenüber“. Die Verantwortung der im Gazastreifen herrschenden Hamas und weiterer Terrororganisationen für das Massaker und ihre Mitverantwortung für den brutalen Kriegsverlauf werden dabei ausgelassen. Die Interviewpartner*innen sehen sich bereits kurz nach dem 7. Oktober mit einer einseitigen Dämonisierung Israels konfrontiert, hinter der ihr Schmerz, ihre Sorgen und ihre Belastung angesichts des Antisemitismus in Deutschland keine Berechtigung zu haben scheinen und im nichtjüdischen Umfeld kaum Resonanz finden.

5.2.4 Modus der doppelten Standards für jüdische Betroffene von Gewalt und Terror

Ein größerer Anteil der Studienteilnehmer*innen beschreibt sich eigeninitiativ im Interview als politisch linksstehend, als queerfeministisch und als biografisch verbunden mit linken Szenen und Communities. Die Entsolidarisierung und ausbleibenden zwischenmenschlichen Gesten nach dem 7. Oktober werden in Bezug auf diese Milieus und Szenen als besonders schmerzhaft erlebt, da sie im Kontrast zum solidarischen Selbstverständnis und zum eigenen zuvor gelebten solidarischen Handeln stehen. Diesen Kontrast formuliert eine Interviewpartnerin wie folgt:

„die Enttäuschung (...) darüber wie so die Freunde und eigentlich die Leute die man immer selbst zurück supportet hat also jetzt nicht mal so Menschen an sich sondern Bewegungen (.) zu sehen wie (.) so die und die Welt (..) reagieren das hat (...) das hat schon echt wehgetan also (..) ich glaub (..) erst ab Februar oder so habe ich aufgehört jeden Tag zu weinen“ (Interviewpartnerin 45, Mitte 20).

Schmerzlich erleben die Interviewpartner*innen vor allem, dass aus den Communities, mit denen sie sich bislang verbunden gefühlt hätten, selbst die einfache Nachfrage ausbleibt, wie es ihnen gehe und ob sie oder ihre Familien in Israel direkt vom Massaker betroffen seien:

„none of this community that I was a part of or people that I had contact I am talking about (.) a lot of people (.) none of them approached me (.) none of them asked me (.) how I am (.) if my family is alive“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Die ungleichen Reaktionen auf den Terror gegen Menschen in Israel im Vergleich zu den Reaktionen auf andere Gewaltverbrechen und Anschläge führen einigen Studienteilnehmer*innen vor Augen, dass für Jüdinnen*Juden und Israelis in Bezug auf Gewalterfahrungen und Bedrohung andere Regeln zu gelten scheinen:

„das hab ich sofort gemerkt, die (.) das Schweigen der Menschen, die Empathielosigkeit (.) die mich (.) bestürzt hat (.) also ((längere Pause)) ja ((seufzt)) (..) ((weinen)) [...] wo mir erstmal klar wurde (.) dass (..) ja quasi [...] ich bin ja auch Teil dessen (..) Leid und Leben (.) irgendwie anders gewichtet werden“ (Interviewpartner 4, Mitte 30).

Diese Erkenntnis resümiert eine Interviewpartnerin in der Formulierung: „it [October 7] also gave me ((sighs)) (..) the truth“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40). Sie ist aus beruflichen Gründen von Israel nach Deutschland gekommen, verstand sich in Israel als Teil der linken Szene und setzte sich für eine palästinensisch-israelische Koexistenz ein (vgl. Interviewpartnerin 79, Anfang 40). Nach dem 7. Oktober meldete sich niemand aus den künstlerischen Netzwerken, denen sie sich in Deutschland zugehörig fühlte und in denen sie sich bis dahin als gut vernetzt erlebte. Im Interview spricht sie, ähnlich wie andere, von einer politischen Neuordnung. Vertraute Kategorien von Links und Rechts würden nach dem 7. Oktober für sie als Orientierung nicht mehr funktionieren, da sich Personen,

Gruppen und Bewegungen aus allen politischen Spektren an der Erzeugung der antisemitischen Atmosphäre aktiv beteiligten.

5.2.5 Modus der Schuldzuweisung

Neben dem Solidaritätsentzug und offen antiisraelischen und antisemitischen Adressierungen beschreiben Studienteilnehmer*innen auch die einseitigen Schuldzuweisungen als verstörend und belastend. In den entsprechenden Interaktionen fühlt sich eine Interviewpartnerin „wie die Rechtsanwältin von (.) von Israel (.) die die Israel verteidigen muss und die der Welt sagen muss wie furchtbar das alles war“ (Interviewpartnerin 43, Mitte 40).

Als verletzend wird erlebt, dass eigentlich geächtete Gewaltformen wie der systematische Einsatz sexualisierter Gewalt gegen Kibbuzbewohner*innen und Festivalbesucher*innen, aber auch das unterschiedslose Ermorden und Entführen von Babys, Kindern und Erwachsenen nicht zu Empathie oder zumindest einer Anerkennung der Ereignisse als illegitimer Terror führen. Stattdessen werden auch diese Handlungen in die Logik der Legitimation des Angriffs als vermeintlicher Widerstand einbezogen. Einige Interviewpartner*innen gehen auf ihre Erschütterung ein, dass auch die umfassend belegte sexualisierte Gewalt in Schuldumkehr einbezogen wird. So führt eine Studienteilnehmerin aus, dass es „schmerzhaft“ gewesen sei zu realisieren, dass sie als Jüdin und regelmäßig nach Israel reisende Person sowohl von der Gewalt als auch von der Legitimation der Gewalt durch nahestehende Personen hätte betroffen sein können:

„es war irgendwie (..) sehr (..) schmerzhaft zu verstehen dass nicht nur (.) Bekannte sondern auch Freunde das halt so (...) also so angenommen ich wär jetzt zum Beispiel beim Nova Festival gewesen (.) wo die Wahrscheinlichkeit nicht gering ist so dass (.) wär eigentlich voll mein Ding gewesen wenn ich einfach in dem Jahr in Israel gewesen wär so dass es dann wirklich Leute in meinem Umkreis gibt die gesagt hätten wenn mir was passiert wäre die gesagt hätten ja (.) sei halt einfach nicht in einem occupied land (.) selbst schuld (.) also (.) naja das waren halt von (.) fernen Bekannten bis wirklich zu (.) Freundschaften die ich schon so seit fünf sechs sieben Jahren habe“ (Interviewpartnerin 45, Mitte 20).

Das Interview wurde kurz nach dem Angriff des Irans auf Israel im Frühjahr 2024 geführt, wozu die Interviewte anmerkt: „jetzt dieser (.) Angriff vom Iran und dann so (.) wieder zu sehen wie Leute so sagen ey (..) selbst schuld“ (Interviewpartnerin 45, Mitte 20). Deutlich wird, dass sich die zum 7. Oktober geschilderten Reaktionen und einseitigen Schuldzuweisungen bei jedem neuen Terroranschlag und Angriff gegen Israel wiederholen. Die Studienteilnehmer*innen schildern eine zyklische Wiederkehr dieser Reaktionsmuster und beginnen, sich teilweise infolgedessen zurückzuziehen und Orte und soziale Konstellationen, die mit entsprechenden Erfahrungen verbunden werden, zu meiden.

5.2.6 Modus der diskursiven und politischen Benutzung jüdischer Positionen

Im Zusammenhang mit den Reaktionen des nichtjüdischen Umfelds thematisieren Interviewpartner*innen ihre Beobachtung, dass Jüdinnen*Juden unter Druck gesetzt würden, sich von Israel zu distanzieren und antizionistische Positionen einzunehmen. Sozial belohnt würden solche Positionen mit Anerkennung und der Rückgewinnung der gesellschaftlichen Inklusion und Zugehörigkeit zu Gruppen und beruflichen Netzwerken.

Eine in der Ukraine aufgewachsene Interviewpartnerin thematisiert den Modus der diskursiven Belohnung von Jüdinnen*Juden, wenn diese die üblichen mehrheitsgesellschaftlichen Positionen zu Israel einnehmen würden, inklusive der Vergleiche des Handelns Israels mit dem Nationalsozialismus. Sie geht auf die Effekte des zunehmenden „gesellschaftlichen Drucks“ ein, durch den Jüdinnen*Juden „ganz klar belohnt“ werden würden, wenn sie eine mehrheitsgesellschaftlich erwünschte und anerkannte Position einnehmen und ausschließlich das Fehlverhalten Israels kritisierten. Nicht belohnt bis hin zu sozial sanktioniert würden hingegen Selbstthematisierungen der jüdischen Erfahrung mit dem organisierten Terror:

„also man erlebt das, dass Menschen aufhören mit einem zu sprechen (..) also selbst bei (.) bei eben (.) die Ukraine wird angegriffen (..) sie muss sich verteidigen (.) und dann (.) wird dir vorgeworfen du bist jetzt irgendwie voller Hass und Kriegstreiberin (.) weil du (.) weil du (.) sozusagen nicht für (.) nicht aktiv (.) für Verhandlungen mit Russland stehst oder so was und jetzt ist das ja genauso, jetzt sind wir ja alle irgendwie für (.) für ceasefire (.) und ja und ich glaube eben in dem Zusammenhang dass es deswegen auch zunehmend mehr [...] Menschen (.) geben wird in der Öffentlichkeit die als Tokens (.) als jüdische Tokens dann sagen werden (.) aber ich bin jüdisch und das was dort passiert ist genau dasselbe was Nazis gemacht haben und so weiter und so fort (.) dass das auch (.) Ergebnis ist eines gesellschaftlichen Drucks (.) zum Teil (.) also klar eine individuelle Meinung oder Entscheidung aber das ist etwas was belohnt wird was ganz klar belohnt wird (..) und das andere wird nicht belohnt ((längere Pause))“ (Interviewpartnerin 33, Ende 30).

In dem Vergleich der Interviewpartnerin zu den in Deutschland mehrheitsfähigen Erwartungen an Ukrainer*innen und an Jüdinnen*Juden wird exemplarisch deutlich, wie sich die Parallelität der in Deutschland geführten Diskurse zum russischen Angriff auf die Ukraine und zum Angriff auf Israel insbesondere für Jüdinnen*Juden mit ukrainisch-israelischen Familienbiografien auswirken. Des Weiteren thematisieren Interviewpartner*innen, ähnlich wie im obigen Zitat, die Wirkung der antizionistischen Mobilisierung, durch die eine Form von diskursivem Belohnungssystem entsteht. In diesem sind nur bestimmte jüdische Positionen erwünscht. Jüdinnen*Juden werden unter Druck gesetzt, sich antizionistisch zu zeigen oder aber sich mit ihren Perspektiven, Erfahrungen und Einschätzungen vollständig zurückzuhalten.

Ein weiterer Studienteilnehmer schildert, wie in Diskussionsverläufen von nichtjüdischen Personen der Verweis auf „jewish voices“ (Interviewpartner 38, Ende 30) als Bestätigung und Referenz benutzt werde, um den eigenen antisemitischen Deutungen der Ereignisse eine Legitimität zu verleihen. Der Interviewpartner sagt, wie ihn dieses Benutzen einzelner jüdischer Stimmen zu einem Rückzug aus den betreffenden Diskussionen und Kontakten führe:

„it’s people who are not ignorant it’s people who are educated (.) it’s people who (.) cancel and speak out about anybody else (.) but when it comes to antisemitism (.) they basically don’t want to see it and (.) use jewish voices that support them as (.) as a sort of some kind of token (.) and yeah I just don’t like this so (.) I guess I just stop engaging“ (Interviewpartner 38, Ende 30).

Daneben gibt es zwei Interviewpartner*innen, die sich selbst im Interview als antizionistisch positionieren. Eine in Israel aufgewachsene Studienteilnehmerin thematisiert die Benutzung jüdischer Positionen in einer anderen Form als in den obigen zitierten Beispielen. Sie sieht eine Benutzung des Judentums, um politische Anliegen der jeweiligen deutschen und israelischen Regierungen durchzusetzen:

„I think since the (..) 7th of October at least here in Germany (.) I see that (..) ((longer pause)) I think just Judaism is (.) being tokenized so much ((laughs)) (.) and is being (.) and and (..) it (.) is be/ (.) yeah Judaism is being tokenized, is being really (.) hijacked (.) for (..) political push whether it’s from the (.) you know government and (.) Olaf Scholz like (.) shaking hands with (.) with Benjamin Netanyahu [...]“ (Interviewpartnerin 22, Ende 20).

Die Interviewpartnerin ordnet ihre Sichtweise selbst als eine in israelischen Communities eher seltene, aber durchaus vertretene Position ein. Sie thematisiert im Interview, ähnlich wie andere Interviewpartner*innen, die Schwierigkeit, in Deutschland die Komplexität der Situation und ihre Sichtweise als Israeli zu kommunizieren.

5.2.7 Zusammenfassung

Der 8. Oktober steht im Anschluss an die Deutungen von Eva Illouz (2025) für die soziale Aushandlung der Ereignisse um den 7. Oktober in der nichtjüdischen Welt und im Umfeld der Interviewpartner*innen. Im Datenmaterial wird deutlich, wie die kollektiv erlebten Reaktionen in der Gesamtwirkung eine weitere gewaltförmige Erfahrungsdimension darstellen. Nachfragen nach dem Wohlergehen der Interviewpartner*innen und ihrer Familie werden als stützende Ausnahme erlebt. Es überwiegen Praktiken, die von Schweigen und Ausblendung über offensive Konfrontation, Anwendung doppelter Standards für jüdische Betroffene bis hin zur Schuldumkehr und Verherrlichung des Massakers reichen. Hinzu kommt die Beobachtung von Interviewpartner*innen, dass einzelne jüdische Positionen zur Rechtfertigung genutzt werden. Die geschilderten Szenen und Erfahrungen

weisen eine hohe Ähnlichkeit auf, was auf soziale Praktiken und Routinen der Deutung und des Umgangs verweist, mit denen die Studienteilnehmer*innen gezwungen sind umzugehen. Die Modi der Reaktionen im nichtjüdischen Umfeld zeigen sich in den weiteren Interviews als wiederkehrende Erfahrungen. Interviewteilnehmer*innen erleben Varianten und Facetten dieser Modi auch im Bewegen im öffentlichen und digitalen Raum, bei der Nutzung der öffentlichen Infrastruktur, am Arbeitsplatz und in Institutionen der Erziehung und Bildung. Auf sozialer Ebene wirken diese Erfahrungen exkludierend. Die soziale Umgebung hält und stützt nach dem 7. Oktober oftmals nicht. Teilweise enden Liebesbeziehungen und Freundschaften, Bekanntenkreise brechen weg, die Identifikation mit politischen Milieus, Szenen und Gruppen geht verloren. Der Einschnitt durch die extreme Gewalt am 7. Oktober vertieft sich in Form von Brüchen und Einschnitten infolge der Reaktionen der nichtjüdischen Umgebung.

5.3 Psychische und physische Auswirkungen des 7. Oktober

Die Ereignisse um den 7. Oktober bergen ein verstörendes und traumatisches Potenzial in sich, das sich sowohl auf psychischer als auch körperlicher Ebene manifestiert. So thematisieren einige Interviewpartner*innen psychische Auswirkungen in Form von Dissoziationen, Ängsten, intrusiven Erinnerungen oder Rückzugsverhalten, aber auch körperliche Stressreaktionen wie Schlafstörungen, Herzrasen oder anhaltende Erschöpfung.

In Anlehnung an van der Kolk (2014) lassen sich Formen der Selbstthematisierungen von psychischen und physischen Symptomen durch die Studienteilnehmer*innen einordnen als ein Ausdruck von sekundärer Traumatisierung. Die Interviews und Gruppendiskussionen fanden in einer Phase statt, in der die Gewalt des 7. Oktober nicht abgeschlossen war, sondern in Form von Raketenangriffen, Anschlägen und Anschlagsaufrufen, der Ermordung von Geiseln sowie deren medialer Zurschaustellung durch die Täter*innen fort dauerte. Die hohe emotionale Relevanz des 7. Oktober zeigte sich in der fragmentierten Sprache, suchenden Formulierungen, teils sehr ausführlichen Beschreibungen des 7. Oktober, in affektiven Reaktionen wie Weinen während des Interviews. Charakteristisch für die Gespräche ist das deutliche Bedürfnis vieler Teilnehmender, ihre Erfahrungen mit dem Forschungsteam zu teilen – ein Bedürfnis, das einige teils schon zu Beginn, teils im Verlauf der Interviews ausdrücklich benennen und die Entscheidung, an der Studie mitzuwirken, damit erklären.

In Anlehnung an Hans Keilson's Konzept der sequenziellen Traumatisierung (1979) wird deutlich, dass nicht allein das ursprüngliche Gewalterleben prägend ist, sondern ebenso die nachfolgenden gesellschaftlichen Reaktionen und die fortgesetzte Konfrontation mit antisemitischen Dynamiken.

Unter sequenzieller Traumatisierung wird eine Abfolge von traumaauslösenden und traumaverschärfenden Erfahrungen verstanden, sodass den sozialen Dimensionen und der Folgezeit des 7. Oktober eine hohe Bedeutung bei den psychischen und somatischen Auswirkungen zukommt.

5.3.1 Anzeichen sekundärer Traumatisierung

Extremtraumatische Ereignisse wie Terroranschläge wirken potenziell traumatisierend, was nicht bedeutet, dass die Betroffenen klinisch ausgeprägte oder langwierige Traumafolgestörungen erleiden müssen. Auch wenn nicht alle Kriterien einer Traumafolgestörung erfüllt sind, können Symptome auftreten, die die Adaptationsfähigkeit der Betroffenen überfordern und verschiedene traumabezogene Folgesymptome auslösen. Extremtraumatische Ereignisse können sich zudem auch auf Personen auswirken, die die Ereignisse nicht unmittelbar selbst erlebt haben. So können die indirekt Betroffenen ein sekundäres, auch ein indirektes oder stellvertretendes Trauma infolge eines traumatischen Ereignisses entwickeln, ohne direkt dabei gewesen zu sein (vgl. McCann/Laurie/Anne Pearlman 1990; Herman 1992 [2018]). Das Miterleben von Gewalt über mediale Darstellungen oder Berichte von Überlebenden kann nachhaltige psychische Erschütterungen hervorrufen und bereits bestehende Reaktionen infolge der bloßen Information über das Gewaltereignis erheblich verstärken. Hinzu kommt, dass einige der Studienteilnehmenden durch Familienangehörige oder Freund*innen direkte persönliche Verbindungen zu Opfern des Anschlags haben und dadurch selbst unmittelbar von den Angriffen und Entführungen betroffen sind.

Interviewpartner*innen schildern affektiv-somatische Reaktionen, die unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Invasion aufgetreten sind und auch Symptome, die ihnen erst mit zeitlichem Abstand bewusst wurden. Eine Interviewpartnerin, die als Lehrerin tätig ist, berichtet im Interview, dass sie nach dem 7. Oktober oft krank gewesen sei und noch zum Zeitpunkt der Interviews unter Schlafstörungen leide: „ich (.) wache jede Nacht um 3 Uhr auf und (..) ja und schlaf nicht mehr“ (Interviewpartnerin 17, Ende 40). Neben ihren eigenen Reaktionen geht die Interviewpartnerin auch auf die Reaktionen ihrer 14-jährigen Tochter auf den Terroranschlag ein. Sie sagt, ihre Tochter habe mit einer „Angstattacke“ reagiert, als in der Schule der Angriff besprochen wurde:

„meine Tochter mit (.) die ist 14 und die (.) blockt ganz bewusst, weil sie (.) die hatte kurz danach die haben das in der Schule besprochen, die hatte eine Angstattacke (.) und daraufhin hat sie aufgehört sich damit zu befassen (..)“ (Interviewpartnerin 17, Ende 40.)

Beispielhaft deutlich wird hier, wie Interviewpartner*innen sich infolge der traumatischen Wirkung des 7. Oktober sich aktiv dafür entscheiden, auf Informationen und Nachrichten zu verzichten, um sich oder auch Kinder vor der Überwältigung zu schützen.

Mehrere Interviewpartner*innen berichten infolge des 7. Oktober von somatischen Beschwerden wie Insomnie, Appetitminderung, Antriebslosigkeit, Panikepisoden und schildern Symptome ausgeprägter Affektlabilität mit häufigem Weinen, Niedergeschlagenheit, Trauer und depressiver Verstimmung. So beschreibt eine junge Studienteilnehmerin, die in Zentralasien geboren ist und Familie in Israel hat, die zeitliche Dimension ihrer Reaktion auf die Ereignisse in Israel: „erst ab Februar oder so habe ich aufgehört jeden Tag zu weinen“ (Interviewpartnerin 45, Mitte 20). Andere Interviewpartner*innen berichten von langfristigen körperlichen Veränderungen wie Tinnitus, Neurodermitis oder auch Verschlimmerung von anderen chronischen Krankheiten infolge der Ereignisse um den 7. Oktober. Manche beschreiben den Verlust der Kontrolle über den eigenen Körper, geben an, unter Herzrasen und Panikattacken zu leiden, wie diese Interviewpartnerin:

„ich hatte gerade in den ersten Wochen immer mal wieder so (.) Herzrasen (.) hab ich das Gefühl das Herz springt mir aus der Brust“ (Interview 10, Anfang 30).

Eine Interviewpartnerin, Mitarbeiterin in einem Architekturbüro und mit einer Geisel bekannt, berichtet, dass sie lange „nicht [habe] essen“ können, „rund um die Uhr müde“ gewesen sei, „aber trotzdem nicht geschlafen“ habe (Interviewpartnerin 21, Anfang 40). Sie verdichtet ihr Erleben nach den Massakern und dem von ihr „tagtäglich“ medial beobachteten Hass im Bild einer „Paralyse“ und schildert zudem, dass sie sich „drei Wochen gar nicht mehr bewegen konnte“ (Interviewpartnerin 21, Anfang 40).

Eine andere Interviewpartnerin schildert gleich zu Beginn des Interviews, wie die Ereignisse um den 7. Oktober sie körperlich mitnehmen würden. Bereits das Sprechen über die Ereignisse löse bei ihr Symptome aus wie erschwerte Atmung – gleichzeitig merke sie, wie ihr die Versprachlichung in der Verarbeitung helfe.

„(.) also mich hat das wahnsinnig erschüttert (.) das war (.) ich glaube so war und ist bis heute eigentlich so (.) mit das krasseste (.) was ich erlebt habe (.) vielleicht sogar tatsächlich (.) vor allem im Bezug auf Antisemitismus also (..) auch wenn ich darüber spreche merke ich dass mich das so körperlich (.) total mitnimmt (.) also wenn ich immer wieder so darüber spreche also schlecht Luft bekomme zum Beispiel (.) andererseits (.) hilft es mir auch sehr darüber zu sprechen (..) für mich ist dieser Tag der 7. Oktober (.) sehr verschwommen“ (Interviewpartnerin 69, Anfang 30).

Sie erinnert den 7. Oktober als „sehr verschwommen“. Ähnlich wie andere Studienteilnehmer*innen beschreibt sie damit Momente der Derealisation und des dissoziativen Erlebens am betreffenden Samstag und teilweise auch in den folgenden Wochen: Die unerträglichen Informationen und Bilder aus Israel können nicht direkt verarbeitet werden, sie werden dissoziiert und auf Abstand gehalten.

Die Betroffenen können die einzelnen Ereignisdimensionen, aber auch das Wissen und die damit neu eingeleitete Gesamtsituation als Jude*Jüdin nur schrittweise an sich heranlassen.

5.3.2 Wirkung der digital vermittelten Gewalt

Während das Massaker im Süden Israels noch andauerte, wurden Aufnahmen der Morde, Zerstörung und Geiselnahmen über die sozialen Medien verbreitet. Dadurch verstärkte sich die Wirkung des Terrors als eine Form kollektiver Gewalt auf jene, die mitgemeint waren und sich zum Zeitpunkt des Geschehens nicht vor Ort befanden. Eine Interviewpartnerin, Künstlerin aus Deutschland, beschreibt ihre Reaktionen auf die gewaltvollen Bilder und Berichte aus Israel in den Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober als Symptome, die sich bei ihr vor allem auf der affektiv-körperlichen Ebene manifestieren:

„ja (.) und das war (.) das war im Januar Februar so schlimm (.) weil ich (.) eben (.) 3, 4 Stunden am Computer war und (.) die Berichte anhörte und (.) dann konnte ich nicht essen (..) und (..) die Berichte anschaute“ (Interviewpartnerin 20, Anfang/Mitte 60).

Sie fühle sich „schutzlos“ (Interviewpartnerin 20, Anfang/Mitte 60) angesichts der verstörenden Ereignisse und auch aufgrund der Reaktionen darauf in der Kunstszene, in der sie seit Jahren aktiv sei. Diese sei für sie nun, im Gegensatz zu der Zeit davor, kein „Schutzschild“ mehr (Interview 20, Anfang/Mitte 60). Der von ihr genannte Zeitraum „Januar Februar“ nach dem Massaker im Oktober 2023 verdeutlicht, dass dieser Zustand über einen längeren Zeitraum andauerte. Exemplarisch deutlich wird in diesem Abschnitt zudem das von zahlreichen Interviewpartner*innen beschriebene Phänomen, sich nicht lösen zu können von Informationen, Bildern und Social Media-Diskussionen zum Massaker und zu den Geiselnahmen und gleichzeitig zu merken, dass die Bilder ihre Belastung erhöhen. Andere entscheiden sich, teilweise infolge von Zusammenbrüchen, aktiv gegen eine solche Beschäftigung. Manche verlassen Social Media angesichts der massiven gewaltförmigen Umdeutungen der Ereignisse und der Verhöhnungen der Opfer des 7. Oktober, die sie dort vorfinden. Eine Interviewpartnerin spricht ausführlich im Interview über die Wirkung der Nachrichten, der digital verbreiteten Bilder und der gewaltförmigen Aushandlung der Ereignisse auf Social Media. Sie wurde in Deutschland geboren und ihre Eltern sind als Kontingentgeflüchtete aus einem postsowjetischen Land migriert. Zunächst schildert sie die verstörende Wirkung der Informationen aus Israel, mit denen sie sich zunächst noch nicht detailliert auseinandersetzen kann:

„ich hatte das Gefühl dass ich auch (.) sozusagen auf den (.) Terror (.) auch erstmal noch gar nicht ich konnte mir noch gar nicht die Nachrichten durchlesen und noch nicht (.) im Detail (.) überhaupt drauf eingehen was passiert ist [...] ich konnte eigentlich nichts machen ich konnte nicht (.) nicht richtig

arbeiten ich hab eigentlich/ ich bin aufgestanden hab geweint und ich hab (.) ich bin (.) ins Bett gegangen und hab geweint“ (Interviewpartnerin 3, Ende 20).

Die Interviewpartnerin erinnert ihre Reaktion auf die Nachrichten in sozialen Medien, die sie nur schrittweise realisieren konnte. Die psychische Erschütterung drückt sich in morgendlichem und abendlichem Weinen aus. Ihre Alltagsordnungen sind erschüttert und sie erinnert sich in den Monaten nach dem Massaker als kaum handlungs- und arbeitsfähig. Sie meidet zunächst Nachrichten und Social Media und besucht schließlich doch entsprechende Internet-Plattformen. Im Interview ordnet sie dies als Ausdruck ihres Bedürfnisses ein, in der vorherrschenden antisemitischen Gewaltverherrlichung vielleicht doch Solidaritätszeichen zu finden:

„ich bin dann zum Beispiel auf den Account von Mia Schem [gegangen] das ist eine der Geiseln die befreit wurde und unter ihrem Profil und unter ihren Posts waren die krassesten Kommentare also richtig krass gewaltverherrlichende Kommentare [...] Ich weiß auch nicht was das für so ein was das für so ein masochistischer Move von mir die ganze Zeit war immer in diese Kommentare zu gehen aber ich glaube, ich hatte irgendwie so das Bedürfnis zu lesen dass es irgendjemanden gibt der solidarisch ist [...]“ (Interviewpartnerin 3, Ende 20).

Deutlich wird in dieser Sequenz eine von verschiedenen Interviewteilnehmer*innen reflektierte Ambivalenz in Bezug auf ihre Nutzung von Nachrichten und Social Media nach dem 7. Oktober. Der digitale Raum bildet eine weitere Sphäre, in der die extreme Gewalt und der vom Massaker mobilisierte Antisemitismus öffentlich reproduziert, ausgehandelt, interpretiert und mit Bedeutung versehen wird. Dabei werden den Interviewten in dieser Sphäre die mehrheitliche Umdeutung und Euphemisierung des Massakers als Widerstand immer wieder neu vor Augen geführt ebenso wie die diskursiven Mehrheitsverhältnisse. Studienpartner*innen beobachten an sich selbst die psychischen Belastungen durch die Rezeption der Gewalt und ihrer Aushandlung im digitalen Raum. Zugleich suchen sie nach Zeichen der Solidarität, nach neuen Informationen. Sie versuchen – als Teil ihres Verarbeitungsprozesses und als Vorbereitung für die Zukunft – möglichst genau zu verstehen, was passiert ist und weiterhin geschieht. So ist die Nutzung des digitalen Raums im Hinblick auf die eigene psychische Gesundheit immer wieder mit neuen Entscheidungen verbunden und birgt eigene Verarbeitungsaufgaben.

So erinnert eine Interviewpartnerin, dass sie sich bewusst vor den Nachrichten geschützt habe und erst durch eine Bekannte, die ihr von verstörenden Bildern berichtete, erfahren habe, was geschehen war:

„(.) ich hatte ja da eine Bekannte getroffen die mir [...] von irgendeinem schlimmen Gewaltvideo konkrete Sachen erzählt hat und dass das dann so Bilder sind die immer wieder in meinem Kopf sind (.)

und dann kann ich nicht schlafen, dann kommen die immer wieder in unpassenden Situationen wieder [...] und das kenne ich halt (.) aus meiner (.) Kindheit [[M-hm]] (.) sehr stark (.) so [[hm]] (.) und das hat damit zu tun wie ich damit mit (.) mit diesen Bildern von der Schoa konfrontiert wurde (.)“ (Interviewpartnerin 64, Anfang 40).

Die Interviewpartnerin reflektiert über die Wirkung von Gewaltvideos, die sie nicht mal selbst sieht, sondern von einer Bekannten verbalisiert bekommt. Sie entwickelt infolgedessen Symptome wie Intrusionen und Schlafstörung und verweist dabei auf die Referenzerfahrung der Shoah, die sie aus ihrer eigenen Kindheit kennt.

5.3.3 Intrusionen zu Bildern vom 7. Oktober

Als eine Form von kollektiver Gewalt fußt Antisemitismus auf der judenfixierten Vernichtungsideologie. Jüdinnen*Juden weltweit werden dabei als Zielgruppe anvisiert, was die Terrororganisationen während und nach dem Anschlag unverdeckt und öffentlich verkündeten. Einige Studienteilnehmende berichten, dass sie seit dem 7. Oktober kaum noch oder gar nicht mehr ausgehen würden. Mehrere Interviewte beschreiben, wie sie in Alltagssituationen und bei öffentlichen Veranstaltungen von Bildern des Massakers und Angstzuständen eingeholt worden seien – Erfahrungen, die sich durch in Deutschland erlebten Antisemitismus- und Diskriminierungserfahrungen noch verstärkten.

Eine solche Intrusion dokumentiert beispielsweise eine Interviewpartnerin in den Notizen ihrer für die Studie durchgeführten dreimonatigen Selbstbeobachtung. Sie hält sich auf einer mehrtägigen jüdischen Veranstaltung auf, die als potenzieller Anschlagort bewacht werden muss. Während sie in einer Pause duscht, wird sie von der Vorstellung heimgesucht, dass bewaffnete Terroristen eindringen würden:

„[...] Es war ein freier Zeitraum zwischen zwei Programmpunkten und ich stand unter der Dusche. Ich wusste, dass die komplette Straße voll mit Polizeiwagen in Uniform und in Zivil steht [...] aber trotzdem waren in diesem ganzen Hotel 450 jüdische Menschen auf einem Fleck. Ich stand unter der Dusche und habe laut Musik gehört. Plötzlich habe ich eine Art Panik bekommen, weil ich mir vorgestellt habe, wie Terroristen in das Zimmer stürmen. Ich hatte das große Bedürfnis, die Musik auszumachen und zu lauschen, ob draußen niemand ist. Ich habe mich plötzlich so verletztlich gefühlt, alleine, nackt unter der Dusche und diese Vorstellung von bewaffneten Terroristen, Männern, die mir etwas antun könnten, war sehr präsent in meinem Kopf. Ich habe mich eine Zeitlang sehr unwohl gefühlt, obwohl die Dusche normalerweise eher ein Wohlfühlort für mich ist. Ich habe gedacht, dass es am 7. Oktober bestimmt auch Frauen gab, die zu diesem Zeitpunkt unter der Dusche standen. Ich hatte diese Szene vor Augen

und hatte viel Angst. Obwohl ich wusste, dass es unbegründet war“ (2. Dokumentation einer Selbstbeobachtung durch Interviewpartnerin, Mitte 20).

Die Studienteilnehmerin hält in diesem Eintrag fest, wie die Dusche an einem Tagungsort vor dem Hintergrund des 7. Oktobers in ihrem Erleben zu einem unsicheren Ort wird. Das Szenario eines Angriffs steigt auf, sie empfindet „viel Angst“. In der von ihr festgehaltenen Situation verbindet sich ihr Wissen darum, dass ein Hotel, an dem sich Hunderte von Jüdinnen*Juden gleichzeitig aufhalten, ein potenzieller Anschlagort ist, mit ihrer Identifikation mit den misshandelten, vergewaltigten und ermordeten Frauen in Israel am 7. Oktober. Sie reflektiert in einem späteren Abschnitt ihrer Dokumentation über die notierte Situation in der Hoteldusche und verfasst selbst folgende Deutung:

„[...] Vielleicht war es kein Zufall, dass ich diese Angst vor Terroristen hatte, die in die Dusche stürmen, während ich dort nackt bade. Es fühlt sich an, als wären wir nackt gewesen. Als hätte man uns an der empfindlichsten Stelle erwischt. Frauen, Kinder. Festival-Besucher*innen. Menschen, die in Kibbuzim versucht haben, ein friedliches Leben zu führen. Zivilisten. Vielleicht sind diese Menschen näher an uns dran, auch wenn Israel weit weg ist. Vielleicht können wir uns stärker mit ihnen identifizieren. Wenn ich z.B. von der israelischen Regierung spreche, sage ich normalerweise nicht „wir“. Hier drängt sich das „wir“ auf, auch wenn ich keine Israelin bin. Sie wurden nicht als Israelis getötet und als Geiseln genommen, sondern als jüdische Menschen“ (2. Dokumentation einer Selbstbeobachtung durch Interviewpartnerin, Mitte 20).

Die Studienteilnehmerin versucht in diesem Eintrag zu verstehen, warum die Angst vor einem Angriff ausgerechnet in der Dusche aufsteigt. Sie findet eine Erklärung in der Situation des Nacktseins und überträgt diese metaphorisch auf die Vulnerabilität von Menschen in Israel, die am 7. Oktober in ihrem Wochenendalltag, beim Aufstehen und Frühstück im Kibbuz oder beim Feiern und Tanzen auf dem Festival schutzlos überwältigt wurden. Sie denkt in ihrem Text darüber nach, warum sie sich diesen Menschen so nah fühlt, dass sie ein „Wir“ empfindet, und resümiert die Kollektiverfahrung, als Jüdin in der Diaspora von den Morden und Geiselnahmen mitgemeint gewesen zu sein.

Eine andere Interviewpartnerin berichtet von einer Clubnacht in der sie, während sie tanzt, von Flashbacks zu Bildern vom 7. Oktober heimgesucht wird. Infolgedessen erleidet sie eine Panikattacke. In ihrem Erleben verbindet sich die Situation der Clubnacht mit dem Nova-Festival und dem von ihr als antisemitisch wahrgenommenen Umfeld im Club:

„ich war danach (.) nach dem 7.10. zwei drei Mal im Club (.) und ich war (.) auf der Tanzfläche und hab mich umgeschaut [...] und es ist voll krass weil ich dachte halt [...] das sind Leute mit denen ich eigentlich halt (.) auf einer (.) also einen Konsens habe (.) und es waren auf der Party dann halt Leute die ich irgendwie (.) die ich queer gelesen hätte (.) die ich irgendwie als politisiert gelesen hab (.) und dann halt nach dem 7.10. auch halt als (.) als antisemitisch (.) und (..) also genau ich war dann/ ich hab dann halt

getanzt und (.) hab dann halt gedacht (.) also hab dann irgendwie mich voll reingefilmt, was wäre denn wenn jetzt halt (.) Terrorist*innen reinkommen würden (.) und uns alle abknallen würden (.) und (.) danach (.) würde die Welt einfach sagen (.) das ist nicht passiert (.) oder (.) die haben das verdient (.) und das hat bei mir halt auch wieder voll die Krasse Panikattacke ausgelöst also ich musste dann halt auch raus aus dem Club aber konnte mich halt niemandem mitteilen also ich hab mich nicht getraut, den Leuten mit denen ich da war das zu sagen“ (Interviewpartnerin 3, Ende 20).

Während sie sich auf der Tanzfläche bewegt, erlebt sie ein Wiedererinnern in Form intrusiver Bilder vom 7. Oktober. Sie stellte sich vor, dass „Terroristinnen reinkommen“, die Tanzenden ermorden und „die Welt“ danach die Morde leugnen oder als „verdient“ rechtfertigen würde. Deutlich wird, wie sich in der imaginierten Szene die Botschaftstat, die an Jüdinnen*Juden weltweit gerichtet ist, und deren Verleugnung verbinden. Ihre seitdem medial und in ihrem Umfeld konkret gemachte Erfahrung, dass das Massaker verleugnet oder gerechtfertigt werde, kehrt als eine Form existenzieller Angst zu ihr zurück. Die Angst vor ausbleibender Solidarität des Umfelds im Falle von Gewalt gegen Jüdinnen*Juden ist in vielen jüdischen Familien transgenerational tradiert und wird durch die jüngsten Ereignisse um den 7. Oktober wachgerufen und erneut bestätigt. Deutlich wird in der Sequenz zudem, dass die Interviewpartnerin Emotionen und Ängste spürt, die sie mit den Personen, mit denen sie im Club ist, nicht teilen könne („hab mich nicht getraut, den Leuten mit denen ich da war das zu sagen“). Die Clubmitgänger*innen ordnete sie in der Einleitung der Sequenz als Personen ein, denen sie sich früher politisch nahe gefühlt habe und die sie nach dem 7. Oktober „auch halt als (.) als antisemitisch“ wahrnehme. So wird in der von der Interviewpartnerin geschilderten Szene deutlich, wie die verbreiteten antisemitischen Deutungen des 7. Oktober dazu führen, dass sich Jüdinnen*Juden in Notlagen infolge der Verarbeitung der Ereignisse – wie hier bei einer Panikattacke im Club – ihrem Umfeld nicht anvertrauen.

5.3.4 Transgenerationale Reaktualisierung

Die Schilderungen zur Bedeutung des 7. Oktober und die Frage nach den damit verbundenen Erfahrungen verdeutlichen bei manchen Interviewpartner*innen die Aktivierung transgenerationaler Traumata: eine aus der Vergangenheit vertraute und nun durch die aktuellen Ereignisse ausgelöste traumatische Wiedererinnerung an frühere Gewalterfahrungen. Eine Interviewpartnerin, deren Eltern in Israel geboren wurden und deren Großeltern als deutsche Juden während der Shoah nach Israel flohen, beschreibt gleich zu Beginn des Interviews, was der 7. Oktober in ihr ausgelöst hat:

„die Terroranschläge vom 7. Oktober sehr viel bei mir hochgeholt haben (.) an Themen (.) an ähm (..) ja auch so Traumathemen nochmal hochgeholt haben (.) ähm mit denen ich mich schon beschäftigt hatte

also nicht so dass das jetzt ganz (.) frisch mich überfallen hätte aber (.) das hat sehr viel nochmal aufgewühlt (.)“ (Interviewpartnerin 64, Anfang 40).

Sie beschreibt, dass der 7. Oktober „Traumathemen“ in ihr „hochgeholt“ habe und sie sich seit Jahren mit diesen Themen auseinandersetze. Dadurch stehe sie nun vor der Aufgabe, diesen durch den 7. Oktober verstärkten Erfahrungskomplex an ihre Kinder herantragen zu müssen:

„und ich glaube mit dem 7. Oktober hat sich das nochmal sehr stark verkompliziert für mich (.) wie ich mit meinen Kindern darüber sprechen möchte (.)“ (Interviewpartnerin 64, Anfang 40).

Ihre Reaktionen auf den 7. Oktober lassen sich auch als transgenerationale Reaktualisierungen verstehen, da sie die aktuelle traumatische Erfahrung zu der Erfahrung der Shoah, die über Generationen hinweg weitergegeben wurde, in Resonanz setzt.

Es wird deutlich, dass der 7. Oktober als kollektives Referenzereignis wirkt, das transgenerationale Erfahrungen und ein kumulatives, multigenerationales Trauma aktualisiert. Interviewpartner*innen, die den 7. Oktober aus der Ferne oder auch direkt durch Familienangehörige oder Freund*innen (nach)erlebt haben, berichten von einem Gefühl des Kontrollverlusts, der Reaktivierung von Ängsten und Reaktualisierung des brüchigen Weltvertrauens (vgl. Arnold et al. 2025). So gesehen greift der 7. Oktober nicht nur den Körper oder die Psyche, sondern auch die Würde und Integrität von Jüdinnen*Juden an. Dabei strukturieren die familiären und kollektiven Vorerfahrungen die Reaktion auf und den Umgang mit dem 7. Oktober mit. Im Interviewverlauf greift eine Studienteilnehmerin mehrfach Warnungen ihrer Eltern auf, mit denen sie aufgewachsen ist. Sie verbindet diese mit der gegenwärtigen Situation sowie mit ihren Umgangsweisen mit ihrer neuen Angst nach dem 7. Oktober. So schildert sie unter anderem eine Szene, in der sie angesichts der antisemitischen Atmosphäre Bedenken habe, einen Arbeitsvertrag, auf dem eine jüdische Organisation stehe, an einem öffentlichen Ort auszudrucken:

„ich hab dann meinen Job auch gewechselt (.) zum Glück(.) und arbeite jetzt halt bei einer Organisation die (.) jüdisch im Namen hat (.) und ich musste dann (.) den Arbeitsvertrag ausdrucken (.) und (.) ich hat/(.) ich hatte voll krass Angst (.) ich wusste nicht wo ich den ausdrucken soll also es waren halt solche Sachen oder sind solche Sachen die ich (.) auch als transgenerationales Trauma bezeichnen würde (.) weil ich das von (.) der Elterngeneration kenne dass wir uns verstecken also dass (.) wir nicht (.) äh damit hausieren gehen dass wir jüdisch sind“ (Interviewpartnerin 3, Ende 20).

Die Interviewpartnerin verspürt Angst bei einer alltäglichen Tätigkeit, wie dem Ausdrucken eines Arbeitsvertrags in einem Internetcafé oder einer Bibliothek. Die Verwandlung einer alltäglichen Situation in eine angstevozierende Aufgabe deutet auf die Aktivierung einer transgenerationalen

Erfahrung, die die Interviewpartnerin selbst als „transgenerationales Trauma“ beschreibt. Der 7. Oktober weckt eine familiär und gesellschaftlich vermittelte, internalisierte Gefährdungsantizipation und wird dadurch in seiner psychischen Wirkung auf den Alltag potenziert. Der elterliche Auftrag, „also dass wir uns verstecken also dass (.) wir nicht damit hausieren gehen dass wir jüdisch sind“, wirkt als tradierte Handlungsorientierung fort. Die Interviewpartnerin erwähnt weitere Ereignisse nach dem 7. Oktober und berichtet, dass sie nochmal „so einen (.) richtig krassen Schub von (.) transgenerationalen Trauma“ erlebte, als es Ende Oktober 2023 an einem Flughafen in der russischen Region Dagestan zu einem antisemitischen Pogrom gegen jüdische Passagiere kam. Die Bilder zur Jagd auf Jüdinnen*Juden an einem Flughafen verbinden sich mit den früheren Erfahrungen und dem 7. Oktober und entfalten eine kumulierte psychische Wirkung.

Nicht alle Interviewpartner*innen gehen von selbst auf psychische oder körperliche Reaktionen ein. Sie schildern stattdessen die Folgen des 7. Oktober vor allem auf der sozialen, interaktionellen oder beruflichen Ebene sowie im Hinblick auf ihr Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum. Bei Eltern tritt ein weiteres Thema stark hervor: der selbsterteilte Auftrag, eigene Emotionen vor den Kindern zu kontrollieren und verstörende Informationen so zu vermitteln, dass die Kinder emotional nicht überfordert werden. Eine Interviewpartnerin, die als Jüdin in Deutschland aufgewachsen ist und einen israelischen Partner hat, berichtet, dass sie deshalb an einem psychologisch angeleiteten Gesprächsformat für jüdische Eltern in einer communitybasierten Beratungsstelle teilnahm. Zu Beginn des Interviews schildert sie zudem sehr detailliert, wie sie das Wochenende des 7. Oktober und die darauffolgenden Tage mit zwei Kleinkindern erlebt habe, während ihr Partner, der aus Israel stammt, stark emotional von den Ereignissen betroffen gewesen sei:

„und das kam aber so nach (.) nach Tagen an denen (.) einfach echt irgendwie weiß ich nicht die Welt Kopf stand und [...] und so plötzlich irgendwie aus dem Nichts hat [Name] (.) das ist [...] der Vater von den beiden angefangen zu weinen also wirklich bitterlich zu weinen (.) und plötzlich tappst dieses Kind zu ihm rüber und nimmt ihn irgendwie in den Arm und ((längere Pause)) ((weinend)) zwei Jahre alte Kinder sollen nicht ihre Eltern trösten“ (Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

In der Sequenz schildert die Interviewpartnerin, Mutter zweier Kinder, eine Situation, die sie aus der Position der Mutter als eine Herausforderung erlebt. Bei einem Familienessen brach der Vater „so plötzlich irgendwie aus dem Nichts“ in Weinen aus. Sie beschreibt eins ihrer Kinder, das den Vater trösten will. Mit ihrer Bemerkung „zwei Jahre alte Kinder sollen nicht ihre Eltern trösten“ drückt sie aus, dass sie die Übernahme der tröstenden Funktion durch ihr Kind und die Verschiebung der Rollenbeziehungen bedrücken. Zugleich steht dieses verkehrte Bild für die von ihr beschriebenen Tage, an denen „die Welt Kopf stand“.

5.3.5 Angst als Reaktion auf den 7. Oktober

Das traumatische Potenzial des 7. Oktober verbindet sich mit Sicherheitsverlust und Ängsten, in Deutschland angegriffen zu werden. Im folgenden Auszug werden die Angst, „[...] dass jemand hier einbricht in meine Wohnung“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40) und „solche Ängste“, dass die hebräische Sprache das Potenzial eines Angriffs erhöhen könnte, beschrieben. Hier wird noch einmal deutlich, wie die Angst als eine individualpsychologische Reaktion auf ein traumatisches (äußeres) Ereignis mit dem realen Risiko eines Angriffs oder einer Bedrohung im sozialen Raum verbunden wird:

„also psychisch (.) von (.) von Angst also dass ich (.) deutlich (.) dass ich mehr Angst hab (.) Angst (.) dass jemand hier einbricht in meine Wohnung (.) Angst dass jemand (..) ja was auch unterwegs wenn man merkt dass ich auf Hebräisch lese dass jemand auch was (.) dass ich angegriffen werde (.) hm (.) also solche Ängste (..) ich bin (.) auf jeden Fall (.) also es hat mich bedrückt (.) also (.) die Stimmung ist schlechter (.) seitdem“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40).

Im obigen Zitat werden der 7. Oktober und die Zeit danach mit dem buchstäblich aufgebrochenen Sicherheitsgefühl der Interviewpartnerin assoziiert. Das Eindringen der Terrorist*innen in die Wohnungen der Betroffenen in Israel ist eine neue, hochgradig verstörende Erfahrung, die sich auf das Erleben von Jüdinnen*Juden in der Diaspora überträgt. Die Interviewpartnerin sagt, dass „solche Ängste“ und die Antizipation möglicher Angriffe, die sie mit ihrer Sprache (und so auch mit ihrer Herkunft) in Beziehung bringt, sie bedrücken würden und die Stimmung „schlechter“ werde.

Im Datenmaterial finden sich viele weitere Stellen, die auf eine erinnerungsbasierte und antizipatorische Bedrohungswahrnehmung hindeuten, die die Gewalt von heute mit den Gewalterfahrungen der Vergangenheit verbindet und Ängste aufbrechen lässt, die teils transgenerational übermittelt sind und nun eigenbiografisch erfahren werden. Weiterhin wird sichtbar, dass die Ereignisse des 7. Oktober tiefgreifende Lebensveränderungen herbeiführen können. Eine bereits pensionierte Interviewpartnerin beschreibt, sie habe ihre „Unbeschwertheit verloren“:

„ich habe glaube ich meine (.) ich habe meine Unbeschwertheit verloren (.) ich bin (.) ich war immer so ein (..) ja total (.) herzlicher (.) also so so (.) so ein warmherziger Mensch ja (.) so (..) und (.) wirklich ich bin (.) immer mit offenen Armen auf alle zugegangen (..) und das (.) das habe ich verloren (.) das also (..) ((seufzt)) (.) ich ertappe mich jetzt dabei dass ich mich umschaue und (.) ((längere Pause))“ (Interviewpartnerin 59, Anfang 60).

Die Interviewpartnerin kontrastiert dabei ihr früheres Selbstbild als „herzlicher“ und „so ein warmherziger Mensch“, der „immer mit offenen Armen auf alle zugegangen“ sei, mit der jetzigen Erfahrung, dieses offene Zugehen verloren zu haben und vorsichtiger geworden zu sein. Auch andere

Studien (vgl. u. a. Shani et al. 2024) zu den Wirkungen des 7. Oktober verweisen auf grundlegende Veränderungen in der Beziehung zur Welt. Diese zeigen sich unter anderem in einem eingestürzten Weltvertrauen. Der Bruch im Vertrauen in die Welt und so auch in soziale Beziehungen, der durch Gewalt entsteht, beschädigt das fundamentale Vertrauen in die Welt, in Mitmenschen und in die Berechenbarkeit sozialer Ordnungen. Dieses Urvertrauen, das jedem Menschen ermöglicht, sich in der Welt geborgen und sicher zu fühlen, wird durch Gewalt radikal gebrochen (vgl. Améry 1966). Es wird deutlich, dass Interviewpartner*innen um die Verlässlichkeit der sozialen Welt ringen und einen Vertrauensverlust erleiden (vgl. Arnold 2025). Damit geht auch die Angst vor Übergriffen einher, worauf die oben zitierte Interviewpartnerin in ihrer Erzählung eingeht: „ich ertappe mich jetzt dabei, dass ich mich umschaue“. Weitere Interviewpartner*innen berichten, wie sie beim Besuch öffentlicher Veranstaltungen die Angst überkommt, dass Anwesende sie als jüdisch erkennen und ihnen folgen oder sie angreifen würden.

Die Interviews verdeutlichen im Gesamtbild, dass die Ereignisse des 7. Oktober nicht isoliert wirken, sondern eingebettet sind in frühere, teils transgenerationale und durch Antisemitismus geprägte Erfahrungen. Im Unterschied zu einem singulären Ereignis ist die Verarbeitung des 7. Oktober durch eine Kumulierung weiterer potenziell traumatischer Ereignisse geprägt: zum einen durch direkt erlebte, beobachtete oder indirekt erlebte Gewalt- und Verlusterfahrungen (Ermordungen, Geiselnahmen, sexualisierte Gewalt), zum anderen durch die fortgesetzte Konfrontation mit dem 7. Oktober durch Bilder, Geiselhaft, Krieg wie auch durch die sich zuspitzende antisemitische Bedrohung. Darüber hinaus birgt das Ereignis das Potenzial, bestehende psychische Erfahrungskomplexe zu verstärken. Im folgenden Auszug erinnert sich eine Anfang-40-jährige Interviewpartnerin, dass sie aufgrund einer „komplexen posttraumatischen Belastungsstörung“ „seit drei Jahren in psychotherapeutischen Behandlung“ sei und es ihr vor dem 7. Oktober bereits besser gegangen sei (Interviewpartnerin 21, Anfang 40). Sie spricht wie einige andere Interviewpartner*innen vom „Überlebensmodus“ als erzwungener Modus in der Phase nach den Ereignissen um den 7. Oktober:

„und wenn ich ehrlich bin ich in genau dem Modus seitdem (.) also (..) ja ich nenne es immer so ein bisschen den Überlebensmodus einfach (.) dieses Funktionieren dass das Leben nicht völlig gegen die Wand fährt“ (Interviewpartnerin 21, Anfang 40).

Die Bezugnahme auf den „Überlebensmodus“ markiert eine Selbstbeschreibung, in der das „Funktionieren“ nach dem 7. Oktober als erzwungener Modus der Bewältigung eines extraordinären, verstörenden Ereignisses sichtbar wird. Die Formulierung, „dass das Leben nicht völlig gegen die Wand fährt“, verweist auf die Anstrengung, die Handlungsfähigkeit zu erhalten trotz der fortbestehenden emotionalen Verstörung und Belastung.

5.3.6 Zusammenfassung

Die Analyse der psychischen Folgen des 7. Oktober ist von mindestens zwei Ebenen geprägt: Zum einen handelt es sich um eine ‚normale‘ Reaktion auf ein abnormales Ereignis, das eine Überflutung psychisch-adaptiver Kapazitäten mit sich bringt. Zum anderen erzeugen und verstärken die antisemitische Mobilisierung und die soziale Zurückweisung im sozialen Umfeld nach dem 7. Oktober die psychischen und somatischen Wirkungen, da diese Erfahrungen mit Vereinzelung und Entsolidarisierung wie auch mit Übergriffen vermengt sind.

Der Angriff vom 7. Oktober stellt für Interviewpartner*innen ein potenziell traumatisches Ereignis dar, das mit Dissoziationen, intrusiven Erinnerungen, Angst- und Panikattacken, dem Verlust von Sicherheit und Kontrolle, starken somatischen Reaktionen und Zukunftsängsten einhergeht. Selbst bei Personen, die nicht direkt von den Angriffen betroffen waren, zeigen sich Reaktionen, die auf eine Form sekundärer Traumatisierung hindeuten, die durch Bilder, Berichte und die Vernetzung in jüdischen Communities vermittelt werden. Hinzu tritt die Aktualisierung (Retraumatisierung) transgenerationaler Erfahrungen von Bedrohung und Gewalt, sodass sich gegenwärtige Belastungen mit historisch vermittelten Erfahrungen verschränken. Die psychischen Folgen des 7. Oktober sind als kumulativ zu verstehen: Die Gewalt trifft in Deutschland auf ein bereits bestehendes Wissen um antisemitische Anschläge und auf Erfahrung und Antizipation gesellschaftlicher Relativierungen. Für die jüdische Diaspora bedeutet dies eine doppelte Zäsur: Zum einen wird Israel als vermeintlicher Schutzraum fragil, zum anderen wirkt die vielfach ausbleibende gesellschaftliche Resonanz als Form sekundärer Viktimisierung und traumatischer Invalidation von Gewalterfahrungen.

Zentrale Pfeiler psychischer Gesundheit sind jedoch eine sichere Umgebung und das Vertrauen in das soziale Umfeld. Es wird deutlich, dass die Interviewpartner*innen seit dem 7. Oktober eine neue Dimension von Angst, emotionaler und sozialer Verunsicherung, Verlust von Weltvertrauen und teilweise auch eine Retraumatisierung erleben. Einige Interviewpartner*innen beschreiben Barrieren und Schwierigkeiten, in therapeutischen Settings Verständnis für den Zusammenhang zwischen Antisemitismus, Trauma und psychischen Beschwerden zu finden. Ein Teil der Interviewpartner*innen greift aus diesem Grund auf die communityorientierten psychosozialen und therapeutischen Angebote zurück. Das soziale Umfeld fungiert dabei nicht als ‚Holding Environment‘, sondern als viktimisierender Raum, der Betroffene mit Praktiken traumatischer Invalidation – Fehldeutungen, Schuldzuweisung, Täter*innen-Opfer-Umkehr, Ablehnung – konfrontiert. Auf Basis dieser Befunde erweist sich das Konzept der traumatischen Entwertung als relevanter theoretischer Rahmen, um die psychischen Folgen des 7. Oktober für jüdische Gemeinschaften im Zusammenhang mit den Auswirkungen der antisemitischen Mobilisierung zu analysieren. Die Schilderungen der

Studienteilnehmenden verdeutlichen verschiedene Formen dieser traumatischen Entwertung. Ihre psychischen und somatischen Reaktionen stehen im engen Zusammenhang mit der Erfahrung von Einfühlungsverweigerung, Vernachlässigung, fehlender Unterstützung, Angriffen und verweigerter Teilhabe.

5.4 Auswirkungen auf die Teilhabe am öffentlichen Leben

Infolge des 7. Oktober 2023 wurden für viele Studienteilnehmer*innen die Teilhabe und Teilnahme am öffentlichen Leben durch die gesellschaftlichen Reaktionen erheblich eingeschränkt. Eine Interviewpartnerin beschreibt, dass sie diese Einschränkungen als „nicht normal“ empfinde und dennoch ein kollektives, jüdisches Wissen darüber bestehe, dass diese existierten: „das kennen wir“. Im Zusammenhang mit der antisemitischen Mobilisierung nach dem 7. Oktober erlebe sie die Einschränkung, „als Jude [...] nirgends sicher“ zu sein, jedoch in einer neuen, nahezu körperlichen und allumfassenden Dimension:

„das ist nicht normal und das ist aber so und das weiß (.) jeder (.) und (.) das kennen wir (..) aber (.) ich hatte es noch nie so krass mit jeder Faser meines Körpers gespürt (.) dass ich nicht sicher bin [...] als Jude (.) ist man nirgends sicher (.) das hab ich jetzt verstanden“ (Interviewpartnerin 10, Anfang 30).

Die Auswirkungen auf die Teilhabe am öffentlichen Leben betreffen nahezu alle Alltagssphären. Interviewpartner*innen berichten von Situationen in öffentlichen Verkehrsmitteln, Restaurants, Partys, Bars und queeren Räumen. Vielfach wird auch von Ängsten und übergriffigen Erfahrungen bei Friseur-, Krankenhaus-, Arztbesuchen sowie beim Aufsuchen therapeutischer Hilfe gesprochen. In manchen Schilderungen geht es um Angriffe auf die Integrität und Würde der Studienteilnehmenden: Unerbetene Fragen, subtile Andeutungen oder auch offensive Konfrontation führen dazu, dass die jüdische Zugehörigkeit in Frage gestellt und Erfahrungen invalidiert und delegitimiert werden. Mikroaggressionen im Alltag und im öffentlichen Raum erzeugen nicht nur Gefühle von Bloßstellung und Verletzung, sondern wirken kumulativ, indem sie die Sicherheitsordnungen verschieben („[...] nirgends sicher“) und die ohnehin eingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben weiter erschweren. Interviewpartner*innen erleben, wie Antisemitismus in ihrem alltäglichen Leben immer mehr Raum einnimmt und sie in ihrem Leben einschränkt, da sie stets situativ nachjustieren müssen, ob und wie sie mit anderen ins Gespräch gehen, wo und wie sie sich zeigen können. Insbesondere im öffentlichen Raum sind diese Grenzüberschreitungen geprägt durch den Modus der offensiven Konfrontation, der doppelten Standards oder auch der Verherrlichung des Terrors. Für Jüdinnen*Juden und insbesondere für Israelis bildet zudem die israelische Herkunft und Staatsangehörigkeit und vor allem die hebräische Sprache eine weitere Diskriminierungsdimension. Beides wird in der Öffentlichkeit zum Sicherheitsrisiko und zum Anlass für Diskriminierung.

5.4.1 Zur Wirkung antisemitischer Bildsprache und Demonstrationen im Wohnumfeld

Studienteilnehmer*innen aus verschiedenen Großstädten berichten, wie sie Antisemitismus in ihrem Wohnumfeld durch Schmierereien, Sticker, Plakate und Symboliken wahrnehmen. Bedrohlich wirken zudem Zeichen, Codes und Kartenumrisse auf Kleidungsstücken oder als Schmuck, mit denen Menschen ihre Unterstützung der Hamas zum Ausdruck bringen oder Israel als nicht existent auf der Weltkarte behaupten. Interviewte schildern die bedrückende Wirkung der öffentlichen Präsenz antisemitischer Zeichen und Bildsprache, mit der Menschen in bestimmten Stadtteilen alltäglich konfrontiert werden. Eine Interviewpartnerin beschreibt diese Situation wie folgt:

„man kann halt leider auch wirklich bei uns (.) nicht durch den Kiez gehen ohne an (.) antisemitischen Schmierereien vorbeizukommen ((längere Pause)) und ich merke dass ich mich wirklich also (.) bei so vielen Sachen so frage wie (.) wie geht es damit weiter“ (Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

Ein Umgehen der „antisemitischen Schmierereien“ ist in manchen Stadtvierteln von Großstädten nicht möglich. Die direkten und subtilen Anspielungen auf antisemitischen Terror und Gewalt gegen Jüdinnen*Juden führen Studienteilnehmer*innen zur Frage, wohin sich diese Dynamik entwickeln wird. Eine Interviewpartnerin erklärt, warum sie die Präsenz der antizionistischen und antisemitischen (Bild-)Sprache als direkte Bedrohung auf sich beziehe. Sie resümiert: „die meinen ja mich“ (Interviewpartnerin 46, Mitte 40). Die Schilderung der Interviewpartnerin verdeutlicht, wie antisemitische und antizionistische (Bild-)Sprache nicht nur als ideologische Adressierung erfahren wird. Die antisemitische Botschaft wird in unmittelbare persönliche Gefährdung übersetzt. Dadurch verschwimmen die Grenzen zwischen kollektiver (antisemitischer) Zuschreibung und individueller Bedrohungserfahrung.

Die für die Studie durchgeführten dreimonatigen Selbstbeobachtungen und anschließenden zweiten Interviews verweisen auf eine Normalisierung dieser Situation. Eine in Israel aufgewachsene Studierende beschreibt die neue Normalität der ständigen Präsenz von (Bild-)Sprache und Codes, die aus ihrer Sicht antisemitischen Terror verherrlichen, im zweiten Interview im Sommer 2024. Sie schildert, wie sie diese Situation als neue Realität akzeptiere und darin weiter existiere:

„so (.) I guess great change that occurred towards like (.) throughout those (.) past few months was the fact that (.) everything is now completely normalized [...] you realize (.) you just accept this reality (.) and you just exist in it (.) and the city [...] you still have all of those posters (.) all of those (.) signs (.) all of those people who are openly expressing their support (.) for (.) like the Palestinian cause (.) which can be (.) for (.) me (.) and for people like me interpreted as a support for terrorism so it's all normalized“ (Interviewpartnerin 26, Mitte 20, 2. Interview nach Selbstbeobachtung).

Die Studierende führt im Weiteren aus, wie sie und jüdische Freund*innen Stadtviertel und Orte meiden würden. Einzelne Freund*innen seien weggezogen aus Stadtteilen, in denen als antisemitisch und antiisraelisch wahrgenommene Aktionsformen besonders präsent seien. Die Interviewpartnerin

erklärt in dem Auszug auch, wie Bildsprache, in der einseitig „the Palestinian cause“ unterstützt werde, auf sie selbst und „people like me“ wirke: Sie nehme entsprechende Zeichen als „support for terrorism“ und damit als Befürwortung der Massaker vom 7. Oktober wahr, die auf die Vernichtung der jüdischen Existenz in Israel ziele.

Interviewpartner*innen aus Großstädten gehen zudem auf die Wirkung von Demonstrationen ein, in denen einseitig Israel dämonisiert wird. Eine Mutter schildert ihr Dilemma: Einerseits wolle sie ihren Kindern vermitteln, welche Wichtigkeit und Bedeutung das Demonstrationsrecht als „Teil der Demokratie“ habe. Andererseits müssten ihre Kinder und sie Orte und Wege vermeiden und ihren Alltag einschränken aufgrund der israelfeindlichen Demonstrationen, zu denen die Hamas in den Wochen nach dem 7. Oktober explizit aufgerufen hat. Sie erzählt über ihren Sohn, der im Grundschulalter ist: „er hat dann so Angst vor Demos bekommen“ und führt in folgender Sequenz aus, wie Demonstrationen nun für ihren Sohn mit Terror gegen Juden verbunden seien:

„[...] an diesen Freitag wo die Hamas dazu aufgerufen hat hab ich ihm halt versucht zu erklären, hab gesagt es wird eine Demo geben (.) ich hab (.) auch versucht ihm zu erklären und das ist so ein bisschen mein (..) was irgendwie vielleicht auch meine Herausforderung dann ist, ich will ihm ja schon beibringen Demos sind gut (.) die Leute sollen auf die Straße gehen, die können und dürfen und das ist Teil der Demokratie und das ist wichtig (.) aber ich bin halt anderer Meinung von denen (.) und es gibt Sachen (.) da halte ich mich gerne von fern weil mir das nicht gut tut (.) er hat furchtbare Angst gehabt (.) vor dieser Demo (.) also Demo ist jetzt für ihn (.) ein Begriff von Terror“ (Interviewpartnerin 2, Ende 30).

Deutlich wird in diesem Abschnitt ein Dilemma jüdischer Eltern, die ihre Kinder einerseits vor der von den Demonstrationen ausgehenden, konkreten antisemitischen Bedrohung schützen und andererseits das Demonstrationsrecht positiv besetzen wollen als demokratischen Wert. Hier zeigt sich eine Ambivalenz zwischen dem indizierten Sicherheitsbedürfnis und der sozialen und demokratischen Mobilität, die für die interviewten jüdischen Familien (und weitere Studienteilnehmende) aktuell eingeschränkt ist. Deutlich wird zudem die Perspektivendivergenz und Erfahrungsasymmetrie: Demonstrationsformen, die gesellschaftlich als Ausdruck der Meinungsfreiheit gelten, lösen bei jüdischen Kindern mitunter „furchtbare Angst“ aus, da einzelne Aussagen und Inhalte als Vernichtungsabsicht gegen Jüdinnen*Juden verstanden werden können.

5.4.2 Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl an queeren Orten

Die antisemitisch aufgeladene Atmosphäre wirkt sich auch auf die Zugänglichkeit von öffentlichen Freizeitorten wie Clubs, Bars, Restaurants oder Fitnessstudios aus. Studienteilnehmer*innen thematisieren in diesem Zusammenhang insbesondere queere Räume und Safer Spaces – möglicherweise, weil hier der Kontrast besonders scharf hervortritt zwischen der Diskriminierungssensibilität in Bezug auf die geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung

einerseits und der Unsicherheit und erlebten Rücksichtslosigkeit in Bezug auf jüdische und israelische Zugehörigkeiten andererseits.

Eine Interviewpartnerin erinnert, dass sie vor dem 7. Oktober häufiger in queere „Bars und Spaces“ gegangen sei. Das unsichere Gefühl aufgrund von israelbezogenem Antisemitismus, den sie bereits vor dem Terrorangriff der Hamas auf Israel gespürt habe, habe sich nun deutlich verstärkt. Sie suche die Orte nur noch in Begleitung von Personen auf, denen sie in Bezug auf Antisemitismus vertrauen könne:

„ich bin auch (.) war früher viel unterwegs in so queeren Bars und Spaces und so (.) und mittlerweile (.) also ich war noch einmal da nach dem 7. Oktober (.) aber ich habe mich wirklich (.) so unsicher gefühlt [...] davor habe ich mich immer schon nicht so sicher gefühlt in diesen Spaces (.) weil das schon immer so sehr aufgeladen war von so israelbezogenem Antisemitismus [...] jetzt aber mittlerweile ist das auch so ich merke richtig dass ich überlege okay wenn ich in solche Spaces gehe (.) dass ich mit Menschen (.) ich habe mir neulich gedacht okay ich muss mindestens mit einer Person zusammen hin wo ich weiß (.) sie ist safe“ (Interviewpartnerin 57, Mitte 20).

Die weitreichende konkrete Bedrohungslage und die unsicher gewordenen Räume führen zum Ergreifen von Vorsichtsmaßnahmen und zur Vorbereitung auf Selbstverteidigung. So erinnert sich die oben zitierte Interviewpartnerin an ein Gespräch mit fünf Israelis auf einer Party. In diesem Gespräch sei es um die Situation in Deutschland nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel gegangen und um das Sicherheitsempfinden der am Gespräch beteiligten Personen. Die Gesprächsteilnehmenden hätten sich über Schutzmaßnahmen unterhalten, die sie ergreifen könnten, um „sich zu verteidigen (.) falls die Situation hier schlimmer wird“ (Interviewpartnerin 57, Mitte 20). Die Interviewpartnerin beschreibt die tiefe Perspektivendivergenz zur Sicherheitslage im Vergleich zu nichtjüdischen Personen, die in der Szene deutlich werde:

„und das hat sich so normal angefühlt in dem Moment (.) und (.) wie krass ist das dass sich das so normal anfühlt (.) und andere Menschen würden dann da sitzen und sich so denken (.) ((lacht)) (.) also das ist einfach so eine Lebensrealität“ (Interviewpartnerin 57, Mitte 20).

Verschiedene Interviewpartner*innen, die sich queeren Szenen zugehörig fühlen, thematisieren die Schwierigkeit, Räume zu finden, die auch für queere jüdische Personen sicher sind. Ein Interviewpartner schildert im Interview, wie er die Veränderung von queeren, von ihm geschätzten Räumen in der Großstadt erlebt. Anhand verschiedener Beispiele vergleicht er sein Sicherheitsgefühl nach dem 7. Oktober in Bezug auf seine schwule und seine jüdische Identität. Er führt aus, dass er immer klar erspüren könne und wisse, ob Personen oder Orte für ihn als schwuler Mann sicher seien. Als Jude hingegen könne man nie wissen, wo einen Antisemitismus treffe („you just never know (.) where it's gonna hit“), was stets ein leichtes Unbehagen mit sich bringe:

„[...] with being gay I can always sense where I am, I can always know who my allies are (.) and there is a very clear cut that tells you (.) this is safe for you (.) these are allies you can trust them (.) they are not gonna flip on you (.) whereas if you're being jewish you just never know (.) where it's gonna hit [...] which is always a bit (.) a bit uncomfortable (.) yeah“ (Interviewpartner 38, Anfang 30).

Der oben zitierte Interviewpartner verdeutlicht, dass sich Jüdinnen*Juden zur Einschätzung der Sicherheit in mehrheitlich nichtjüdischen Räumen nicht auf bestimmte Hinweise oder Codes verlassen könnten. Deutlich wird die Wirkung der milieuübergreifenden Verankerung von Alltagsantisemitismus, die in einer antisemitischen Hochphase wie nach dem 7. Oktober in hohem Maße einschränkt. Räume, die in Bezug auf bestimmte Diskriminierungsformen sicher sind, können sich in Bezug auf Antisemitismus als unsicher und gewaltvoll erweisen. Aktuell müssen Jüdinnen*Juden in Deutschland daher in sämtlichen öffentlichen Alltagssphären damit rechnen, mit antisemitischen Zeichen oder Adressierungen konfrontiert zu werden.

5.4.3 Diskriminierung im öffentlichen Nahverkehr

Ein weiterer Bereich des öffentlichen Lebens, in dem Studienteilnehmer*innen Bedrängung und Einschränkungen wahrnehmen, sind die öffentlichen Verkehrsmittel. Einige berichten, wie sie es vermieden, im Bus oder in der Bahn hebräischsprachige Bücher, Chats und Nachrichten auf dem Handy oder mit dem Judentum assoziierte Texte zu lesen, aus Angst, andere könnten dies sehen. Einzelne Interviewpartner*innen vermeiden öffentliche Verkehrsmittel nach dem 7. Oktober gänzlich aufgrund der Sorge, sie könnten als Jüdin*Jude identifiziert und angesprochen werden, oder aufgrund bereits gemachter Erfahrungen mit entsprechenden Übergriffen im Modus der offensiven Konfrontation.

Ein in Israel aufgewachsener Interviewpartner erinnert eine Situation, in der er am Bahngleis mit einem Freund auf Hebräisch telefoniert habe und von einer „deutsche[n] Frau“ darauf angesprochen worden sei, dass sie es „mutig“ (Interviewpartner 32, Anfang 40) finde, dass er am Telefon Hebräisch sprechen würde. Der Interviewpartner deutet diese Aussage als einen Hinweis auf die Gesamtsituation der antisemitischen Entgrenzung:

„wir sind an solchem Punkt wo man mutig (.) fühlen kann ne oder wenn man (.) einfach die (.) Muttersprache spricht“ (Interviewpartner 32, Anfang 40).

Verschiedene Interviewpartner*innen schildern Übergriffe durch offensichtliches Abrücken, Beleidigungen und physische Bedrängung, nachdem sie in der Bahn aufgrund der hebräischen Sprache als Israeli erkannt worden seien. So schildert eine Interviewpartnerin eine Reihe dieser Erfahrungen seit dem 7. Oktober:

„[...] when people refuse to sit to me (.) to sit to me next to me in the train (.) because I talked Hebrew (.) when people on the train shouted at me (.) fuck Israel kill them all (.) because I talked Hebrew (.)

when a person stepped out of the train after me with bicycle and just drove around me (.) and laughing to scare me [...]“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Zu einer besonders hohen Belastung werden diese Bedrängungen, Machtdemonstrationen und Übergriffe, wenn die Interviewpartner*innen sie in Anwesenheit ihrer Kinder erleben. Studienteilnehmer*innen schildern, dass neben der hebräischen Sprache auch auf Schmuck mit jüdischen Symbolen, wie eine Kette mit Davidstern, aggressiv reagiert werde. So erzählt eine Interviewpartnerin von entsprechenden Reaktionen in Anwesenheit ihres Kindes. Sie habe sich vor das Dilemma gestellt gesehen, wie sie sich gegen die Belästigung wehren könne, ohne ihr Kind zu gefährden:

„after October 7th I've (.) been harassed (.) twice (.) on (.) an S-Bahn station like (.) on the platform (.) with my son (.) one time (.) a man saw my star and then just (.) like (.) screamed in my face free Palestine (.) and (.) in this moment like my son wasn't paying attention which I was so thankful for [...] another time a woman like (.) spoke to me in Arabic and grabbed my arm [...] like I know that I can defend myself if I need to but when my son is there it's very different like (.) because I wouldn't wanna do anything that puts him in danger (.) and (..) you know (.) since October 7th I started carrying like (.) a pepper spray“ (Interviewpartnerin 40, Ende 20).

Deutlich wird an dieser Sequenz erneut, dass sich Jüdinnen*Juden aktiv damit auseinandersetzen müssen, wie sie sich und ihre Kinder bei der Nutzung der öffentlichen Infrastruktur schützen können. Beispiele dafür sind das Meiden öffentlicher Verkehrsmittel und anderer Räume der öffentlichen Infrastruktur, aber auch, wie in der obigen Sequenz, das Tragen von Pfefferspray oder der Besuch von Selbstverteidigungskursen. Jüdische Eltern schildern zahlreiche Beispiele, wie sie aufgrund von Sorge vor Übergriffen gewohnte Wege verändern, Termine absagen oder besonders darauf achten würden, dass ihre Kinder keinerlei Hinweise auf ihre jüdische Identität oder Bezüge zu Israel an sich tragen.

5.4.4 Verbale Übergriffe im Kontext von Arztbesuchen

Weitere Interviews zeigen, wie Interviewpartner*innen auch in sensiblen und aufgrund der Rollenverteilung von Abhängigkeit und Machtverhältnissen geprägten Situationen – wie Ärzt*innenbesuche und Therapiesitzungen – als jüdische, israelische Patient*innen unvermittelt für den Krieg in Gaza in Verantwortung genommen wurden. Eine Interviewpartnerin berichtet, dass sie in einer Arztpraxis für eine Kontrolluntersuchung war, für die sie sich habe entkleiden müssen. Vor der Untersuchung habe der Arzt in Ausbildung sie auf ihre Herkunft angesprochen und mehrfach gefragt, ob sie Israeli sei:

„he looks at my file and he says ah I see you're Israeli (.) and I say (.) yes I am (.) and then he (.) he said it twice (.) after it again“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Nach der Untersuchung habe die Interviewpartnerin neben dem angehenden Arzt gesessen, der sie gefragt habe: „so what do you think about the war“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40). Die

Interviewpartnerin erinnert sich an eine darauffolgende Diskussion, in der sie mehrfach gedrängt worden sei, sich zu positionieren und wie sie daraufhin das Behandlungszimmer verlassen habe:

„[...] and then he said well (.) it didn't really help that you bombed them like that (..) and then I said, well it didn't really help (.) October 7th (.) and then I mentioned (.) what happened in October 7th, including numbers (.) ((laughs)) including the hostages, including the hate in the world like (.) uhm because I'm handling this topic (.) I also know how to kind of answer a little bit (.) and then he said (.) well (.) I didn't (.) I'm not so good in the details I have to tell you (.) and I said to him (.) well okay (.) now I would leave (.) and I left the room [...]“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Die Szene zeigt beispielhaft, wie Studienteilnehmer*innen erleben, dass bestehende Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen jüdischen Patient*innen und behandelnden Ärzt*innen in der Phase nach dem 7. Oktober teilweise zur Bedrängung und Konfrontation mit moralischen, einseitigen Statements genutzt werden. Ähnliche Erfahrungen schildern andere Interviewpartner*innen aus Behandlungssituationen bei Therapeut*innen sowie Zahn- oder Frauenärzt*innen. Beispielhaft dafür ist der folgende Auszug, in dem eine Studienteilnehmerin von mehreren Situationen erzählt, in der sie von ihrer Frauenärztin vor und nach dem 7. Oktober als Jüdin adressiert worden sei. Unter anderem sei sie, nachdem zuvor die Auswirkungen des Stresses nach dem 7. Oktober Thema gewesen seien, unvermittelt auf die getöteten Christ*innen in Gaza angesprochen worden:

„[...] und dann in meinem darauffolgenden Termin (.) erzählte sie dann ja dass bei mir (.) da ein Wert ein bisschen erhöht wäre und dass man das wahrscheinlich auf den Stress zurückführen könnte und (.) ((längere Pause)) und (.) fing dann tatsächlich damit an (..) dass ja auch unter den Toten (.) in Gaza Christen wären (..) und dass das die christliche Gemeinschaft auch sehr hart getroffen hätte“ (Interviewpartnerin 21, Anfang 40).

In der obigen Szene wird der von der Interviewpartnerin erlebte Stress als Jüdin in Deutschland nach dem 7. Oktober gleichsam in Verbindung gesetzt und aufgewogen mit dem Leid und Tod im Kriegsgebiet Gaza. Deutlich wird in den geschilderten Szenen, wie Jüdinnen*Juden auch in einer vulnerablen medizinischen Behandlungssituation, in der sie ärztlichen Rat suchen oder sich für eine Untersuchung entkleiden, davon ausgehen müssen, unvermittelt mit Statements und moralischen Selbstpositionierungen zu Israel konfrontiert zu werden.

5.4.5 Rückzug aus öffentlichen und digitalen Räumen

Studienteilnehmer*innen beschreiben, wie die Angst vor antisemitischer Gewalt zu einem vermehrten Rückzug aus gesellschaftlichen, kulturellen, medialen, politischen und digitalen Räumen führt. Ein Interviewpartner führt hierzu aus:

„diese (.) Einschränkungen im Alltagsleben, das hört sich immer so banal an [...] da (..) gibt es so viel unzählige Beispiele die man zum Teil schon unterbewusst gar nicht mehr so empfindet (.) dass es glaube ich wichtig ist die halt auch immer wieder sichtbar für andere zu machen“ (Interviewpartner 80, Anfang 40).

Die Interviewsequenz zeigt, dass die Einschränkungen nicht allein in Form klar erkennbarer Ausschlüsse erlebt werden, sondern häufig den Alltag der Betroffenen auf subtile Weise beeinträchtigen. Der Interviewpartner formuliert die Notwendigkeit, die damit verbundenen „Einschränkungen“ nichtjüdischen Personen zu vermitteln.

Der Rückzug aus dem öffentlichen Leben ist dabei als eine notwendige Schutzstrategie zu deuten, um sich selbst und Familienangehörige zu schützen. Ein Mitte-30-jähriger Interviewpartner fasst seine Einschätzung zur gesellschaftlichen Teilhabe von Jüdinnen*Juden in Deutschland nach dem Terrorangriff zusammen:

„als Jude in der Gesellschaft fühlt man sich ein Stückweit bisschen (..) entfremdet oder wie ein Fremdkörper“ (Interviewpartner 4, Mitte 30).

Die Adaption schützender, vorsichtiger Praktiken betrifft auch das Bewegen im digitalen Raum. Die Datenanalyse verdeutlicht, wie die Einschränkung der Teilhabe auch die Partizipation an Social Media betrifft, wo jüdische Sichtbarkeit zu einem Sicherheitsrisiko wird. Studienteilnehmer*innen schildern, wie sie ihr Social Media-Verhalten anpassen, sich als jüdische Person unsichtbar machen oder ganz aus digitalen Räumen zurückziehen würden. So erzählt beispielsweise eine Interviewpartnerin, wie sie begonnen habe, „nach dem 7. Oktober das zu (.) nach und nach zu löschen meine Identität im (.) im Netz“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40).

Im Gesamtbild des Datenmaterials zeigt sich bei verschiedenen Studienteilnehmer*innen ein hoher Druck, sich selbst und die eigenen Kinder und Angehörigen hinsichtlich der jüdischen Identität unsichtbar machen zu müssen. Eine Interviewpartnerin resümiert hierzu:

„wir sind nur sicher solange wir unsichtbar sind“ (Interviewpartnerpartnerin 10, Anfang 30).

Die von den involvierten Terrororganisationen intendierte antisemitische Mobilisierung wirkt sich als Verdrängung von Jüdinnen*Juden aus dem öffentlichen und digitalen Raum aus.

Eine in Israel aufgewachsene Interviewpartnerin, die sich mit anderen Verbündeten von Deutschland aus für die Befreiung der israelischen Geiseln im Gazastreifen einsetzt, weist auf eine weitere Dimension der erzwungenen Vorsichtsmaßnahmen im digitalen und öffentlichen Raum hin: Jüdinnen*Juden, die sich politisch für die Geiseln und deren Familien engagieren, könnten sich nicht ohne Sicherheitsrisiko öffentlich mit ihrem Namen zeigen. Sie betont, dass sie und andere Jüdinnen*Juden, Israelis und Unterstützer*innen sich durch die Bedrohungslage nicht in ihrem Engagement aufhalten ließen. Zugleich wird hier eine weitere Dimension der Einschränkung von öffentlicher Teilhabe deutlich: die Einschränkung der Möglichkeit von zivilgesellschaftlichem und politischem Engagement.

„[...] when none of us wants to be public with our names (.) when we are afraid to stand in the streets (.) we are still doing that“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Ähnlich wie weitere Studienteilnehmer*innen weist die oben zitierte Interviewpartnerin darauf hin, dass die Situation der Bedrohung und der erzwungenen Vorsichtsmaßnahmen historisch nicht neu sei und von jüdischen Communities wiederkehrend in antisemitischen Hochphasen erlebt werde:

„so I do believe that our courage and our light will overcome everything (.) it's not the first time that jewish people have experienced that (.) and we know we have our power as survivors to continue our job (.) this is not stopping us“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

5.4.6 Zusammenfassung

Die Befunde weisen darauf hin, dass sich die antisemitische Mobilisierung nach dem 7. Oktober für Jüdinnen*Juden in Form von eingeschränkter Teilhabe am öffentlichen Leben, an öffentlichen Gütern und der Nutzung von Infrastruktur auswirkt. Dadurch wird der öffentliche Raum, der allen gleichermaßen offenstehen sollte, zu einem Ort potenzieller Gefährdung, in dem unbeschwerte jüdische Sichtbarkeit kaum möglich ist. Weitere Einschränkungen betreffen die Sichtbarkeit im digitalen Raum und im Rahmen von politischem Engagement und Partizipation an Diskursen. Stadtteile und Freizeitorte wie Bars oder Clubs mit einer hohen Präsenz von antizionistischer und antisemitischer Bildsprache werden infolgedessen gemieden, es kommt auch zum Wohnortwechsel. Demonstrationen, die gesellschaftlich als Ausdruck von Meinungsfreiheit gelten, werden insbesondere von jüdischen Kindern und Familien als verstörend und als konkrete Bedrohung erlebt und führen mitunter zum Ändern von Alltagswegen. Studienteilnehmer*innen erleben Übergriffe bei der Nutzung von Dienstleistungen sowie im öffentlichen Nahverkehr. Besonders deutlich werden dabei Diskriminierungsformen, die sich an der (israelischen) Herkunft oder am Gebrauch der (hebräischen) Sprache festmachen und gesellschaftliche Inklusion wie auch Sicherheit im Alltag unterminieren. Die Folgen sind eine Verdrängung in die Unsichtbarkeit und der Rückzug in sichere (jüdische) Sphären. Jüdinnen*Juden sehen sich gezwungen, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und sich auf Belästigung, Erniedrigung und physische Übergriffe in der Öffentlichkeit vorzubereiten.

Derartige Einschränkungen in der Teilhabe am öffentlichen Leben bedeuten für Jüdinnen*Juden in diesem Kontext nicht nur eine Beeinträchtigung ihrer Gleichberechtigung, sondern machen zugleich Schutzverhalten, Rückzug oder das Meiden bestimmter Orte erforderlich. Damit gerät das demokratische Versprechen von Freiheit, Gleichheit, Würde und Sicherheit in Spannung zu den Erfahrungen jüdischer Community, deren Zugehörigkeit und Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum massiv eingeschränkt wird.

5.5 Diskriminierung am Arbeitsplatz

Der 7. Oktober und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse wirken sich auch unmittelbar auf den Berufsalltag von Juden*Jüdinnen in Deutschland aus. Neben einzelnen unterstützenden und stärkenden Erfahrungen wird die persönliche Betroffenheit der jüdischen Mitarbeiter*innen von Kolleg*innen überwiegend dethematisiert und ausgeblendet. Studienteilnehmende berichten außer von fehlender Solidarität und Ignoranz auch von offenen Relativierungen des Terroranschlags, Übergriffen und Boykott in verschiedenen Konstellationen im Arbeitskontext. Die Interviewten erleben aufgrund dessen Unsicherheiten bezüglich ihrer beruflichen Zukunft in Deutschland.

5.5.1 Auswirkungen auf kollegiale Beziehungen

Ähnlich wie im nichtjüdischen privaten Umfeld wird auch am Arbeitsplatz direkt nach dem 7. Oktober die fehlende Solidarität gegenüber Jüdinnen*Juden und Personen mit Bezug zu Israel spürbar. So berichtet ein Interviewpartner, der als Kind von Kontingentgeflüchteten nach Deutschland migriert ist und Familie in Israel hat, dass sein Arbeitsumfeld aufgrund der „Stellung Israels (.) sehr sehr zurückhaltend“ (Interviewpartner 13, Mitte 30) auf das Massaker reagiert habe. Seine persönliche Betroffenheit rücke damit aufgrund seiner jüdischen Zugehörigkeit sowie seines Bezugs zu Israel in den Hintergrund. Gleiches zeigt sich im Kolleg*innenkreis einer anderen Interviewpartnerin, deren persönliche Betroffenheit und familiärer Bezug zu Israel ebenfalls übergangen wird:

„die Menschen wissen das (.) auch die mit denen ich eng zusammenarbeite und es spricht einfach keiner an und ich finde das so gruselig (.) und so merkwürdig“ (Interviewpartnerin 21, Anfang 40). Ein Interviewter ordnet die fehlende Solidarität des Kollegiums als Ausdruck doppelter Standards ein: „wenn ich nicht Jude und Israeli wäre (.) dann wäre die Situation auf meiner Arbeit eine andere (.) so empfinde ich es“ (Interviewpartner 4, Mitte 30).

Neben der Ignoranz, die Jüdinnen*Juden nach dem 7. Oktober erleben, schildern einige Interviewte auch Erlebnisse, in denen Arbeitskolleg*innen mit Relativierungen oder der Verteidigung des Massakers als vermeintlichen Widerstand reagieren. Eine Interviewpartnerin erinnert, wie sie am Montag, der auf das Wochenende des Massakers folgte, mit einem Kollegen sprach:

„als ich dann morgens in der Arbeit saß immer noch in diesem Ausnahmezustand (.) und ein Kollege fragte wie es mir geht und ich meinte wie soll es mir gehen (.) das ist doch (.) das ist doch einfach alles Mist (.) und er meinte naja das musst du verstehen (.) das ist ja hier ein (.) ein (.) ein Widerstand gegen eine Besatzung und ich bin einfach aufgestanden und gegangen“ (Interviewpartnerin 55, Ende 30).

Von einer veränderten Atmosphäre berichten Interviewpartner*innen aus dem Kultur- und Kunstbereich. Hier habe sich die „Atmosphäre bei der Arbeit und diese Umgebung [...] von einem Safe Space (.) in eine Art (.) kalte (...) Parallelwelt (.) verwandelt also ganz (.) ganz komisch (.) ((längere Pause))“ (Interviewpartnerin 21, Anfang 40). Auch an Arbeitsplätzen im politischen Bereich seien „fest

geglaubte (.) Allianzen auch so ein Stück weit weggebrochen“ (Interviewpartner 80, Anfang 40), berichtet ein Interviewter. So könnten sich Organisationen mit Bezug zum Judentum „dann doch nicht so sehr auf externe Hilfe verlassen [...] und [sind] dann (.) doch sehr stark (.) auf sich selbst gestellt“ (Interviewpartner 80, Anfang 40). Auch in der Politik habe „der 7. Oktober seine Spuren hinterlassen“ (Interviewpartnerin 9, Mitte 30), wodurch eine berufliche Zukunft in diesem Feld schwierig scheine.

Insbesondere im beruflichen Bereich werden jedoch auch einzelne Ausnahmen thematisiert und als wichtige und stärkende Erfahrung hervorgehoben, wie beispielsweise in der folgenden Sequenz:

„also diejenigen wo ich positive (.) also wo ich sofort (.) Nachfragen hatte – wie geht’s dir (.) das waren die muslimischen Kollegen, das waren die ersten (..) ne also am (.) die eine hat schon am 7. Oktober direkt geschrieben – wie geht’s dir (.) brauchst du was (..) ich möchte klarstellen das ist nicht im Sinne meiner Religion was da gerade passiert (..) und das sind so die Dinge die stärken [...]“ (Interviewpartnerin 23, ohne Altersangabe).

In dieser Erinnerung sind es „die muslimischen Kollegen“, die sich bei ihrer jüdischen Kollegin melden, ihre Betroffenheit damit anerkennen und sich solidarisch und unterstützend zeigen. Beispielhaft deutlich wird in der Sequenz, wie die zwischenmenschliche Anteilnahme durch die Frage nach dem Wohlergehen jüdischer Kolleg*innen sowie eine eindeutige Verurteilung des Massakers und die Distanzierung davon einen entscheidenden Unterschied machen für das Wohlbefinden und die Inklusion von Jüdinnen*Juden am Arbeitsplatz nach dem 7. Oktober.

5.5.2 Diskriminierungserfahrungen im Berufsleben

Die geschilderten Diskriminierungserfahrungen werden von Kolleg*innen, Vorgesetzte, Kund*innen, Patient*innen, Adressat*innen oder Schüler*innen ausgelöst, mit denen die Studienteilnehmer*innen in ihrer beruflichen Rolle interagieren. So schildert beispielsweise eine Person aus dem Feld der medizinischen Notversorgung, wie ein Patient auf ihre Halskette mit einem jüdischen Symbol mit klassischen verschwörungsideologischen Äußerungen reagiert habe:

„ich traue mich auch nicht mehr/ (.) ich hatte (.) ich hatte eine (.) eine Halskette (.) eine Chai (.) Halskette (.) die trage ich nicht mehr weil (.) Patienten (.) auch schon komisch reagiert haben (.) ein Patient hat mir im Einsatz erzählt (.) ja ja mit Kinderorganhandel in Gaza und wie furchtbar das alles ist und ich dachte mir oh nein (.) also (.) dumme (.) dumme Sprüche kamen schon vorher (..) aber das fand ich (.) puh (.) das (.) das hat mir Angst gemacht (.) das hat mir wirklich Angst gemacht“ (Interviewpartnerin 55, Ende 30).

Aufgrund weiterer antisemitischer Übergriffe durch Kolleg*innen und Patient*innen wandte sich diese Interviewpartnerin hilfesuchend an die Antidiskriminierungsbeauftragte des Betriebs. Auch hier erlebte sie eine antisemitische Reaktion auf ihr Beschwerdeanliegen durch die Delegation der Beschwerde an „deine jüdische Community“ und eine Anspielung auf deren gute Vernetzung.

„ich habe mit unserer Antidiskriminierungsbeauftragten gesprochen und die hat gesagt (.) melde dich doch an deine jüdische Community weil die sind ja gut vernetzt (.) was ich wieder sehr krass antisemitisch fand (..) ja (.) und (.) mehr oder weniger bin ich dazu (.) darum gebeten wurden (.) dieses (.) politische Thema nicht (.) nicht anzusprechen weil das die Stimmung runterzieht“ (Interviewpartnerin 55, Ende 30).

Deutlich wird an diesem Beispiel, wie Interviewpartner*innen auch im Falle einer Beschwerde in den dafür vorgesehenen Beschwerdewegen Unterstützung verweigert wird und wie antisemitische Diskriminierungserfahrungen nicht als solche aufgenommen, sondern zu einem „politische[en] Thema“ gemacht werden. Ähnlich wie andere Interviewpartner*innen wurde auch die oben zitierte Person direkt dazu aufgefordert, das vermeintlich „politische Thema“ des Antisemitismus am Arbeitsplatz nicht mehr anzusprechen.

Die Erfahrungen von Antisemitismus am Arbeitsplatz haben zur Folge, dass einige Interviewpartner*innen aus verschiedenen beruflichen Bereichen darüber nachdenken, ihren Beruf zu wechseln, oder diesen Wechsel bereits vollzogen haben. Manche werden von ihren Vorgesetzten infolge von Konflikten dazu indirekt oder direkt aufgefordert. In den von verschiedenen Interviewten geschilderten Konflikten geht es um verweigte Sicherheitsbedürfnisse und um fortgesetzte Kooperationen mit Organisationen, die das Massaker vom 7. Oktober verteidigen oder legitimieren. Mehrfach werden auch Konflikte geschildert, in denen Studienteilnehmer*innen darum baten, ihr Unternehmen möge in Statements oder Social Media-Posts zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz im Januar 2024 den Begriff Antisemitismus nutzen. Diese Bitte wurde von Vorgesetzten offenbar in mehreren Fällen ignoriert. Infolge von Konflikten stellt sich beispielsweise ein Interviewpartner aus dem zivilgesellschaftlichen Verwaltungsbereich die Frage, wie es „mit einem beruflich weiter[geht]“ (Interviewpartner 4, Mitte 30), da die Situation als Jude am Arbeitsplatz nach dem 7. Oktober für ihn schwer erträglich werde. Dieser Interviewpartner sei unter anderem aufgefordert worden, im Rahmen seiner beruflichen Rolle weiterhin mit Kooperationspartner*innen zu kommunizieren, die sich auf Social Media nach dem 7. Oktober antisemitisch geäußert und das Massaker als Widerstand umgedeutet hätten. Sicherheitsbedürfnisse wie die Abkürzung seines israelischen Vornamens am Bürotürschild und in der beruflichen Mailadresse seien übergangen worden.

5.5.3 Stiller und expliziter Boykott

Im künstlerischen und im akademischen Bereich werden die beruflichen Zukunftsperspektiven von insbesondere israelischen Wissenschaftler*innen und Künstler*innen durch stillen oder expliziten Boykott eingeschränkt und teilweise auch verunmöglicht. So berichtet eine Interviewpartnerin von verschiedenen Situationen an der Hochschule:

„there have been multiple like (.) my Israeli colleagues being denied access to contracts long before the war (.) or like (.) multiple conference readings for (.) Palestine about how they were (.) objected to genocide [...] everything like that (.) and now it has gotten worse and I cannot imagine my future in such an atmosphere anymore because (.) not only it's (.) it makes it objectively more complicated as I no longer know who accepts me (.) and if I'm denied access to something (.) is it really (.) for the lack of my skill or is it really (.) because of my nationality and my positions“ (Interviewpartnerin 26, Mitte 20).

Die Interviewpartnerin beschreibt, dass israelische Kolleg*innen bereits vor dem 7. Oktober von Vertragsabschlüssen ausgeschlossen worden seien. Seitdem habe sich die Lage an der Hochschule verschärft, sodass sie sich eine berufliche Zukunft in dieser Atmosphäre nicht mehr vorstellen könne. Deutlich wird auch, dass durch den stillen Boykott israelischer Künstler*innen und Wissenschaftler*innen oft die Frage offenbleibe, ob die Absage einer schon vereinbarten künstlerischen Zusammenarbeit, die Ablehnung eines Konferenzbeitrags, eines Artikels oder einer Stellenbewerbung an der israelischen Nationalität oder an den Fähigkeiten liege.

Der Boykott wirkt sich nicht nur auf die beruflichen Zukunftsperspektiven aus, sondern auch unmittelbar auf die ökonomische Lage der Betroffenen und ihrer Familien. Verschiedene Interviewpartner*innen aus dem Kunst- und Kulturbereich berichten in diesem Zusammenhang von antisemitischen Übergriffen sowie von subtilen bis hin zu offenen Formen der Ausgrenzung. Eine Künstlerin resümiert, dass die Arbeit in der „Kreativszene (.) und mit vielen Künstlern [...] als jüdische Person (.) seit dem 7. Oktober (.) tatsächlich ein Problem geworden [ist]“ (Interviewpartnerin 21, Anfang 40). Studienteilnehmer*innen aus der Kunstszene berichten neben antisemitischen Vorfällen auch von fehlenden Aufträgen, sodass sie in ihrer Arbeit maßgeblich eingeschränkt sind oder nur noch in jüdischen Kontexten künstlerisch tätig sein können. Dies kann zur Folge haben, dass sie aufgrund von finanziellen Verlusten zukünftig nicht mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten können:

„ich hab schon immer die Familie ernährt also auch schon als mein Mann noch hier war [...] ich lebe ja von der Kunst“ (Interviewpartnerin 20, Anfang 60).

5.5.4 Zusammenfassung

Im Datenmaterial wird deutlich, dass sich der terroristische Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sowie die antisemitische Mobilisierung in weiten Teilen der Gesellschaft unmittelbar auf die Arbeitssituation der Studienteilnehmer*innen auswirken. Die Schilderungen der Interviewpartnerinnen beziehen sich sowohl auf interne Arbeitsbeziehungen zu Vorgesetzten, Kolleg*innen und Kooperationspartner*innen als auch auf externe Kontakte mit Kund*innen, Patient*innen oder Adressat*innen. Dabei zeigt sich im professionellen Kontext dasselbe Grundmuster an Reaktionsweisen durch das nichtjüdische Umfeld, wie es im Kapitel 5.2 für das persönliche Umfeld beschrieben wurde: Neben als bedeutsam hervorgehobenen positiven

Erfahrungen mit unterstützenden, einfühlsamen Kolleg*innen überwiegen auch im Arbeitskontext Schweigen und Ausblendung, offensive Konfrontationen, in denen das Massaker legitimiert wird, sowie Schuldzuweisungen. Die Marginalisierung und Verleugnung der Bedrohung und Belastung jüdischer Mitarbeiter*innen zeigt sich im beruflichen Feld durch ausbleibende Nachfragen, durch fehlende Beschwerdemöglichkeiten bei antisemitischer Diskriminierung, durch die Verweigerung von Schutzmaßnahmen oder durch fehlende Rücksichtnahme. Neben dem Verlust von Beziehungen und Netzwerken betrifft dies insbesondere im künstlerischen und akademischen Feld auch den stillen sowie expliziten Boykott von Jüdinnen*Juden und Israelis.

5.6 Auswirkungen auf den Bildungsbereich

Bildungsinstitutionen haben eine lange Geschichte der institutionellen Diskriminierung und systematischen Ausschlüsse von Jüdinnen*Juden. Für die Post-Shoah-Gesellschaft wurde die institutionelle Diskriminierung und Exklusion von jüdischen Kindern und ihren Familien an Schulen in den letzten Jahren empirisch untersucht. Für den Kita- und Hochschulbereich stehen entsprechende Untersuchungen noch aus. Nach dem 7. Oktober wird in sämtlichen Bildungsbereichen ein starker Anstieg an Übergriffen gegen Jüdinnen*Juden durch Meldungen sichtbar. Im Bereich der öffentlichen Kindertagesstätten zeigt sich nach dem 7. Oktober 2023 ein neues Ausmaß an Diskriminierungen und gewaltförmigen Übergriffen gegen jüdische Kinder und ihre Familien. Dieser Bereich wird aktuell noch untersucht und im Abschlussbericht der Studie vertieft. Im Fokus der öffentlichen Debatte stehen insbesondere die Hochschulen. In der Gesamtschau der Interviews mit jüdischen Schüler*innen, Eltern, Studierenden, Hochschullehrenden sowie einer Gruppendiskussion mit Bezug zum Hochschulbereich wird deutlich, dass jüdische Familien im Kitabereich sowie jüdische Schüler*innen, Studierende und Lehrende im Bildungsbereich nach dem 7. Oktober teilweise einer antisemitischen Entgrenzung ausgesetzt sind. Wie auch in anderen Lebensbereichen erleben Interviewpartner*innen in Bildungsinstitutionen die Modi des Schweigens, der offensiven Konfrontation, der Schuldzuweisung und der Empathieverweigerung in Reaktion auf den 7. Oktober. Im Datenmaterial finden sich für den Bildungsbereich spezifische Praktiken der institutionellen Exklusion von Jüdinnen*Juden, die bereits durch Studien zu Antisemitismus im Kontext Schule vor dem 7. Oktober deutlich wurden (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2024c).

5.6.1 Dilemmata jüdischer Eltern in Bildung und Erziehung

Einige Interviewpartner*innen erinnern sich im Zusammenhang mit dem 7. Oktober an ihre Schulzeit als jüdische Kinder und Jugendliche in Deutschland sowie europäischen und sowjetischen Ländern. Sie reflektieren die Kontinuitäten zwischen den damaligen und aktuellen Erfahrungen, teilweise bereits

in der Elternrolle. So schildert ein Interviewpartner, gebürtig in Südrussland im Kaukasus, seine Sozialisierungserfahrungen als jüdischer Jugendlicher in Deutschland:

„das ging schon im Kindesalter los (.) das ging schon (.) in Grundschule (.) im Fußballverein“. Er erzählt, dass er als „Bergjude“ aufgrund seiner „Optik“ als muslimisch eingeordnet worden und daher in den Klassen unter den anderen Kindern nicht besonders aufgefallen sei. Die „Problematiken“ hätten begonnen, „zu 99 Prozent immer wenn es um Israel ging“ (Interviewpartner 72, Anfang 30).

Nach dem 7. Oktober sei er grundsätzlich vorsichtiger geworden. Die politische Situation in Deutschland beschäftige ihn sehr. In der Interviewpassage, in der er seine Erwartungen an die Politik ausführt und über seine Zukunft in Deutschland nachdenkt, resümiert er, dass das Thema Antisemitismus „allgegenwärtig“ sei: „das ist (.) traurig (.) und das wird auch in Zukunft so sein“. Er führt die Sicherheitsabwägungen aus, die für ihn und seine Frau mit dem Kindertagesstättenbesuch ihrer Kinder verbunden seien. Er führt die Abwägungen und Dilemmata aus der Perspektive jüdischer Eltern aus: Einerseits solle die jüdische Kita vor jenen Ausschlüssen und Übergriffen schützen, denen jüdische Kinder in öffentlichen Einrichtungen potenziell ausgesetzt sind. Andererseits sei in jüdischen Bildungseinrichtungen das Risiko erhöht, zum Anschlagziel zu werden.

„ich kenne kein deutsches Kindergarten wo die Polizei davorsteht (.) weil kein Mensch so krank ist Deutschen oder Kindern die nichtjüdisch sind was anzutun (.) aber jüdische Kinder (.) bei jüdischen Kindern stehen zwei Polizeiwagen davor (.) und das ist allgegenwärtig das Thema, heu/ guck mal hier ich schreibe mit meiner Frau (.) meine Frau will die (.) Kinder nicht im jüdischen Kindergarten abgeben, die hat Angst wenn sie rausgeht dass irgendeiner sie verfolgt (.) das ist (.) wirklich schlimm hier habe ich noch ((längere Pause)) ja (.) also solche Themen beschäftigen dann einen (.) so das ist (.) traurig (.) und das wird auch in Zukunft so sein (.) geben wir die Kinder in eine jüdische Schule (.) ist einerseits gefährlich weil die dann in einer jüdischen Schule sind (.) geben wir [...] ein Kind in eine Gesamtschule [...] (.) also weißt du nicht was du machen sollst (.) obwohl eigentlich ich immer für eine öffentliche Schule war damit man sich untereinander verständigt (.) andererseits denke ich mir (.) was würde ich machen wenn meine Tochter jetzt antisemitisch beleidigt wird ich würde Amok laufen“ (Interviewpartner 72, Anfang 30).

Der Interviewpartner beschreibt in dieser Sequenz eine grundlegende Erfahrungsasymmetrie zwischen jüdischen und nichtjüdischen Familien im Hinblick auf Teilhabe an Bildung. Die Realität, dass Menschen gezielt jüdische Kinder angreifen könnten, bedingt die Präsenz der Polizei vor der jüdischen Kindertagesstätte. Die jüdische Kita wird nicht nur als Bildungs- und Betreuungsort, sondern auch als potenzieller Anschlagort wahrgenommen. Seine Beschäftigung mit der Frage, ob seine Kinder in einer jüdischen oder einer öffentlichen Bildungseinrichtung nun sicherer seien, verweist auf eine Exklusionserfahrung jüdischer Familien. In der Sequenz wird deutlich, wie intensiv der Studienteilnehmer und seine Frau damit beschäftigt sind, das Dilemma jüdischer Eltern, das sich seit dem 7. Oktober verschärft zeigt, zu lösen. Sie geraten in eine Schleife von Abwägungen, die aufgrund der äußeren Umstände nicht lösbar ist. Der Interviewpartner beschreibt die Sorge seiner Frau, die befürchte, nach dem Rausgehen aus dem jüdischen Kindergarten verfolgt zu werden. Er beschreibt

sein Dilemma, einerseits den Besuch einer öffentlichen Schule zu befürworten und andererseits zu befürchten, seine Tochter würde dort antisemitisch beleidigt werden. In dieser Schilderung verdichtet sich, wie jüdische Familien zwischen zwei Risiken abwägen müssen. Hier zeigt sich die Unlösbarkeit einer sicheren Wahl von Bildungseinrichtungen in antisemitisch strukturierten Verhältnissen, aber auch die Einschränkung der Teilhabe und des Rechts auf Bildung für jüdische Kinder.

Die Anschlagsgefahr gegen jüdische Kitas und Schulen bestand bereits vor dem 7. Oktober. Angesichts der konkreten Drohungen gegen einzelne Einrichtungen wie die durch die von der Hamas weltweit öffentlich ausgerufenen „Freitage des Zorns“ nehmen die interviewten jüdischen Eltern die üblichen Schutzmaßnahmen durch Polizeipräsenz und Sicherheitsschleusen intensiver wahr. Der Polizeischutz erscheint als erzwungene Maßnahme, die einerseits Schutz vermittelt, andererseits jedoch die fortdauernde Bedrohung sichtbar macht.

5.6.2 Antisemitische Angriffe im Kontext von Schulen

Auch aus dem Schulbereich berichten Eltern und Schüler*innen von antisemitischen Atmosphären und Übergriffen. Eine Studienteilnehmerin, 16 Jahre alt und Schülerin an einer öffentlichen Schule, schildert gleich zu Beginn des Interviews einen antisemitischen Vorfall an ihrer Schule:

„[...] zum Beispiel (..) gab es ein Kunstprojekt bei mir in der Schule (.) wo wir Häuser gebaut haben und ich habe ich habe so eine Kette wo ein Davidstern und ein Kreuz ist weil das so (.) meine zwei Familienseiten sozusagen verbindet (.) und dann wurde in mein Haus so ein Zettel gelegt wo halt ein (.) Hakenkreuz ein Davidstern und (.) noch so ein anderes Symbol [...] gezeichnet worden ist was halt bewusst gegen mich war (.) und dann (.) wurde es bei der Schulleitung auch gemeldet aber es ist halt nichts weiter passiert (.) also war mir auch so bewusst dass nichts weiter passiert (.) [...]“ (Interviewpartnerin 58, Jugendliche).

Die Interviewpartnerin schildert, wie sie im Rahmen eines schulischen Kunstprojekts nach dem 7. Oktober ein Haus gestaltet und dieses mit zwei Symbolen versehen habe: einer Kette mit Davidstern und einem Kreuz als Zeichen ihrer „zwei Familienseiten“. In das Kunstobjekt sei anonym ein Zettel gelegt worden, auf dem ein Hakenkreuz und ein anderes Symbol gezeichnet gewesen seien. Damit wurde sie mit einem Symbol adressiert, das historisch für die Vernichtungsabsicht gegen Jüdinnen*Juden steht und zudem verfassungswidrig ist. Auf die Meldung hin erhält sie ihrer Schilderung zufolge keine Reaktion vonseiten der Schulleitung. Die unmittelbare Erfahrung des antisemitischen Angriffs verbindet sich so mit der darauffolgenden Erfahrung institutioneller Nichtreaktion.

An Schulen in Deutschland erleben jüdische Schüler*innen nach dem 7. Oktober noch häufiger antisemitische Markierungen, Angriffe und Entgrenzungen als zuvor. Sie erleben auch einen schleichenden Ausschluss, wenn sie als abwesend imaginiert, ihre Bedarfe übersehen und Erfahrungen nach dem Massaker in Israel trotz direkter Implikationen im Schulkontext nicht

kontextualisiert werden. Es wird oftmals außer Acht gelassen, dass der 7. Oktober für jüdische Familien einen tiefen Einschnitt bedeutet und sie gerade angesichts der sich an Schulen verdichtenden antisemitischen Erfahrungen Schutz und Unterstützung benötigen. Ein Interviewpartner, der mit seiner Familie zunächst aus Lettland nach Israel eingewandert war und mittlerweile in Deutschland lebt, schildert seine großen Sorgen um seine Familie in Israel sowie seine Sorgen, wie die Ereignisse des 7. Oktober auf seine Kinder wirken mögen. Er sagt in Bezug auf eine Tochter:

„(.) ich glaube sie grenzt sich auch sehr stark davon (.) ab es (..) Ich weiß nicht wie viel sie verdrängt (.) [...] sie ist mir auch immer wieder (.) mit Fragen gekommen [...]“. Er sagt, in der Schule würden die Ereignisse in Israel und Gaza eher dethematisiert. Er erzählt, er habe in der Klasse seiner Tochter proaktiv mit Lehrer*innen gesprochen und gefragt, „[...] wie es für sie (.) 7. Klasse ein Thema ist“ (Interviewpartner 70, ohne Altersangabe).

Der Interviewpartner sei anschließend in die 7. Klasse seiner Tochter gegangen, habe „die Betroffenheit und das Leid von (.) beiden Seiten“ thematisiert und sei dabei in die Rolle des pädagogischen Vermittlers getreten. Deutlich wird an diesem und weiteren Beispielen, wie Jüdinnen*Juden auch im schulischen Kontext nach dem 7. Oktober in die Rolle der Vermittler*innen und Erfahrungsübersetzer*innen für die Mehrheitsgesellschaft gehen.

5.6.3 Antisemitismus und Exklusion im Kontext von Hochschulen

Neben Schulen erweisen sich auch Hochschulen als institutionelle Kontexte, an denen sich Erfahrungen von offenem Antisemitismus wie auch von institutioneller Exklusion in den bestehenden Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnissen auf spezifische Weise verdichten. An Hochschulen dominieren aktuell Formen des politischen Antisemitismus – etwa durch die Mobilisierung zu politischen Aktionsformen mit antisemitischer und antizionistischer Bildsprache, eine Häufung antisemitischer Zeichnungen und Slogans an Gebäude- und Toilettenwänden, analoge und digitale Bedrängung jüdischer und israelischer Studierender oder auch Lehrender, das Abreißen von Plakaten zu den Geiseln, einseitige und geschichtsverzerrende Veranstaltungen zum Nahostkonflikt, die Forderung und Umsetzung des Boykotts israelischer Universitäten und Wissenschaftler*innen sowie die Störung von Veranstaltungen antisemitismuskritischer Wissenschaftler*innen. Das nach dem 7. Oktober sichtbar gewordene Fehlen von antisemitismuskritischen Unterstützungsstrukturen an Hochschulen verweist zudem auf eine hochschulübergreifende institutionelle Leerstelle. Interviewpartner*innen berichten von Situationen, die ihre Freund*innen oder Angehörige erlebt hätten. Die an der Studie teilnehmenden Studierenden schildern von sich aus die Lage an ihren Hochschulen als Teil ihrer Erzählung. So sagt ein Teilnehmender einer studentischen Gruppendiskussion zum 7. Oktober:

„ich würde sagen so der 7. Oktober hat (.) extrem viel verändert so (.) für mein Erleben, für irgendwie meinen Alltag in der Uni [...] dieser neue Zustand“ (B3, 2. Gruppendiskussion).

Er erinnert, dass für ihn im Wintersemester seit dem 7. Oktober die Erfahrung der „Unsichtbarkeit“ besonders belastend gewesen sei. Obwohl er an der Hochschule Freund*innen und alltägliche Kontakte habe, habe er sich nach dem 7. Oktober von Menschen umgeben gefunden, die das Thema nicht aufgegriffen, nicht nachgefragt hätten, wie es ihm gehe, und teilweise antisemitische Inhalte teilten. Daran wird deutlich, dass es nicht nur um ausbleibende zwischenmenschliche Empathie geht, sondern um eine Erfahrung, die Studierende in verschiedenen Interviews schildern: Sie erleben an ihren jeweiligen Hochschulen eine Umgebung, in der antisemitische Bildsprache und Äußerungen präsenter würden und gegen die außer den jüdischen Studierenden selbst oft niemand einschreite. Der oben erwähnte Gruppendiskussionsteilnehmer verweist auf die verbreitete Passivität von Kommiliton*innen und Dozierenden im Umgang mit antisemitischen Zeichen und Äußerungen. Er spricht von „[...] Schmierereien in (.) Toiletten die (.) wo gefühlt niemand anderes was unternommen hat außer mir und (.) und Sachen die halt irgendwie in Seminaren oder (.) in Situationen in Kursen gesagt wurden“ (B3, 2. Gruppendiskussion).

Mit der von ihm und anderen Diskussionsteilnehmer*innen als primär antizionistisch und israelfeindlich wahrgenommenen Besetzung seiner Hochschule kulminiert für ihn die Abfolge der Ereignisse, was er zum Anlass nimmt, neue studentische Initiativen zu gründen (B3, 2. Gruppendiskussion). Ähnlich wie er beobachten auch andere der interviewten jüdischen Studierenden, dass sich ein Großteil ihrer Mitstudierenden an den Besetzungen beteiligen, antisemitische Inhalte teilen, antisemitische Begriffe unreflektiert verwenden oder diesen nicht widersprechen. Die interviewten Studierenden merken, dass sie nicht länger Teil ihrer Bezugsgruppen an der Hochschule sein können. Dieser Bruch verweist auf Prozesse sozialen Ausschlusses und zwingt sie zu einer Neuaushandlung von Zugehörigkeit und sozialen Beziehungen. Der oben zitierte Teilnehmende der Gruppendiskussion (B3) beschreibt diese Erfahrung als einen Wendepunkt, da er nun die Situation im Hinblick auf Antisemitismus besser einschätzen und sich in seinem Umfeld neu organisieren könne (vgl. B3, 2. Gruppendiskussion).

Die im Hochschulkontext mehrheitlich wahrgenommenen Positionen, in denen das Massaker, die Geiselnahmen und der Raketenterror gegen Israel beschwiegen oder umgedeutet und die Verantwortung der Terrororganisationen nicht benannt werden, betreffen neben Seminaren auch universitäre Gremien. Studierende nehmen Bezug auf ihre Erlebnisse in hochschulöffentlichen und studentischen Gremien wie in diesem Auszug, in dem es um den Studierendenrat geht:

„ich studiere gerade nochmal und habe auch an der Uni viel Antisemitismus wahrgenommen also es war bei uns im im StuRa, dass dort Positionierungen erfolgt sind, die ganz klar den Terror und die Hamas nicht benannt haben“ (Interviewpartnerin 30, Mitte 20).

Die Exklusion jüdischer und israelischer Perspektiven im Hochschulkontext betrifft auch den digitalen Raum. Eine Interviewpartnerin schildert im Einzelinterview die Erfahrung ihres Partners, der in Berlin an einer Hochschule studiere und Antisemitismus, der seit dem 7. Oktober „um sich greift“, erlebe. Er traue sich nicht, in Chatgruppen offen zu schreiben, wie es ihm oder anderen jüdischen Studierenden nach dem 7. Oktober ergangen sei:

„[...] er weiß er würde einem sofortigen Shitstorm unterstehen, wenn er (.) jüdische Stimmen (.) [...] in diese Chatgruppen schreiben würde, einfach nur um den Leuten klarzumachen wie fühlen wir uns (.)“ (Interviewpartnerin 9, Mitte 30).

Die Interviewpartnerin drückt damit aus, dass bereits das Sprechen über die Folgen des 7. Oktober in universitären Chatgruppen „Shitstorm“ nach sich ziehen könne. Infolge der antiisraelischen Mobilisierung und der teils expliziten antisemitischen (Bild-)Sprache etabliert sich ein Klima der Einschüchterung, das jüdische Studierende unter erheblichen Anpassungsdruck setzt. Dieses feindselige Umfeld erzeugt Exklusionsdynamiken, die so weit reichen, dass einige Studierende dem Campus zeitweise fernbleiben, um sich zu schützen. Bezugnahmen auf die Situation an Hochschulen machen deutlich, dass Studierende auch Dozierende oder Gremien nicht als schützende oder verstehende Instanzen wahrnehmen und einen tiefgreifenden Vertrauensverlust gegenüber ihren Hochschulen erleben.

Eine aus Israel stammende Studierende sagt im Interview, sie fühle sich nach dem 7. Oktober beim Betreten ihres Campus, als würde sie in den Krieg ziehen. An ihrer Universität sei eine israelfeindliche und antizionistische Bildsprache in Fluren und an Aushangwänden sehr präsent, in ihrem Studiengang würden von Dozierenden unwissenschaftliche, antizionistische und von ihr als verschwörungsideologisch wahrgenommene Texte als Seminarlektüre ausgegeben. Zudem beschäftige sie, dass von Kommiliton*innen und Lehrenden nicht anerkannt und wahrgenommen werde, dass sie aus einem Land komme, das eine „active war zone“ sei und dass sie in großer Angst und Sorge um ihre Familie lebe. Die Widerständigkeit und Resilienz israelischer und jüdischer Studierender werde an ihrer Universität, die zahlreiche Forschungs Kooperationen zu israelischen Universitäten pflege, in keiner Weise unterstützt. Sie empfinde den Campus als „violent space“:

„I come to campus like as if I have come to war (uh) like always pumped and aggressive and angry and (.) yeah and part of everything because you're just know you come to a violent space that does not support resistance at all“ (Interviewpartnerin 27, Mitte 20).

Deutlich wird an dieser Sequenz, wie sich die antisemitische (Bild-)Sprache sowie die fehlenden Schutzstrukturen auf dem Campus für jüdische und israelische Studierende auf das Erleben ihres Studiums und des Bildungsortes Hochschule auswirken. Die anhaltende und zunehmende psychische

wie körperliche Anspannung führt zu Beeinträchtigungen in den Bildungsbiografien jüdischer und israelischer Studierender.

Die israelische Studierende führt weiter aus, dass sie das Verhalten der Professor*innen gegenüber jüdischen Studierenden als „betrayal“ und Verletzung ihrer professoralen Rolle wahrnehme. Sie schildert, dass eine*e israelische*r Professor*in den Studierenden an ihrer Universität geholfen habe, beispielsweise durch Schreiben an die Leitung. Die übrige Professor*innenschaft sei nicht nur indifferent und vermeidend gewesen, vielmehr hätten Professor*innen zum Teil aktiv antisemitisch konnotierte Campusbesetzungen unterstützt und die Hochschulleitung das Eingreifen der bereits gerufenen Polizei verhindert.

„[...] also the betrayal of the university professors is a huge thing they've been like absolutely avoiding anything I mean I know of some Israeli professors for helping the students like to (um) to write to administration like (.) our and everything but other than that one time there was an very ironic (.) protest when pro-Palestinian students invaded or occupy the (unv.) hall and the police was able and like willing to stop this protest and police arrived but the university administration prevented them from doing so [...] and you feel completely (.) betrayed“ (Interviewpartnerin 27, Mitte 20).

Deutlich wird hier die Perspektivendivergenz im Kontext antisemitischer Mobilisierung an Hochschulen: Während Studierende, Lehrende und Hochschulleitung die Besetzung möglicherweise als Form politischer Aktion interpretieren, erfährt die israelische Studierende soziale und institutionelle Exklusion. Die Entscheidung der Hochschulleitung, die Besetzung nicht zu beenden, vermittelt ihr nicht nur, dass die Wirkung des Terrors und die anhaltende Bedrohung von Jüdinnen*Juden nicht anerkannt werden, sondern auch, dass Hilfe und Schutz verweigert werden dürfen – selbst wenn die Polizei die gezeigten Symbole und Äußerungen als so gravierend einstuft, dass eine Räumung angezeigt wäre. Diese Formen der Exklusion verweisen auf eine unterlassene Hilfeleistung, die im erweiterten Sinne als Ausbleiben von Schutz und Nichthandeln trotz erkennbarer Gefährdungslage zu verstehen ist. Die Interviewpartnerin nimmt Bezug auf die Rolle der Professor*innen, da aus ihrer Perspektive der notwendige Schutz für die Belange jüdischer Studierender durch den Lehrkörper nicht in ausreichendem Maße eingelöst wird. Auch in der Gruppendiskussion (G2) mit Studierenden einer Hochschule verdichtet sich der Eindruck, dass jüdische oder antisemitismuskritische Studierende ihre Erfahrungen als invalidiert erleben und zugleich das Ausbleiben der eingeforderten oder erwarteten Hilfe im Sinne einer unterlassenen Hilfeleistung wahrnehmen.

Eine Interviewpartner*in erzählt von einer Freundin, die Erwachsenenbildung studiere und aufgrund der Situation ihr Studium abbreche – unter anderem, weil eine wissenschaftliche Befassung mit dem Thema Antisemitismus als Teil des Studiums von Mitstudierenden im Seminarkontext boykottiert werde (Interview 57, Mitte 20). Die Studierenden verweigern damit die Auseinandersetzung mit der

Geschichte und Gegenwart judenfeindlicher Ideologien. Diese Form der Verweigerung durch die Studierenden delegitimiert jüdische Perspektiven, indem die Beschäftigung mit Antisemitismus abgewehrt und die Teilhabe jüdischer Studierender infrage gestellt wird. Dadurch wird indirekt vermittelt, dass die Gewalt des 7. Oktober nicht von Relevanz sei oder sogar verherrlicht werden könne. Die Interviewpartnerin schildert, die Situation habe bei ihrer Freundin „krasse Paniksymptome“ ausgelöst:

„[...] in einem der Seminare in dem sie ist (.) wollten die Mitstudierenden Texte zu Antisemitismus boykottieren (.) und haben gesagt dass sie (.) das nicht mehr wollen dass das gelesen wird in dem Seminarkontext (.) und die Freundin hat mir halt erzählt dass es in ihr halt so (.) krasse Paniksymptome ausgelöst hat [...] sie hat mir gesagt sie hatte das Gefühl in dem Moment (.) sie stirbt (.) also das war wirklich so (.) heftig und gewaltvoll für sie in dem Moment (.) diesen Stimmungen um sich herum ausgesetzt zu sein“ (Interviewpartnerin 57, Mitte 20).

In der Sequenz wird deutlich, dass der Widerstand der Studierenden und die im weiteren Verlauf geschilderte verzögerte Reaktion des Dozierenden bei der Freundin der Interviewpartnerin das Gefühl ausgelöst habe, dass „sie stirbt“. Die jüdische Studierende sieht sich in einem Seminar, das sie eigentlich zu Bildungszwecken besucht, einer antisemitisch aufgeladenen Stimmung ausgesetzt. Die Mitstudierenden boykottieren Texte zu Antisemitismus möglicherweise im Sinne einer politischen Aktionsform. Deutlich werden in diesem Beispiel Einfühlungsverweigerung, Erfahrungsasymmetrie und die Verweigerung der Anerkennung, dass Antisemitismus existiert und eine reale Gefährdung darstellt: Während die Mitstudierenden das Boykottieren von Texten aus Protest artikulieren, erlebt die jüdische Studierende die Abwertung und Infragestellung ihrer Erfahrungen und Rechte. Für die jüdische Studierende könnte diese Form des Boykotts womöglich eine grundlegende Verweigerung der Auseinandersetzung mit einer Gewalt darstellen, die sie unmittelbar bedroht. Weiter schildert die Interviewpartnerin, dass ihre Freundin das Gespräch mit dem Dozierenden gesucht habe. Dieser habe ihr versichert, die Texte trotzdem lesen zu lassen. Die Studierende hätte sich aber:

„mehr (.) Haltung gewünscht (.) noch mehr (.) also nicht nur dieses (.) [[weitermachen]] ich mache da nicht mit (.) sondern klar zu sagen irgendwie ich stehe (.) gegen (.) Antisemitismus (.) und das wird in meinem Seminar (.) kein (.) Platz bekommen“ (Interviewpartnerin 57, Mitte 20).

Gerade universitäre Räume sind nicht isoliert, sondern durchlässig und eng mit anderen Alltagssphären verflochten. Die an Hochschulen gemachten Erfahrungen wirken über den unmittelbaren Kontext hinaus, indem sie die Gegenwart, aber auch die Zukunftsperspektiven jüdischer Studierender prägen und zugleich den gegenwärtigen jüdischen Alltag bis in das Gemeindeleben hinein beeinflussen. Jüdische Organisationen nehmen die Erfahrungen jüdischer Studierender wahr, die zunehmend in jüdischen Binnenkontexten thematisiert und verhandelt werden. Im folgenden Auszug beschreibt eine Gemeindevorsitzende, dass sie von den Studierenden, die in ihrer Gemeinde aufgewachsen, „direkte Rückmeldungen“ bekomme:

„[...] was wir da mitkriegen ist einfach furchtbar (.) und (..) ja (.) da habe ich einfach (.) direkte Rückmeldungen von Studierenden, die sich nicht mehr trauen in die Uni zu gehen“ (Interviewpartnerin 23, ohne Altersangabe).

5.6.4 Zusammenfassung

Zusammenfassend wird für den Bildungsbereich deutlich, dass jüdische Kinder, Jugendliche wie auch Studierende nicht nur antisemitische Angriffe, sondern auch institutionelle Ausschlüsse erfahren. Nach dem 7. Oktober treten exkludierende Strukturen noch deutlicher hervor, die jüdischen Schüler*innen und Studierenden die Teilhabe am Alltag öffentlicher Bildungseinrichtungen erschweren. Thematisiert werden Praktiken des institutionellen Nichthandelns als Form struktureller Exklusion: Wenn eine Schülerin einen antisemitischen Angriff meldet und ihren Angaben nach keine Reaktion darauf erlebt, ein Studierender als Reaktion auf eine Reihe von Beschwerden mit Ablehnung rechnet, verweist dies auf institutionelle Leerstellen und fehlenden Schutz. An Schulen zeigen sich Praktiken räumlicher und sozialer Exklusion, unter anderem wenn jüdische Kinder in jüdischen Einrichtungen nur unter Wachschatz lernen können und dadurch vom Alltag anderer Kinder abgesondert sind. Es findet dadurch eine soziale Markierung statt, die jüdische Familien aus Schutz- und Sicherheitszwängen von anderen auf Dauer separiert.

In nichtjüdischen Einrichtungen wie Schulen und Hochschulen sind jüdische Schüler*innen und Studierende hingegen antisemitischen Markierungen potenziell ausgesetzt. Ihre Teilhabe an der formalen Bildung ist damit eingeschränkt und mit Sicherheitsabwägungen der Eltern verknüpft – sowohl in Bezug auf jüdische als auch nichtjüdische Bildungsinstitutionen. Die Sorge vieler jüdischer Eltern vor potenziellen Verletzungen und Angriffen führt zu routinierter (aufgezwungener) Vorsicht und in manchen Fällen auch zum Rückzug. Für jüdische Kinder bedeutet dies eingeschränkten Zugang zu gemeinschaftlichen und öffentlichen Lern- und Sozialisationsräumen, wodurch ihre Teilhabe am sozialen Leben potenziell reduziert wird. Es zeigen sich zudem Praktiken der Verantwortungsdelegation, etwa durch die Verlagerung von pädagogischer Vermittlung auf jüdische Eltern im Klassenraum, ebenso wie Praktiken der Tabuisierung und vereinzelt auch offene Agitation, beispielsweise wenn an Hochschulen einseitige oder offen antizionistische Seminarlektüren ausgegeben werden. In Interviews wird sowohl die fehlende Unterstützung in einer akuten Krisensituation als auch die Einschränkung von Schutz, Fürsorge und akademischer Freiheit thematisiert. Nach dem 7. Oktober werden die Exklusionspraktiken einfacher als zuvor legitimiert, als politisches Handeln umgedeutet und damit zunehmend enttabuisiert. Spezifisch für den Hochschulkontext sind Praktiken politischer Mobilisierung und die unkritische Übernahme antisemitischer Narrative auf institutionellen Ebenen – mitunter auch in diversen Hochschulgremien.

Thematisiert wird auch, dass die Schaffung von inkludierenden Räumen für jüdische Studierende nicht als selbstverständlich anerkannt, sondern in Konkurrenz zu anderen Gruppen gestellt wird.

Im Unterschied zu Schulen zeigt sich im Hochschulkontext eine raumgreifende Dimension des politischen Antisemitismus. Jüdische Studierende erfahren Antisemitismus nicht nur durch Kommiliton*innen als Peers und in Lehrkontexten, die antisemitische politische Mobilisierung umfasst auch Räume und bewegt Massen. Sie manifestierte sich nach dem 7. Oktober unter anderem in Hörsaalbesetzungen, die teilweise mit offen antisemitischen, Juden*Jüdinnen exkludierenden und den Terror verherrlichenden Symbolen und Inschriften einhergingen. Diese erzeugen bei jüdischen Studierenden ein reales Bedrohungsgefühl – verstärkt durch die Erfahrung, dass Teile ihres Umfeldes solche Aktionen aktiv unterstützen. Damit verdichtet sich die Erfahrung mehrfacher Marginalisierung und mangelnden Schutzes, den Studierende verstärkt bei selbstorganisierten Gruppen oder externen Beratungsstellen suchen.

5.7 Thematisierung des Kriegs im Gazastreifen und der politischen Situation in Israel

In den offenen Interviews und Gruppendiskussionen wurde nicht gezielt nach der Wahrnehmung der Situation im Gazastreifen und in Israel gefragt. Gleichwohl nehmen zahlreiche Studienteilnehmer*innen von sich aus Bezug darauf. Der politische Diskurs in Israel, die andauernden Raketenangriffe und Terroranschläge gegen Israel sowie das Wissen um die Qualen der gefangenen Geiseln, die hohen Opferzahlen, das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung und die Zerstörung der Infrastruktur im Gazastreifen bilden Dimensionen, die für die Studienteilnehmer*innen in die Verarbeitung der Ereignisse seit dem 7. Oktober einfließen. Dabei thematisieren israelische Studienteilnehmer*innen auch ihre lebensgeschichtlichen Erinnerungen und Beziehungen zu den Personen und Orten des Massakers und des Kriegs. Verschiedene Interviewpartner*innen formulieren sowohl die Schwierigkeit, eine innerjüdische Sprache für den Krieg im Gazastreifen zu finden, als auch die Herausforderung, sich im nichtjüdischen Umfeld in Deutschland zur israelischen Politik zu äußern, ohne eine antisemitische Instrumentalisierung als jüdische Stimme zu legitimieren. Studienteilnehmer*innen thematisieren Ausblendungen von Verantwortlichkeit und Betroffenheiten sowie die Komplexitätsreduktion, die sie in der Aushandlung der Ereignisse in Deutschland wahrnehmen. Die politischen Räume und intersektionalen Bündnisse für Jüdinnen*Juden erweisen sich – unabhängig von ihrer politischen Positionierung – als zunehmend enger. Der Austausch über die eigene Wahrnehmung des Kriegs und der politischen Zustände im Gazastreifen und in Israel muss daher oft eigeninitiativ organisiert werden und gelingt nicht immer.

5.7.1 Biografische Nähe zu den Orten des Geschehens

Israel, der benachbarte Gazastreifen und die am 7. Oktober überfallenen Orte sind für die meisten der Studienteilnehmer*innen keine abstrakten Regionen. Es sind innerlich bebilderte Gegenden, die mit ihrer Familiengeschichte und ihnen selbst biografisch eng verbunden sind, wo nahe Verwandte ihren Alltag leben, wo Beziehungen und dichte Erinnerungen zu konkreten Personen, Orten und Ereignissen bestehen. Insbesondere Studienteilnehmer*innen mit eigenen oder familiären Bezügen im südlichen Israel thematisieren diese Verbindungen und Beziehungen, vereinzelt auch zu Personen aus dem Gazastreifen.

Nach der Staatsgründung Israels und dem Angriffskrieg der arabischen Nachbarstaaten im Jahr 1948 lebten die Menschen im Gazastreifen von 1949 bis 1967 unter ägyptischer Militärherrschaft. Im Zuge des Sechstagekriegs 1967 wurde Gaza von Israel besetzt, bis der Streifen infolge des Gaza-Jericho-Abkommens 1993 in Teilen unter palästinensische Selbstverwaltung gestellt wurde (vgl. Baumgarten 1995). Im Jahr 2005 evakuierte Israel die rund 9000 israelischen Siedler*innen, das israelische Militär zog danach vollständig aus dem Gazastreifen ab. Die Hamas stand und steht in Rivalität zur palästinensischen Konkurrenz Fatah (vgl. Baumgarten 2005). Im Jahr 2006 wurde die islamistische Hamas im Gazastreifen gewählt, putschte sich 2006 an die Macht, vertrieb die Fatah und begann ihre diktatorische Alleinherrschaft mit dem erklärten Ziel der Bekämpfung und Vernichtung Israels. Die Hamas gilt aufgrund der regelmäßigen Raketenangriffe und des systematischen Tunnelbaus zur Durchführung von Anschlägen als fortwährende Bedrohung für Israel. Als Reaktion setzte Israel auf eine Politik der Blockaden von Zufahrtswegen auf der israelischen Seite, wiederholte Luftangriffe auf militärische Infrastruktur in Gaza, zeitweise Bodenoperationen sowie die Sicherung der Grenzanlagen auf israelischer Seite. (vgl. Seligmann 2015) Auch Ägypten legte, unter anderem aufgrund der unterirdischen Tunnel und des illegalen Waffentransport, eine Sicherheitszone an seiner Grenze zum Gazastreifen an und beteiligte sich an der Blockade (vgl. Bachmann 2024).

Gleichwohl gab es über die zurückliegenden Jahrzehnte hinweg persönliche Kontakte zwischen Gazaner*innen und Israelis. Bis Oktober 2023 verfügten zehntausende Palästinenser*innen aus dem Gazastreifen über eine Arbeitsgenehmigung in Israel. Zudem gab und gibt es neben der Friedensarbeit auch Projekte im Bereich der medizinischen Versorgung, an denen auch einige der ermordeten und entführten Israelis ehrenamtlich mitgewirkt hatten (vgl. Mohar 2023). Allein aus der Organisation “The Road to Recovery” wurden am 7. Oktober sieben israelische Ehrenamtliche entführt und ermordet. Zahlreiche weitere Ehrenamtliche verloren Angehörige, einige mussten evakuiert werden. Dennoch setzte die Organisation, ähnlich wie andere Friedensinitiativen, ihre Arbeit fort (vgl. The Road to Recovery 2025). Die Täter des 7. Oktober sind damit insbesondere für Israelis aus den Grenzregionen,

Kibbuzim und Kleinstädten im Süden Israels nicht nur Unbekannte – zum Teil waren es Mitarbeiter*innen oder Projektpartner*innen, die sich am Massaker beteiligten und ihr Wissen über die Orte und Menschen dabei einsetzten.

In einer hebräischsprachigen Gruppendiskussion mit Israelis thematisiert eine Studienteilnehmerin diese Dimension anhand ihrer biografischen Nähe zum Ort des Geschehens vom 7. Oktober. Sie ist in einem Ort im Otef-Aza, dem Gürtel an der israelischen Grenzseite des Gazastreifens, aufgewachsen. Der Otef-Aza steht exemplarisch für die dauerhafte Verwundbarkeit der israelischen Zivilbevölkerung durch Angriffe aus dem Gazastreifen und wurde am 7. Oktober 2023 zum Hauptschauplatz der Massaker und Geiselnahmen durch die Hamas. In der Sequenz geht sie darauf ein, dass sie Menschen aus Gaza aus ihrem Alltag als Kind kenne. Sie erinnere sich beispielsweise an einen Gärtner aus Gaza, der regelmäßig gekommen sei und mit ihren Eltern den Garten angelegt habe. Sie beschreibt, wie sie mit dem Konflikt, seinen Menschen und Orten, aufgewachsen, wie sie mit Kindern und Jugendlichen aus den überfallenen Kibbuzim in die Schule gegangen sei. So sei sie familiär oder lebensgeschichtlich nah verbunden mit den Opfern des Massakers, sie kenne persönlich „über 30 Menschen, die ermordet oder entführt wurden“. Neben Familienmitgliedern seien auch ehemalige Lehrer von ihr ermordet worden wie ihre frühere Englischlehrerin. Sie schildert, wie sie sich nach dem 7. Oktober in Deutschland immer wieder daran erinnere, dass sie sich nur wegen dieser Lehrerin heute auf Englisch verständigen könne:

אני באה משם, אני גדלתי. מה זה להסביר את זה הכי טוב עד השבעה באוקטובר. הגנ שלנו היה עזתי, אז אני חוויתי. יש את הקונפליקט ויש את האנשים שאני הכרתי ויש את האזור שאני מגיעה ממנו. וכמובן שאני מגיעה מאזור שאתה כבר 20 פלוס שנה עם קונפליקט ופגע בי. פגע בכיריים בצורה מאוד גדולה, אבל אף אחד לא חשב לשנייה שהשיבה באוקטובר ברמות שקרו אי פעם. יקרה כל כך הרבה דברים שאני לא כל כך הרבה קווים, שאני חשבתי שלעולם לא יחצו לעולם, לא משנה מה נחצו, בצורה שהיא כל כך טראומטית ופה מובילה את זה למה שאמרתי על עיבוד הרס הקהילה. אני התכוונתי לזה קודם כל במובן המאוד מאוד אישי שאני מכירה. מעל 30 אנשים שנרצחו נחטפו. כל חברי המשפחה, מורים שלי. אז גם עכשיו אחרי 11 חודשים אני הולכת בבוקר ופתאום אני נזכרת בעובדה שאם אני יודעת לדבר אנגלית זה כי המורה שלי לאנגלית דחפה אותי ובלעדיה לא הייתי יודעת והיא נרצחה עד לקרובי משפחה והילדים שלהם וכל כל (Teilnehmerin hebräischsprachige Gruppendiskussion).

[Übersetzung: „Ich komme von dort, ich bin dort aufgewachsen. Wie soll man das am besten erklären – bis zum 7. Oktober. Unser Gärtner war aus Gaza, also habe ich das erlebt. Da ist der Konflikt, da sind die Menschen, die ich kannte, und da ist die Gegend, aus der ich komme. Und natürlich komme ich aus einer Region, die schon seit über 20 Jahren vom Konflikt geprägt ist und die mich sehr getroffen hat. Sie hat mich und mein Umfeld in sehr großem Maße verletzt, aber niemand hätte je gedacht, auch nicht für einen Moment, dass am 7. Oktober Dinge geschehen würden, wie sie geschehen sind. Dass so vieles passieren würde, dass so viele Linien überschritten würden, von denen ich dachte, dass sie niemals überschritten würden – egal was. Und sie wurden überschritten, in einer Weise, die so traumatisch ist. Und das führt zu dem, was ich über die Verarbeitung der Zerstörung der Gemeinschaft gesagt habe. Damit meinte ich zunächst einmal etwas ganz Persönliches, das ich kenne: Über 30 Menschen, die ermordet oder entführt wurden. Mitglieder meiner Familie, meine Lehrer. Auch jetzt, nach 11 Monaten, gehe ich morgens raus und erinnere mich plötzlich an die Tatsache, dass ich nur deshalb Englisch sprechen kann, weil meine Englischlehrerin mich gedrängt hat – ohne sie hätte ich es nicht gelernt –

und sie wurde ermordet. Bis hin zu Verwandten und deren Kindern, all das zusammen. Und dass ich darüber sprechen muss, obwohl ich es eigentlich nicht will“ (Teilnehmerin hebräischsprachige Gruppendiskussion).]

Deutlich wird am Beispiel dieser Studienteilnehmerin, wie die Opfer, aber auch die Orte des Massakers und des anschließenden Kriegsgeschehens für sie keine abstrakten Begriffe sind, sondern Teil ihrer Lebensgeschichte. So spricht sie von der „Zerstörung der Gemeinschaft“ und verweist damit auf die familien- und communitybezogene Form des Terrors, der genau auf diese Zerstörung von israelischen Familien, Gemeinschaften und Gemeinwesen zielt. Der ihr Aufwachsen rahmende Konflikt sei für sie schon immer belastend gewesen – die Ereignisse des 7. Oktobers ordnet sie jedoch als zuvor unvorstellbar ein und als traumatisierend. Auch mit den Menschen im Gazastreifen verbindet sie Menschen, Namen, Gesichter, Beziehungen und konkrete Szenen und Erinnerungen aus ihrer Kindheit. Diese hohe biografische Nähe bildet für viele der Studienteilnehmer*innen einen zentralen Hintergrund, vor dem die Form der Aushandlung der Ereignisse in Deutschland als distanziert, oft kenntnislos und teilweise dehumanisierend erlebt wird. Infolge dieser Perspektivendivergenz können sich viele der Interviewpartner*innen im deutschen nichtjüdischen Umfeld nicht mit ihren Sichtweisen und Erfahrungen einbringen.

5.7.2 Anerkennung von Leid und Positionierungen

Verschiedene Studienteilnehmer*innen artikulieren das Anliegen einer universellen Anerkennung des Leids in Israel wie auch im Gazastreifen und verweisen dabei auf ihre humanistische Perspektive, teilweise auch auf ihre jüdische Ethik und Tradition. Sie gehen ein auf die Wirkung des Positionierungszwangs in Deutschland und auf die vorgezeichneten Ideen davon, was Solidarität in diesem Kontext beinhaltet. Eine Interviewpartnerin formuliert, was für sie eine propalästinensische und proisraelische Haltung bedeute, warum sie sich einem Entscheidungszwang verweigere und wie die Form des Diskurses dabei auf sie wirke:

„I have (.) felt a lot lately like (..) you either (.) are pro-Israel or pro Palestine (.) and that for me is very hard because (..) I am pro Palestine (.) I’m just pro Palestine without Hamas (.) I’m pro Palestine without terrorism (..) and the same I’m pro-Israel without (.) the extremist rights (..) and (..) I don’t want to have to pick and choose between one or the other (.) and I think (.) this has been really hard on me (..) because it feels like (.) everyone that I know is only pro Palestine (.) and I just can’t (.) comprehend how (..) October 7th is just nothing (..) or that it was justified (.) or that (..) like (.) rape is not a tool for war I’m sorry like this (.) it should not be normalized“ (Interviewpartnerin 40, Ende 20).

Deutlich wird in dieser Sequenz, wie die mehrheitliche Positionierung als „pro Palestine“ sowie die verbreiteten Rechtfertigungen des 7. Oktober es der Interviewpartnerin erschweren, eine ausgewogene solidarische Haltung für Israelis und Palästinenser*innen in ihrem sozialen Umfeld einzunehmen. Sie verwehrt sich einer Normalisierung der Verleugnungen und nennt als Beispiel die Relativierung der Vergewaltigungen am 7. Oktober. Beispielhaft deutlich wird hier, wie die

festgelegten Diskurslinien und der Zwang einer einseitigen Positionierung es jüdischen Personen erschweren, sich mit ihrer eigenen Stimme und Sichtweise für das Selbstbestimmungsrecht von Palästinenser*innen, insbesondere von Gazaner*innen unter der Hamas-Herrschaft auszusprechen, ohne die Verleugnung und Relativierung des Massakers dabei hinzunehmen. Eine in Israel aufgewachsene Interviewpartnerin verweist, ähnlich wie andere Interviewte, auf die Bedeutung ihrer Menschlichkeit („humanity“), wegen der sie das Leid von Zivilist*innen universell wahrnehme und nicht ignorieren könne. Das Konzept der Menschlichkeit markiert sie dabei als zentrale Orientierung im Sinne einer Mitmenschlichkeit, die sie in der Vergangenheit nie verloren habe und in der Zukunft nie verlieren werde. Sie beschreibt, wie sie sich gefangen sieht zwischen unterschiedlichen Erwartungen und Positionierungszwängen. So sei sie von anderen Israelis als „traitor“ bezeichnet worden, als sie Mitgefühl für palästinensische Zivilist*innen ausdrückte, während ihr von ihrer Community in Deutschland vorgeworfen worden sei, sich nicht genug zur Situation im Gazastreifen zu äußern. Sie führt ihre Haltung und ihren Zwiespalt aus:

„[...] those are civilians on the other side suffering and i'm not gonna ignore that, especially now (..) I have never lost my humanity (..) I will never lose my humanity (..) for (..) any group of people (..) especially children and women and civilians [...] when I did show compassion to (..) the other side a little bit I was attacked by fellow Israelis ((laughs)) (..) as a traitor (..) because I showed some compassion to civilians on the other side (..) and (..) I have been attacked also (..) a little bit from (..) my own community here (..) for (..) maybe not speaking up enough for (..) what's happening in Gaza so I'm kind of stuck between (..) these two (..) thing“ (Interviewpartnerin 11, Ende 30).

Eine in Israel aufgewachsene, sich im Interview als antizionistisch positionierende Interviewpartnerin beschreibt den 7. Oktober als eine Erfahrung, die ihr schon zuvor bestehendes Engagement in politischen Gruppen zusätzlich verstärkt habe. Sie ordnet den 7. Oktober als einen Moment der Radikalisierung ihrer Sichtweisen und Positionen ein:

„[...] before I was just a leftist (..) that now I'm (..) I'm really ((longer pause)) I'm like a (..) yeah (..) a very radical leftist“ (Interviewpartnerin 22, Ende 20).

Sie spricht im Interview konsequent von „Israel-Palestine“ und bringt ihre eigene jüdische Identität und Geschichte als Motiv ein, sich für die Selbstbestimmung von Palästinenser*innen im Gazastreifen und in der Westbank einzusetzen. Im Unterschied zu anderen Interviewpartner*innen zieht sie dabei nicht primär die Terrororganisationen in Verantwortung, sondern die israelische Regierung:

„it's because of (..) ((laughs)) (..) of the (..) of my Judaism at least that I (..) that I resist because of (..) the Jewish history that I know and still learning ((longer pause)) that I'm vocal about those things“ (Interviewpartnerin 22, Ende 20).

Die Interviewpartnerin beschreibt in ihrer Erzählung die Komplexität ihrer Situation. Familienangehörige seien als Soldat*innen in den Krieg im Gazastreifen involviert („so my family are

now in Gaza“) und sie kenne Menschen, deren Angehörige als Geiseln dort festgehalten würden. Sie sehe es nicht als „contradiction“, sich zugleich für das Selbstbestimmungsrecht von Palästinenser*innen einzusetzen. Es sei schwer, Menschen in Deutschland die Lage und ihre Position darin zu erklären:

„I know people (..) that their families are in Gaza right now (..) like (..) the (..) either (..) either is (..) you know (..) so my family are now in Gaza (..) as soldiers (..) but I know people (..) who (..) their family like are (..) some of the hostages (..) in Gaza (..) so that's also like (..) very (..) hard (..) I mean I don't (..) I don't see it as a contradiction but I find it (..) hard to (..) explain to people (..) or (..) make people (..) I guess understand it's like the (..) you know (..) that (..) stopping the war (..) and (..) the siege (..) on Gaza and (..) everything that is happening there (..) is (..) for the benefit of the hostages as well (..) cause we can not bring them back through more war (..) we (..) need to have a deal“ (Interviewpartnerin 22, Ende 20).

Die Interviewpartnerin verdeutlicht ihre Nähe zum Kriegsgeschehen und zu den Geiselnahmen und verbindet dies mit deutlicher Kritik am Handeln der aktuellen israelischen Regierung. Sie betont, ähnlich wie andere Studienteilnehmer*innen, dass die Forderung nach einem Ende des Krieges und der Blockade des Gazastreifens nicht im Widerspruch zur Solidarität mit den Geiseln stehe. Deren Befreiung könne nicht durch „more war“, sondern durch politische Vereinbarungen erreicht werden.

Deutlich wird in den überwiegend im Frühjahr und Sommer 2024 geführten Interviews, wie die Interviewpartner*innen um eine eigene Position ringen angesichts der Dynamik des Kriegsverlaufs und des wiederholten Scheiterns, die als Geiseln gefangengehaltenen Menschen durch Abkommen mit der Hamas oder durch militärische Einsätze zurückzubringen. Viele Interviewpartner*innen beschreiben sich selbst im Interview, als zerrissen zwischen einerseits der als antisemitisch strukturiert, einseitig und dehumanisierend erlebten Debatte in Deutschland – und ihren eigenen politischen Idealen und Wünschen für eine menschenwürdige Gegenwart und Zukunft in Israel und im Gazastreifen andererseits. Eine Interviewpartnerin reflektiert in einer längeren Sequenz über die Zusammenhänge zwischen dem Kriegsverlauf und der Debatte in Deutschland. Ähnlich wie andere Interviewpartner*innen sucht sie eine eigene Position und formuliert, es gebe „eigentlich so eine (..) menschlich (..) vernünftige [...] Position bei der ich so das Gefühl habe es geht um Menschenleben auf beiden Seiten“. Dem entgegen steht in ihrer Beobachtung eine Schwierigkeit in Deutschland, diese Gleichzeitigkeit auszuhalten und anzuerkennen:

„[...] ich finde das ist also sozusagen aus so einer aus so einer ganz weiden Perspektive geguckt so fatal nicht nur weil irgendwie diese humanitären (..) diese humanitäre Katastrophe in Gaza so fatal ist und so fatal ist dass man so auf gar keinen Fall auch nur irgendeine Geisel zurückholen wird (..) sondern weil es auch so Wasser auf die Mühlen ist für die (..) die von Anfang an (..) und aus wirklich tief antisemitischen (..) Sümpfen heraus (..) irgendwie Israel dämonisieren und ja schon gesagt haben das ist alles Genozid noch bevor irgendwie (..) also ne sozusagen als es noch der Moment war in dem es tatsächlich um ein Recht auf Selbstverteidigung ging ((längere Pause)) [...] es gibt eigentlich so eine (..) menschlich (..) vernünftige (..) Posi/ oder es gibt die eine Position bei der ich so das Gefühl habe es geht um

Menschenleben auf beiden Seiten und es geht darum irgendwie eine Lösung zu finden (.) wie Menschen leben können (.) die einen und die anderen und es scheint aber so irre schwierig für(.) für so viele und das scheint in Deutschland finde ich extrem zu sein (..) diese (.) also diese Gleichzeitigkeiten irgendwie (.) anerkannten und aushalten zu können und zu sagen (.) es gibt nicht die eine Seite gut und die andere Seite böse [...]“ (Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

Die Sequenz bildet die Herausforderung von Interviewpartner*innen ab, die die direkten Dämonisierungen Israels und die Schuldumkehr nach dem 7. Oktober in Deutschland erleben, die um die Geiseln bangen und zugleich den Sinn und die Ziele des Kriegsverlaufs zunehmend bezweifeln. Deutlich wird in dieser Sequenz zudem, wie es dieser und anderen Interviewpartner*innen mit familiären Bezügen nach Israel um eine langfristige Lösung für Menschen im Gazastreifen und in Israel geht („es geht darum irgendwie eine Lösung zu finden (.) wie Menschen leben können“).

5.7.3 Kritik an unterschiedlichen Ausblendungen von Leid und Verantwortung

Studienteilnehmer*innen beschäftigt, dass die in Deutschland und international geführten Diskurse zum Krieg in Israel und im Gazastreifen von Ausblendungen geprägt seien, beispielsweise was die Rolle der Nachbarstaaten betreffe, die einseitigen Forderungen an Israel oder die Betroffenheit arabischer Israelis vom Terror gegen Israel. Einzelne Interviewte schildern zudem, dass sie die Ausblendung der Folgen des Kriegs im Gazastreifen durch Familienangehörige oder jüdische Freund*innen beschäftige. Sie ordnen die aktuelle israelische Regierung sowie die zivilen Opfer im Gazastreifen als Themen ein, die in der jüdischen Community teilweise kontrovers diskutiert und mitunter ausgeklammert würden. Interviewpartner*innen formulieren, dass es sie schmerze zu sehen, wenn nahestehende Personen diese Themen anders zu erleben schienen als sie selbst. Das betrifft auch den familiären Kontext, wie in der folgenden Sequenz deutlich wird:

„also meine Mutter zum Beispiel hat (.) ein paar Mal so Kommentare (.) gesagt die (.) die sozusagen ein (..) eine Abwesenheit von Mitgefühl für die andere Seite wenn auf der anderen Seite Menschen sterben vermuten lässt (.) was mich etwas gestört und fast erschrocken hat und (.) da (.) habe ich (.) mich in der (..) wie kann man das denn sagen (.) in der Pflicht gesehen meine Mutter daran zu erinnern dass das auf der anderen Seite auch Menschen (.) sind und vor allem dass das (.) sozusagen an der (.) Qualität der eigenen (.) Menschlichkeit nagt wenn man kein Mitgefühl dafür empfindet (.) obwohl einem (.) oder dem eigenen Volk (.) etwas so schlimmes passiert ist (.) genau (.)“ (Interviewpartner 36, Mitte 30).

Der Interviewpartner sieht seine „Pflicht“ darin, seine Mutter „daran zu erinnern“, dass „auf der anderen Seite auch Menschen (.) sind“. Ähnlich wie andere Studienteilnehmer*innen begründet er sein Anliegen mit der eigenen Menschlichkeit, für die Mitgefühl entscheidend sei.

In diesem Zusammenhang gehen Interviewpartner*innen auf Ausblendungen ein, die aus ihrer Sicht den dominanzgesellschaftlichen und vorherrschenden Diskurs über den Gazastreifen in Deutschland prägen: Ausgelassen würden der andauernde Raketenterror gegen Israel vor und nach dem 7.

Oktober, die Mitverantwortung arabischer Nachbarstaaten für die Situation der Palästinenser*innen oder auch die Betroffenheit arabischer Israelis von den Angriffen gegen Israel. Eine Interviewpartnerin nutzt hierfür den Begriff „Doppelmoral“ und kritisiert in diesem Zusammenhang undifferenzierte und einseitig an Israel gerichtete Forderungen nach einer Waffenruhe:

„[...] der Ruf nach einer Waffenruhe (.) so laut geworden ist (..) dass vergessen wird was eine Waffenru/ also was eigentlich wirklich gefordert wird (..) nämlich das Israel sich einfach hinstellt und es einfach akzeptiert (.) und sich weiter beschießen lässt [...] ich hab das Gefühl (..) alles, was im Gaza Streifen passiert wird zu (.) zu Israel Verantwortung gemacht [...] das sehe ich anders (.) seit (.) 2005 (.) zumindest (.) seit Israel sich zurückgezogen hat aus dem Gaza Streifen (.) ihre (.) Leute (.) relokalisiert hat [...] diese Doppelmoral irgendwie, Ägypten wird nicht (.) wird nicht (.) dafür so an den Pranger gestellt was am (.) am Checkpoint von Rafah passiert (.) ich glaub die meisten Leuten wussten das einf/ oder wissen das gar nicht (.) dass es da diesen Check/ also dass da auch eigentlich Hilfsgüter reinkommen können (.) und dass alle arabischen Länder sagen (.) die Palästinenser nehmen wir nicht (.) und das wird aber alles nicht angefragt“ (Interviewpartnerin 2, Ende 30).

Interviewte erwähnen, dass die binären Zuordnungen und Täter*innen-Opfer-Zuschreibungen, die in der Debatte in Deutschland vorgenommen würden, nicht den tatsächlichen Betroffenheiten entsprächen. So thematisieren Interviewpartner*innen, dass auch arabische Israelis vom andauernden Raketenterror gegen Israel betroffen seien und während des Massakers am 7. Oktober ermordet, als Geiseln in den Gazastreifen entführt und gequält worden seien. Im Diskurs in Deutschland werde das Leid arabischer und muslimischer Menschen ausschließlich im Gazastreifen verortet, während das Leid arabischer Israelis durch den Terror nicht in die vorherrschenden Diskurslinien passe und ausgeblendet werde. Eine Interviewperson thematisiert, dass es darum wichtig sei, die Zielgruppe der Täter*innen und die Betroffenen und Opfer des 7. Oktober als israelisch zu sehen.

„es kann nicht sein dass um (.) zu sagen (.) Menschen im Gazastreifen brauchen Hilfe man (.) sexualisierte Gewalt an israelische/ und ich sage auch bewusst israelischen Frauen (.) nicht jüdische Frauen weil es waren (.) nicht nur jüdische Frauen also auch unter den (.) Geiseln die immer noch im Gazastreifen sind oder auch im Gazastreifen waren sind genug (.) arabische Israelis, auch gerade (.) das ist ja (.) finde ich dann immer das absurde“ (Interviewpartnerin 12, Anfang 20).

Deutlich wird in den Erzählungen der Interviewpartner*innen, wie vertraut ihnen einerseits die seit Jahrzehnten wiederkehrende, diskursive Zentrierung des palästinensisch-israelischen Konflikts ist, wie aber andererseits das neue, globale Ausmaß der antisemitischen Ideologisierung und Mobilisierung nach dem 7. Oktober sie beunruhigt. Eine Interviewpartnerin geht im zweiten Interview nach der Selbstbeobachtung auf ihre Wahrnehmung der Dynamik ein: Sie nehme ein Massenphänomen wahr, einen „gewisse[n] Trend“: Menschen würden sich „diesem ganzen Hass“ anschließen, um Teil der Mehrheit zu sein. Zudem nehme sie wahr, dass „viele Menschen sich einfach nicht Gedanken machen wem sie da hinterherlaufen“:

„[...] also ich glaube schon dass diese ganze (.) Israel Gaza und so weiter ne dass das dieser (.) dass das gerade einfach irgendwo auch (.) ein gewisser Trend ist (..) und viele Menschen dem einfach hinterherlaufen diesem ganzen Hass weil das halt gerade weil man das halt gerade so macht und weil man ja irgendwo auch teilhaben möchte und (.) Teil der Masse sein möchte und (.) viele Menschen sich einfach nicht Gedanken machen wem sie da hinterherlaufen“ (Interviewpartnerin 43, Mitte 40, 2. Interview nach Selbstbeobachtung).

Die Interviewpartnerin thematisiert in diesem Auszug eine weitere Form von Ausblendung: In ihrer Wahrnehmung hat der Themenkomplex „Israel Gaza“ einen Trendstatus. Menschen wollten Teil von „diesem ganzen Hass“ sein, „weil man das halt gerade so macht“. Aus dem Interviewkontext geht hervor, dass sie damit Hass gegen Israel meint. Im Bild des gedankenlosen Hinterherlaufens beschreibt die Interviewpartnerin möglicherweise ihre Beobachtung, dass sich Menschen oftmals nicht näher mit den hinter der Mobilisierung stehenden Organisationen befassen, die teilweise terroristische Organisationen und Täter*innenorganisationen des 7. Oktober sind.

5.7.4 Auseinandersetzung mit der eigenen Beziehung zu Israel

Einige Studienteilnehmer*innen positionieren sich im Laufe der Interviewerzählung kritisch bis ablehnend zur aktuellen israelischen Regierung. Der Wunsch nach einem Regierungswechsel und Änderungen des politischen Kurses in Israel wird vielfach thematisiert. So sagt beispielsweise diese in Israel geborene und aufgewachsene Person:

„and yeah surely the Israeli government sucks (.) and I’m (.) very interested in having a completely different parliament“ (Interviewperson 11, Ende 30).

Zugleich wird die Schwierigkeit formuliert, sich als Israeli in nichtjüdischen Kontexten mit der eigenen kritischen Position zur aktuellen israelischen Regierung zu zeigen, da in Deutschland vielfach Erfahrungen mit antisemitischen Lesarten und Deutungen der Situation in Israel gemacht würden. Eine israelische Interviewpartnerin schildert, dass ihre Kritik an Israel in Deutschland wie eine Bestätigung für israeldämonisierende Diskurse genutzt werde, weshalb sie zu diesem Thema mit nichtjüdischen Deutschen „nicht wirklich offen“ reden könne:

„man kann nicht wirklich offen über das Thema reden hab ich das Gefühl weil (.) wenn ich Israel kritisiere dann ist das eine Bestätigung dass (.) dass Israel ein (.) ein Monster ist (..) ein Aggressor ist“ (Interviewpartnerin 1, Anfang 40).

In verschiedenen Interviews wird die als ungerecht erlebte Inverantwortungnahme (Kollektivzuschreibung von Verantwortung?) aller Jüdinnen*Juden für die jeweils aktuelle israelische Regierung thematisiert, die Studienteilnehmer*innen auch schon Jahre vor dem 7. Oktober erlebten. Interviewpartner*innen betonen, dass viele Israelis ihre Forderungen nach einer anderen israelischen Innen- und Außenpolitik sowie ihre Wut über die Entscheidungen der aktuellen Regierung in großen

und seit Jahren andauernden Protesten und Demonstrationen in Israel zeigen würden. So sagt eine deutsch-israelische Interviewpartnerin:

„da ist viel zu kritisieren ja, also das (.) mir ist das total wichtig zu sagen ich bin wirklich nicht jemand (.) und ich mein (.) ganz Israel geht auf die Straße (.) seit (.) seit Monaten schon vor dem 7. Oktober geht gegen Netanyahu (.) zu Recht“ (Interviewpartnerin 2, Mitte 30).

Die oben zitierte Interviewpartnerin positioniert sich in ihrer Eingangserzählung als säkulare Jüdin und als politisch linksstehend. Diese politischen Selbstverortungen zeigen sich als ein Strukturmerkmal der Interviews. Sie können als Bedürfnis gedeutet werden, den vorherrschenden Zuschreibungen an und Fremdthematisierungen von Jüdinnen*Juden in Deutschland die eigene Selbstverortung, die eigene Stimme entgegenzusetzen. Sie können aber auch als Auswirkung des gesellschaftlichen und politischen Drucks auf Jüdinnen*Juden und insbesondere Israelis gedeutet werden, sich proaktiv und explizit zu distanzieren – je nach Gegenüber und Kontext kann diese Erwartung von einer Distanzierung von der aktuellen israelischen Regierung bis zur Distanzierung von Israel als Staat insgesamt reichen. So scheint ein Sprechen über die eigene Betroffenheit von der Gewalt im Kontext der Angriffe gegen Israel möglicherweise erst legitimiert werden zu müssen durch eine politische Selbstverortung und eine Distanzierung von der aktuellen israelischen Regierung.

Zugleich bringt der 7. Oktober für viele Juden*Jüdinnen in der Diaspora eine Neuorientierung und Klärung oder Neujustierung ihrer Beziehung zu Israel mit sich. Die Möglichkeit, angesichts der für Jüdinnen*Juden bedrohlichen „Weltlage“ Aliyah zu machen, also nach Israel einzuwandern, oder als Israeli nach Israel zurückzukehren, wird in vielen Interviews thematisiert, wie beispielsweise im folgenden Auszug:

„wenn ich muss (..) natürlich gehe ich nach Israel, wo soll ich denn sonst hin so ((lacht)) (.) einfach (.) also (.) wenn ich so die Weltlage betrachte (.) und ich bin wir/ ich bin kein Fan von der israelischen Regierung überhaupt nicht und das ist so viel was man kritisieren muss daran“ (Interviewpartnerin 29, Mitte 30).

Das Massaker, der andauernde Terror und der Antisemitismus gegen jüdische Communities in aller Welt führen vielen der Studienteilnehmer*innen erneut und teilweise erstmalig vor Augen, dass sie Israel als Ort haben, wohin sie auswandern könnten, wenn sich die antisemitische Bedrohungslage in Deutschland weiter verschärfen sollte. Die Folge ist ein neues Sich-in-Beziehung-setzen zum Land. In den Interviewnarrationen wird deutlich, wie dieser Prozess sowohl mit einer konkreten Auseinandersetzung mit den innergesellschaftlichen Spannungen als auch mit einer neuen emotionalen Nähe und Identifikation verbunden sein kann. Deutlich wird dabei, dass viele der Studienteilnehmer*innen mit Israel primär Alltag, Familiengeschichte und Erinnerungen verbinden

und das Land mit seiner Geschichte und Gegenwart – im Kontrast zum gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland – nicht auf das Kriegsgeschehen und die aktuelle Regierung reduzieren.

5.7.5 Zusammenfassung

Im Datenmaterial zeigt sich ein Prozess der Realisierung und Verarbeitung der Ereignisse im Gazastreifen und in Israel sowie der Angriffe durch den Iran und seine Proxys. Die Interviewpartner*innen ringen um eine für sie stimmige Sprache und Deutung sowie um ihre eigene politische und moralische Position zum Kriegsverlauf und zu den politischen Verhältnissen. Ein in den Interviews wiederkehrendes Thema ist die Frage, was für die einzelne Person Menschlichkeit in der aktuellen Situation bedeutet. Die per Videobotschaften übermittelten Qualen der von den Terrororganisationen im Gazastreifen gefangenen Geiseln, der Raketenterror gegen zivile Ziele in Israel, der Kriegsverlauf und das Leid der im Krieg lebenden Zivilbevölkerung im zunehmend zerstörten Gazastreifen sind andauernde Themen, die emotional aufwühlen und moralische sowie politische Fragen und Positionierungen adressieren. Die Studienteilnehmer*innen problematisieren Erwartungen und Positionierungszwänge an sie als jüdische Person sowie die Schwierigkeit der innerjüdischen Kommunikation und der Kommunikation mit dem nichtjüdischen Umfeld. Einige thematisieren, wie die verbreiteten Dämonisierungen Israels sowie die nach dem 7. Oktober gemachten Erfahrungen es erschweren und sie davon abhalten, sich im nichtjüdischen Umfeld zu Israel und zum Krieg im Gazastreifen zu äußern. Für manche ist der 7. Oktober ein Moment, der politisches Engagement aktivierte: Einzelne Interviewpartner*innen setzen sich von Deutschland aus für die Befreiung der Geiseln ein, eine Interviewperson erzählt von verstärktem Engagement in propalästinensischen Gruppen. Verschiedene Interviewte kritisieren Vereinfachungen der komplexen Interessenslagen im Nahen Osten, wie beispielsweise durch die Ausblendung der Betroffenheit arabischer Israelis, die Dethematisierung der Rolle des Iran und Katars sowie die Verantwortung der arabischen Nachbarstaaten für die Lage der Palästinenser*innen. Insgesamt verweisen die Interviews auf eine Polyphonie jüdischer und israelischer Perspektiven. Dabei lassen sich die meisten Interviews nicht eindeutig kategorisieren als eine bestimmte politische Position. Vielmehr zeigen sich oft innerhalb einer Interviewerzählung verschiedene Suchbewegungen und politische Einordnungen des Krieges in Gaza und des politischen Geschehens in Israel. Dabei sind die Studienteilnehmer*innen selbst Betroffene der Gewaltdynamiken, um die es geht. So findet sich in vielen Interviews eine deutliche Kritik an und Distanzierung von der aktuellen israelischen Regierung bei gleichzeitiger Neuorientierung an Israel als potenziellem Schutzraum für Jüdinnen*Juden.

5.8 Innerjüdische Kohäsion

Die Erfahrungen von Exklusion und Antisemitismus in allen sozialen Sphären und die Invalidation von Gefühlen und Erfahrungen im nichtjüdischen Umfeld führen dazu, dass die Studienteilnehmer*innen verstärkt nach Rückhalt in jüdischen Räumen suchen. Die innerjüdische Kohäsion nach dem 7. Oktober umfasst digitale wie analoge Sphären und entsteht sowohl in selbstorganisierten Formen als auch durch die Inanspruchnahme spezialisierter Beratungs- und communityorientierter Angebote. Zunächst wirkt sie gemeinschaftsstiftend bei der Verarbeitung der Überwältigung, wird jedoch zugleich ambivalent beschrieben: teils als spannungsvoll und konflikthaft, teils als sinnstiftender Moment kollektiver Identifikation. Deutlich werden eine innerjüdische Inklusion als scharfer Kontrast zur erlebten Exklusion von Jüdinnen*Juden in der Mehrheitsgesellschaft sowie eine Beschäftigung mit dem Communitybegriff, der teilweise auf jüdische Traditionen und transgeneracionales jüdisches Wissen ausgeweitet wird. Erkennbar ist auch ein Prozess der Neujustierung sowohl der Beziehung zu jüdischen Communities als auch der eigenen Identität durch vertiefte Reflexion (Rekonfigurierung).

5.8.1 Zusammenrücken und innerjüdische Inklusion

Auch vor dem 7. Oktober verwiesen Studien zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus auf die gefestigte Wahrnehmung, in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft auf sich allein gestellt zu sein (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2022, 2024c; Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2020). Eine Interviewpartnerin verdeutlicht im folgenden Zitat die zentrale Erfahrung, die sich für jüdische Communities im Anschluss an den Terror des 7. Oktober ergibt: die systematische Invalidation jüdischer Reaktionen und Erfahrungen durch ein soziales Umfeld, das auf die Gewalt gegen Jüdinnen*Juden häufig passiv oder gar zurückweisend reagiere. Die Interviewpartnerin führt in der Sequenz den sich verändernden Zusammenhalt innerhalb der breiten jüdischen Community zurück auf die im nichtjüdischen Umfeld ausgebliebene Unterstützung.

„und gleichzeitig und das finde ich sehr interessant (.) hab ich noch mehr das Gefühl seit dem 7. Oktober dass der Zusammenhalt in der jüdischen Community absolut angestiegen ist (.) weil man das Gefühl hat wir sind auf/ und das ist wirklich das Gefühl, ich hab das Gefühl wir sind auf uns selber gestellt“ (Interviewpartnerin 2, Mitte 30).

Die Sequenz verweist auf eine durch den 7. Oktober ausgelöste Dynamik der innerjüdischen Kohäsion. Der kollektiv erlebte Verlust und das Wegbrechen von Beziehungen wird durch Erfahrungen in verschiedenen jüdischen Räumen aufgefangen. Genannt werden unter anderem spontane Zusammenkünfte und neugegründete digitale Gruppen. Eine Studienteilnehmerin schildert den Grund für diesen Bedarf und deutet an, dass es Räume brauche, wo sie sich nicht wie üblich erklären müsse und verstanden werde:

„irgendwie so (.) beisammen sein können (..) verstanden werden ohne reden zu müssen (.)“
(Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

Mehrere Studienteilnehmer*innen sprechen von einer neuen Qualität des innerjüdischen Empowerments:

„der Zusammenhalt hat sich sehr stark verfestigt würde ich behaupten (.) das war wiederum stärkend“
(Interviewpartner 36, Mitte 30).

In verschiedenen Interviewerzählungen wird thematisiert, dass die gemeinschaftlichen (jüdischen) Praktiken, privaten Einladungen zum Essen oder Schabbat-Dinner eine Form kollektiver Bewältigung darstellen. Studienteilnehmer*innen schildern, dass es ihnen insbesondere angesichts des steigenden Drucks in den Kontakten mit dem nichtjüdischen Umfeld hilft, Zeit mit Gleichbetroffenen zu verbringen – im Wissen, dass diese den eigenen Schmerz verstehen und ähnlich erleben. Die oben bereits zitierte Interviewpartnerin beschreibt es so:

„ich hatte so das Gefühl wenn ich jetzt mich (.) mit dieser Freundin oder jener Freundin treffe (.) dann gäbe es entweder so einen (.) Erklärungsbedarf (.) oder so eine komische Lücke wenn man das ausspart (.) und (.) beides wollte ich nicht (.) ähm (.) und ich habe aber total gemerkt wie (.) wie unglaublich wohltuend das war in dem Moment (..) mit (.) jüdischen Freunden und Freundinnen zusammen zu sein“
(Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

So beschreibt eine Interviewpartnerin den Zusammenhalt in ihrer Gemeinde als einzige Ressource, die sie nach dem 7. Oktober verstärkt in Anspruch nehme:

„[...] das Einzige was halt ist ist dass der Zusammenhalt in der Gemeinde (.) größer wird (.) ich hab (..) generell angefangen (.) in den ersten Monaten (.) hatten wir so zwei, drei Treffen wo ich (.) Leute aus der Gemeinde einfach zu uns eingeladen haben (.) und (..) irgendwie was gekocht hab und wir saßen da einfach und (..) waren füreinander da und waren alle ((längere Pause)) einfach (.) zerstört (.)“
(Interviewpartnerin 10, Anfang 30).

Im obigen Zitat zeigt sich die innerjüdische Kohäsion in einem doppelten Sinne: als Stärkung innerer Bindungen und auch als Überlebensmodus in der kollektiven Krise. Die Gemeinschaft fungiert dabei nicht nur als Schutzraum, sondern auch als haltender Rahmen, in dem schmerzhaft Erfahrungen Platz haben. Der in dieser Sequenz beschriebene Zustand wird hier zwar geteilt, jedoch nicht aufgelöst: („waren füreinander da und waren alle ((längere Pause)) einfach (.) zerstört (.)“).

Eine Interviewpartnerin, Masterstudentin, betont die Bedeutsamkeit der gemeinsamen studentischen Zusammenkünfte um den Schabbat, gleich nach dem 7. Oktober:

„(.) wir haben gleichzeitig haben wir gelacht und dann 10 Minuten später haben wir wieder geweint (.) und (.) aber (.) in diesem Moment habe ich auch gespürt, wie wichtig das ist so (.) eine Community zu haben (...) und viele die (.) eigentlich nicht gläubig sind oder nicht religiös aufgewachsen sind (.)“
(Interviewpartnerin, Ende 20).

Auch weitere Studienteilnehmende heben das Zusammenrücken innerhalb jüdischer Communities hervor. Die vielfach geschilderte gegenseitige Unterstützung über innerjüdische Unterschiede hinweg erscheint als starker Kontrast im Vergleich zur ansonsten geschilderten Isolation und Exklusion von Jüdinnen*Juden in institutionellen und öffentlichen Räumen. In einzelnen Interviews wird deutlich, wie die erlebte Unterstützung die Identifikation mit der jüdischen Community verstärkt, wie beispielsweise im folgenden Auszug:

„das ist glaube ich echt das besondere an der jüdischen Community (.) es ist wirklich so (.) sorry liebe Leute aber ich bin so stolz auf diese Community gerade (.) die halt einfach ein (.) egal (.) wer du bist (.) wie alt du bist (.) woher du kommst (.) mit was für einem Background (.) wie geht's dir (.) was machst du (..) hast du Lust vorbeizukommen (.) also mich sogar (.) Orthodoxe (.) fragen ob ich Lust habe mit denen Shabbes zu machen weil (.) man gerade in dieser Zeit doch irgendwie einsam ist (.) und gerade in einer Stadt (.) die nicht gerade Berlin oder so (.) wo es so viele Angebote gibt (.) dass man jetzt gerade (.) so zusammenhalten muss (.)“ (Interviewpartnerin 6, Mitte 30).

Die Sequenz verdeutlicht, dass der jüdischen Community, unabhängig vom individuellen „Background“, gerade in Städten ohne ausgeprägte jüdische Infrastruktur eine besondere Bedeutung zukommt. Die Tradition des Zusammenkommens und der gegenseitigen Einladung unter Jüdinnen*Juden erhält eine zentrale Funktion, da sie Gemeinschaft und Nähe dort ermöglicht, wo institutionelle Angebote fehlen.

5.8.2 Inanspruchnahme von communitybasierten Angeboten

Neben der zwischenmenschlichen, selbstorganisierten Unterstützung beschreiben einige Interviewpartner*innen, wie wichtig es für sie gewesen sei, dass jüdische Organisationen und Beratungsstellen gleich nach dem 7. Oktober Angebote bereitstellten (vgl. Interviews 75, 23 oder 35). Eine Interviewpartnerin schildert, wie sie sich an eine communitybasierte Beratungsstelle gewandt habe:

„(.) und das hat mir auf jeden Fall geholfen (.) einfach zu hören, dass (.) es viele solche Menschen gibt, dass in diesem Moment, das ganz normal war und das war (.) glaube (.) eine Woche nach dem 7. Oktober“ (Interviewpartnerin 75, Ende 20).

Dabei verweisen Interviewpartner*innen auf die schnelle Reaktion und zeitliche Nähe zu den Ereignissen des 7. Oktober und drücken damit aus, dass jüdische oder communityorientierte Organisationen diese Bedarfe erkannt und die Angebote daran orientiert hätten.

In den Überlegungen zu innerjüdischem Austausch und Support spielt für manche Interviewpartner*innen die neu aufgeworfene Frage nach jüdischer Erziehung und jüdischer Identität eine wichtige Rolle. Eine Interviewpartnerin schildert die Herausforderung, ihren Kindern ein Selbstverständnis zu ermöglichen in Deutschland in einer bestimmten Stadt als säkulare jüdische Familie, für die Religion nicht an erster Stelle stehe:

„[...] (..) zwei jüdische Kinder in [Stadt B] (..) zwei jüdische Kinder in Deutschland (..) zwei jüdische Kinder in [Stadtbezirk N] (..) [...] ich hatte mich darauf glaube ich ehrlich gesagt einfach nicht wirklich vorbereitet sondern (..) für mich war das irgendwie (..) für mich war die große Frage eher immer (..) wie (..) geben wir ihnen (..) in diesem Umfeld (..) ein jüdisches Selbstverständnis mit (..) das gleichzeitig zu uns passt als (..) wirklich nicht besonders religiöse Menschen (..) [...]“ (Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

Sie geht auf das Dilemma ein, das viele jüdische Familien umtreibt, und schildert zugleich die Sorge, ihren noch kleinen Kindern den Krieg zu erklären, obwohl diese trotz ihres jungen Alters bereits gespürt und mitbekommen hätten, dass etwas geschehen sei:

„(..) dann kam dieser 7. Oktober (..) und dann war halt natürlich die allererste Frage irgendwie (..) was sagen wir den Kindern, die waren zwei (..) noch nicht ganz drei Jahre alt (..)“ (Interviewpartnerin 35, Mitte 30).

Sie fügt an, dass die Angebote einer Beratungsstelle, die sich explizit an jüdische Eltern richten, den Austausch unter jüdischen Familien fördern und solche Dilemmata thematisierten würden, ihr geholfen hätten, Strategien zu entwickeln, um ihre Kinder durch diese Zeit zu begleiten. Eine andere Interviewpartnerin, die in einer kleinen Stadt ohne umfassende jüdische Angebote lebt und deren Vorfahren aus Deutschland vor der Shoah nach Israel geflohen sind, schildert ebenfalls, wie sie nun vor der Aufgabe stehe, ihren Kindern diese Zusammenhänge zu erklären. Neben dem Geschehen in Israel umfasse dies auch die Flucht- und Verfolgungserfahrungen ihrer Familie, die neu in den Vordergrund rückten (Interviewpartnerin 64, Anfang 40). Deutlich wird, wie die Ereignisse um den 7. Oktober zu neuen Unterstützungs- und Beratungsbedarfen von jüdischen Familien führen, wobei entsprechende Angebote je nach Wohnlage unterschiedlich gut erreichbar sind.

In der Verarbeitung der Ereignisse des 7. Oktober und des Kriegs in Gaza werden Such- und Aushandlungsprozesse deutlich: Interviewpartnerinnen ringen um eine für sie stimmige Sprache und Deutung sowie um ihre politische und moralische Positionsfindung im Hinblick auf den Kriegsverlauf und die politischen Verhältnisse. Dabei wird thematisiert, dass der Positionierungszwang, die Verleugnung und Dethematisierung der Massaker sowie Fehldeutungen rund um den Konflikt eine eigenständige Positionierung erschweren. Durch Fremdthematisierung und Modi offensiver Konfrontation werden die Erfahrungen der Studienteilnehmenden zusätzlich invalidiert und dadurch die Belastungen verstärkt.

Neben selbstorganisierten Treffen, Community-Formaten und spezialisierter Betroffenenberatung werden auch digitale Räume als wichtige Ressource genannt. Eine Interviewpartnerin erzählt von einer internationalen Gruppe jüdischer Mütter in der Diaspora, die ihr helfe und sie immer kurz vor Schabbat an die weltweite jüdische Community erinnere. Eine andere Interviewpartnerin schildert, wie sie nach einem antisemitischen Übergriff Solidarität und Anteilnahme in einem digitalen israelischen Communityraum gefunden habe:

„we have like a Facebook Israeli [city] group (..) and I wrote it there, this is what happened to me, what should I do (..) and I got (..) hundred comments (..) uhm which is also beautiful about our community (..) the support is what saves me (..) not to be alone (..)“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Die Interviewpartnerin betont in dieser Sequenz die Bedeutung digitaler Gemeinschaftsräume als Ressource der Krisenbewältigung. Die dort erfahrene soziale Resonanz wird in den analogen Beziehungsraum übertragen und wirkt wie eine Korrektur zu anderen – negativen – Erfahrungen im digitalen wie auch im analogen Kontext („the support is what saves me“). Die Sequenz verdeutlicht, wie sich die binnengemeinschaftliche Kohäsion unter Bedingungen von Zurückweisung eigeninitiativ organisieren lässt. Zum anderen zeigt sich, wie viel Anstrengung und proaktives Handeln es Jüdinnen*Juden abverlangt, aus sozialen Beziehungen nicht herauszufallen und die sich kumulierende Belastung abzufedern.

Neben Halt in der Familie und in der jüdischen Community thematisieren mehrere Interviewte auch Spannungen infolge des 7. Oktober: Familienmitglieder gehen mitunter unterschiedlich mit der konstanten Anspannung und Bedrohungslage um. Die innerisraelischen politischen Konflikte durchziehen auch jüdische Familien und Bekanntenkreise – neben den Folgen des 7. Oktober stellt die politische Situation in Israel und der Krieg in Gaza eine weitere Belastung dar.

5.8.3 Auseinandersetzung mit dem Verständnis von jüdischer Community

Die Prozesse der verstärkten innerjüdischen Binnenorientierung sind neben dem stärkenden Aspekt auch von Ambivalenzen gekennzeichnet. Einige Interviewpartner*innen sehen sich herausgefordert, ihre Beziehungen zur jüdischen Community nachzujustieren, Fragen der Identität und Zugehörigkeit neu auszuhandeln. Einerseits wird die neu entstehende Nähe als bedeutsam und hilfreich bewertet, andererseits macht die Notwendigkeit der Kohäsion das Gefühl der Isolation und Entsolidarisierung in der Mehrheitsgesellschaft besonders sichtbar. Einige Interviewpartner*innen betonen ihre säkulare Lebensweise, in der der Besuch einer Synagoge nicht notwendig ist, die jedoch in Zeiten der Krise als nahezu unausweichlich erlebt wird. Eine Interviewpartnerin geht zudem auf frühere Zäsuren ein wie den Terroranschlag auf die Synagoge in Halle und hebt dabei die Verunsicherung hervor, die sie bei den Synagogenbesuchen immer noch empfinde:

„seit diesem Versuch in Halle (..) da (..) dem Anschlag hatte ich eigentlich auch gar keinen Bock mehr in irgendeine Synagoge zu gehen weil ich mir so dachte so nee (..) ich bin total unentspannt (..) weil ich immer denke es könnte was passieren (..) dann habe ich meine Kinder dabei, was haben die dann davon, die spüren ja wie unentspannt ich bin (..)“ (Interviewpartnerin 64, Anfang 40).

Im obigen Zitat zeigt sich – wie auch in anderen Lebensbereichen –, dass jüdische Eltern mit dem Dilemma zwischen Sicherheit und der Frage der Vermittlung potenzieller Gefahren für ihre Kinder konfrontiert sind. Sie bewegt der Versuch, ihre Kinder abzuschirmen, und zugleich die Frage, in welcher Form sie Krieg, Bedrohung und Antisemitismus thematisieren können. Diese Überlegungen

stehen im Kontext weiterer Abwägungen, die aus der eingeschränkten Teilhabe am öffentlichen Leben und der permanenten Notwendigkeit von Sicherheitsabschätzungen resultieren.

Die Notwendigkeit der Kohäsion zeigt sich auch hier in einer doppelten Dimension. Einerseits wird sie als Ressource erfahren, die Schutz, Nähe und gegenseitige Unterstützung ermöglicht. Andererseits wird sie mitunter als spannungsreich beschrieben, da sie neue Fragen nach Zugehörigkeit, religiöser Praxis und den Grenzen von Community aufwirft. So setzen sich einige Interviewpartner*innen mit ihrem Verständnis von jüdischer und israelischer Community auseinander, sowohl in familienbiografischer Perspektive als auch in Bezug auf die aktuelle Situation der Bedrohung durch Antisemitismus. Deutlich wird dabei, dass die Identifikation mit den Geiseln und die empfundene Anteilnahme an deren Schicksal und dem der Angehörigen ein wesentlicher Ausdruck des Communityerlebens sind. Eine Interviewpartnerin beschreibt dies, indem sie ihre physische und geistige Verbindung zu den Geiseln als Teil der eigenen Communitybindung formuliert:

„[...] I used to wake up in the middle of the night feeling (.) what's up with these (.) the hostages like (.) this (.) had provoked (..) a feeling of very strong connection to the community (.) and (.) a physical pain (.) that I am experiencing with them [...] it's important for me to express (.) from the connection that I feel that there is in the community (.) or to the community around me (.) that for me (.) I felt this is happening to me (.) I'm not saying of course (.) that I can put myself in this position (.) not even mention/ like (.) you know I'm not even comparing what I am (.) in this (.) being in [city] (.) to people that are living there or god forbid hostages (.) but in the understanding of the spiritual connection of our community (.) I could not separate myself and this was not a decision (.) that I had made (.) it's something that I was (.) a part of“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Die Interviewpartnerin verdeutlicht, dass sie den Schmerz über die Situation der Geiseln physisch erlebe und sich davon nicht abgrenzen könne. Gleichzeitig betont sie, dass sie ihre Situation in Deutschland nicht mit der Situation von Menschen in Israel und insbesondere der Lage der Geiseln vergleichen könne. Im Nachdenken über die jüdische Community als Gemeinschaft kommt sie im Interviewverlauf zudem wiederkehrend auf ihre Verbindung zu ihren Großeltern zu sprechen, die mütterlicherseits aus Deutschland flohen und Überlebende der Shoah sind. Auf der anderen, mizraḥischen Familienseite gibt es Überlebende antijüdischer Pogrome im Nahen Osten, deren Erfahrungen in der Familiengeschichte neben den Shoah-Erfahrungen eine mehrdimensionale Gewalt- und Verfolgungserinnerung konstituieren. Sie beschreibt die Überlebenskämpfe und Widerständigkeit der jüdischen Vorfahren als eine Dimension, die sie in der Gegenwart stärke, sich den gegenwärtigen Versuchen der Exklusion von Jüdinnen*Juden im öffentlichen Raum zu widersetzen.

„I took a lot of power (.) stole power from the story of my grandfather (.) from my ancestors (.) I feel like they are a little bit with me all the time [...] he helps me (.) mindfully or (.) spiritually fight (.) the battle or be able to (..) answer to strangers in the train that (.) shout at me (.) and I answer back (.) not to (.) not to be (.) victimized (.) not to be taken outside like they tried to do it all over the world (.) it's really difficult to fight it, a lot of people are just like (.) closing in (.) that's why the power of the

community is so so so important (.) because when we now we are not alone we have so much power (.) so for me the community is also (.) our ancestors (.) all the community of the people that are not physically here anymore ((longer pause))“ (Interviewpartnerin 79, Anfang 40).

Das Communityerleben dieser Interviewpartnerin und weiterer Studienteilnehmer*innen speist sich aus der gegenwärtigen erlebten Verbindung und Unterstützung, aber auch aus intergenerationalen Erfahrungen, Wissensbeständen und tradierten Aufträgen. Das Massaker des 7. Oktober aktivierte somit sowohl eine Kohäsion als auch ein Sich-(erneut)-in-Beziehung-setzen mit der familiären und kollektiven jüdischen Verfolgungsgeschichte.

5.8.4 Zusammenfassung

Die Gewalt des 7. Oktober und die dadurch mobilisierte Entgrenzung des Antisemitismus in sämtlichen Alltagssphären in Deutschland bewirkt eine Kohäsion jüdischer Communitys. In die Gedanken an die binnenjüdische Kohäsion und die Kraft der Community beziehen Interviewte auch ihre Verbindung zur jüdischen Geschichte und mit früheren jüdischen Generationen sowie ihre Verbindung zu den von der Hamas verschleppten Geiseln mit ein. Die Solidarität mit den Opfern der Massaker sowie mit den Geiseln und ihren Familien konstituiert dabei eine neue kollektive jüdische Erfahrung, die auf dem Wissen um das Überleben der Vorfahren basiert und dieses in Beziehung zur aktuellen Bedrohung setzt.

Das Zusammenrücken und Teilen von Erfahrungen unter Gleichbetroffenen helfen in der Verarbeitung der Traumatisierung und Belastung infolge des 7. Oktober. Zugleich verweist der Bedarf an innerjüdischer Kohäsion auf Prozesse der Entsolidarisierung und ist mitunter von innerjüdischen Aushandlungen und Spannungen über unterschiedlich wahrgenommene und bewertete politische Themen begleitet. Das notgedrungene Zusammenrücken ist für manche Studienteilnehmer*innen mit neuen Fragen und teilweise auch schmerzhaften Auseinandersetzungen über die eigenen Beziehungen und Bedürfnisse als jüdische Person in einer nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft verbunden – einer Mehrheitsgesellschaft, die keine haltende Umgebung bietet, Unterstützung, Schutz und Akzeptanz trotz extremer Bedrohung verweigert und zugleich zusätzliche Belastungen sowie Bedrohungen produziert.

6 Diskussion der Befunde

Die Frage, wie jüdische und israelische Gemeinschaften in Deutschland den 7. Oktober und die darauffolgenden Reaktionen wahrnahmen, einordneten und verarbeiteten, bildete den Ausgangspunkt des zweijährigen, bundesweiten Forschungsprojekts (2024–2025), das von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) gefördert wurde. Das Erkenntnisinteresse galt den

Auswirkungen des 7. Oktober auf Jüdinnen*Juden. Im Mittelpunkt steht nicht die Erfassung von Häufigkeiten oder Intentionen antisemitischer Übergriffe, sondern die Analyse der Wirkungen des 7. Oktober und der gesellschaftlichen Reaktionen darauf auf die Betroffenen.

Auf der Grundlage eines breiten Samples eröffnet die qualitative Studie mit 111 Teilnehmenden Einblicke in subjektive Erfahrungen und Deutungen sowie Strategien des Umgangs und der Bewältigung des 7. Oktober innerhalb jüdischer und israelischer Communities. Die Erhebung begann im Februar 2024 und erstreckte sich über einen Zeitraum von 20 Monaten. Es ist die erste mehrsprachige, bundesweite und sozialwissenschaftliche (qualitative) Erhebung zu Auswirkungen des Terrors und Antisemitismus auf die jüdische und israelische Communities in Deutschland.

Die im Datenmaterial identifizierten Grundmuster der Relativierung, Legitimation und Verherrlichung der genozidalen Gewalt des 7. Oktober, das von Studienteilnehmenden benannte Schweigen, die Indifferenz, Täter*innen-Opfer-Umkehr bis hin zu offener Feindschaft führen dazu, dass Studienteilnehmer*innen eine doppelte Invalidation erfahren – einerseits durch den 7. Oktober und andererseits durch die in weiten Teilen antisemitisch strukturierte gesellschaftliche Debatte über die Bedeutung dieser Gewalt. Aus der Perspektive der prozessualen Gewaltsoziologie wird zudem deutlich, dass der jüdischen Gemeinschaft die Definitionsmacht über die (unmittelbar) erlebte Gewalt diskursiv entzogen wird. Damit setzt sich die Erfahrung von Gewalt nicht allein in der unmittelbaren Verwundung fort, sondern auch in der Fremdanerkennung der Deutungshoheit über das Erlebte.

Die Befunde der Studie sind folglich auf zwei Wirkungsebenen zu betrachten – zum einen auf der Wirkungsebene des 7. Oktober selbst, also der unmittelbaren Erfahrung von Terror, Gewalt und Bedrohung; zum anderen auf der Wirkungsebene des 8. Oktober, also der Zeit danach, in der die Reaktionen der nichtjüdischen Umgebung, gesellschaftliche Diskurse und institutionelle Umgangsweisen eine weitere, eigenständige Dimension der Exklusion und Invalidation darstellen.

6.1 Der 7. Oktober als (kollektive) Überwältigungserfahrung

Die Terrorangriffe um den 7. Oktober gelten als die tödlichsten Massaker an Jüdinnen*Juden seit der Shoah. In der Einordnung der Ereignisse sind jedoch nicht die Zahlen der Opfer ausschlaggebend, sondern die Ideologie der genozidalen Vernichtung (vgl. Diner 2023). Die Feindschaft gegen Jüdinnen*Juden als Jüdinnen*Juden und die Ideologie der Auslöschung jüdischer Präsenz im Nahen Osten trifft auf diese Weise nicht allein die israelische Gesellschaft, sondern auch die jüdische Diaspora. Der 7. Oktober gilt als eine historische Zäsur, die in ihrer psychischen und politischen Wirkung als besonders schwerwiegend eingeschätzt wird (vgl. Hestermann 2024).

Die Ereignisse des 7. Oktober erreichen die Studienteilnehmenden in unterschiedlichen Lebenssituationen – teils in Israel, teils in Deutschland, unmittelbar oder zeitverzögert. Die ersten Reaktionen bestehen in Schock, Sorge um Angehörige, intensiver Informationssuche und im Aufbau digitaler Austauschgruppen. Das Erleben des 7. Oktober verbindet sich mit Erinnerungen an frühere Kriege und Anschläge sowie mit der Sorge vor einer antisemitischen Mobilisierung in Deutschland und weltweit. Die Studienteilnehmenden ordnen den 7. Oktober in die Erfahrung früherer Terrorphasen gegen Israel ein – etwa mit Bezug auf die zweite Intifada oder andere Kriege, darunter auch der Krieg in der Ukraine. Zugleich wird deutlich, dass die Realisierung des Ausmaßes und der Tragweite der Gewalt nur verzögert und fragmentarisch erfolgt und dabei eine doppelte emotionale Überwältigung einsetzt: die Konfrontation mit der aktuellen Gewalt und die gleichzeitige Aktivierung früherer Erfahrungen.

Insgesamt zeigt sich, dass der 7. Oktober von Studienteilnehmenden als eine starke Überwältigungserfahrung erlebt wird. Sichtbar wird eine emotionale wie auch biografische Betroffenheit, die sich in Gefühlen von Überforderung, Angst und Trauer sowie in der Erfahrung einer existenziellen Zukunftsverengung niederschlägt. Die bestehenden Routinen und das Wissen um frühere Kriege und Anschläge greifen nicht mehr, da die Gewalt des 7. Oktober aus dem vertrauten Erfahrungskomplex herausragt. Die Inszenierung der Angriffe und ihre gezielte mediale Verbreitung vermitteln Jüdinnen*Juden die Botschaft, dass auch sie, obwohl sie in Deutschland leben, nicht sicher sind und ein legitimes Angriffsziel darstellen. Studienteilnehmende berichten, dass sie bereits in den ersten Stunden nach dem Anschlag in sozialen Medien gewaltverherrlichende Kommentare und Aufrufe zu Versammlungen mit antisemitischen Mustern empfangen.

Die Gewalt des 7. Oktober zählt zu Formen kollektiver – physischer wie psychischer – Gewalt, die Jüdinnen*Juden als Gemeinschaft adressiert und ihre Zerstörung zum Ziel hat (vgl. zum Begriff kollektiver Gewalt u.a. Zwi/Garfield/Loretti 2002). Der im Zusammenhang mit dem 7. Oktober entwickelte Begriff des familienbezogenen Terrors beschreibt eine für dieses Ereignis spezifische Form extremer Gewalt und eignet sich, um dessen Wirkung analytisch zu fassen (vgl. Elkayam-Levy et al. 2025). Am 7. Oktober richteten die Terrorgruppen ihre Angriffe gezielt auf die Zerstörung ganzer Familiensysteme sowie intergenerationaler und familiärer Bindungen. Forensische Analysen und weiteres Beweismaterial zeigen wiederkehrende Muster der eingesetzten Gewalt, die darauf hinweisen, dass die Angriffe intentional und systematisch erfolgten. Tötungen und schwere Verletzungen erfolgten zumeist in Anwesenheit anderer Familienmitglieder und zielten auf die Auslöschung mehrerer Generationen innerhalb einer Familie, die Tötung von Eltern vor den Augen ihrer Kinder oder umgekehrt, die Entführung ganzer Familien mit Kindern, die erzwungene Trennung von Eltern und Kindern sowie die gezielte Verbrennung und Zerstörung des familiären Schutzraums.

Ein weiterer systematischer Parameter dieser Angriffe war der Einsatz digitaler Medien, mit denen die Misshandlungen unmittelbar an die Familien der Opfer und an die Öffentlichkeit übertragen wurden (vgl. ebd.). Bei dieser Form der familienbezogenen Gewalt ging die Strategie des Terrors über die individuelle Verletzung hinaus und zielte auf die Zerstörung des familiären Gefüges als zentrales soziales Bezugssystem. Im Kontext des 7. Oktober wird deutlich, dass die Massaker nicht allein auf physische Zerstörung und Vernichtung gerichtet waren, sondern ebenso auf die langfristige Destabilisierung kollektiver Identität und generationaler Kontinuität jüdischer Existenz (vgl. Diner 2023; Oz-Salzberger 2025).

Das Datenmaterial der vorliegenden Studie zeigt nun, dass die Interviewten die genozidale Botschaft der Terrororganisationen empfangen und verstanden haben (vgl. Diner 2023). Die hohe biografische Identifikation mit den Opfern der Massaker und der trauernden israelischen Gesellschaft lässt das Geschehen als biografisch relevant erleben und einordnen. Die gezielt verbreiteten Bilder der Gewalt und der Geiselnahmen führen auch bei Menschen außerhalb des unmittelbaren Geschehens zu emotionaler Überwältigung, zu Intrusionen durch medial vermittelte Bilder und Informationen, zu Angst und Vermeidungsverhalten sowie zu einem erschütterten Welt- und Selbstverständnis. Die direkte Betroffenheit einiger Studienteilnehmender, die mediale Präsenz der Gewalt, die Sorge um Angehörige sowie die geteilte jüdische Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte verstärken diesen Effekt und machen die potenzielle sekundäre Traumatisierung zu einer kollektiv geteilten Reaktion in der jüdischen Community in Deutschland.

Dabei verschränkt sich das Wissen um die Massaker in Israel mit der antizipativen Sorge, hier in Deutschland nicht verstanden und nicht geschützt zu sein. Bereits am 7. Oktober werden antisemitische Eskalationen antizipiert und benannt. Einige Interviewpartner*innen ringen mit der Gewissheit, dass die Ereignisse am 7. Oktober keine Einbildung sind, sondern eine Realität, die Jüdinnen*Juden gegenwärtig widerfährt. Das wird durch mehrere Schlüsselthemen im Datenmaterial deutlich: die Reaktivierung familienbiografischer Vergangenheit, die Neubewertung familiärer Aufträge und historisch gewachsener Vorsicht vor Antisemitismus sowie die Dilemmata, in denen sich Studienteilnehmende – insbesondere jüdische Eltern – historisch wie gegenwärtig bei der Erziehung ihrer Kinder befinden.

Das Leben jüdischer Familien ist nach dem 7. Oktober in besonderem Maße durch die Verarbeitung antisemitischer Bedrohungen geprägt. Die dabei aufscheinenden Dilemmata der Sichtbarkeit und des Sicherheitsverhaltens erweisen sich als historisch gewachsen und aktuell unauflösbar. Damit wird deutlich, dass familiäre Entscheidungen wie die Wahl einer Bildungseinrichtung oder des Schulwegs

im Spannungsfeld situativer Abwägungen, transgenerationaler Erfahrungen und gegenwärtiger Herausforderungen getroffen werden.

6.2 Der 8. Oktober – Modi gesellschaftlicher Reaktionen

Antisemitismus manifestiert sich in körperlichen Angriffen ebenso wie in Diskursen der Täter*innen-Opfer-Umkehr, in institutionellen Praktiken oder der Relativierung und Abwertung jüdischen Wissens und jüdischer Erfahrungen (vgl. Chernivsky/Lorenz-Sinai 2024b,c). Nach dem 7. Oktober verdichtet sich zudem die historisch tradierte Form des politischen Antisemitismus (vgl. Rensmann 2025) und des Vernichtungsantisemitismus, der auf ideologischer Totalität und Erlösungsfantasien basiert (vgl. Rabinovici 2024).

Neben dem Massaker selbst sind die kollektiv erlebten Reaktionen des gesellschaftlichen Umfelds darauf Teil der Zäsurerfahrung seit dem 7. Oktober (vgl. Illouz 2025). Stützende Nachfragen nach dem Wohlergehen der Studienteilnehmenden und ihrer Familien erscheinen im Datenmaterial als Ausnahme; es überwiegen Modi des Schweigens, der offensiven Konfrontation, der Gewaltverherrlichung oder relativierenden Schuldzuweisung. Aus der gewaltsoziologischen und traumatheoretischen Perspektive, die dieser Studie zugrunde liegt, zeigt sich, dass die Bedeutung der Gewalt des 7. Oktober nicht nur im Ereignis selbst liegt, sondern in den Prozessen des nachträglichen Verstehens, Erinnerns und Kontextualisierens ausgehandelt wird (vgl. Caruth 1995). Zum einen wird die Gewalt des 7. Oktober für Jüdinnen*Juden erst in den nachträglichen Deutungen erfahrbar und verstehbar. Zum anderen prägen die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Massaker und der um sich greifende Antisemitismus maßgeblich das Erleben des 7. Oktober. Dass Jüdinnen*Juden in ihrem Alltag Abwertung und Ablehnung erleben, verdichtet den Hinweis auf die traumatische Invalidation von Gefühlen und Erfahrungen, die auch in anderen Studien herausgearbeitet worden ist (vgl. Bar-Halpern/Wolfman 2025). Der Begriff der traumatischen Invalidation (*traumatic invalidation*) grenzt sich von der traumaindividualisierenden Perspektive und bezeichnet einen sozialen Prozess, in dem die Erfahrungen von (traumatisierten) Personen durch ihr Umfeld systematisch abgewertet, negiert oder fehlgedeutet werden (vgl. Harned 2022). Damit setzt sich die Gewalt des 7. Oktober über das Initialereignis hinaus fort, da den Betroffenen die Möglichkeit der Unterstützung und Verarbeitung durch das unmittelbare Nahumfeld entzogen wird. Daran wird die historische Kontinuität der Nichtanerkennung jüdischer Erfahrungen sichtbar – von der Aberkennung der Verfolgungserfahrungen der Überlebenden und ihrer Nachkommen bis hin zur Relativierung und Invalidation antisemitischer Erfahrungen in der Gegenwart. Diese Kontinuität setzt sich als Form transgenerational vermittelter sekundärer Traumatisierung fort (vgl. Grünberg/Arnold 2025).

6.3 Auswirkungen im öffentlichen Raum, Beruf und Bildung

Die Befunde weisen darauf hin, dass der 7. Oktober Dynamiken verstärkt, die zu Diskriminierung und Exklusion von Jüdinnen*Juden führen – etwa durch eingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben, an Dienstleistungen und Infrastruktur sowie im Arbeits- und Bildungsbereich. Es wird deutlich, dass die Praktiken der Exklusion in sämtliche Lebensbereiche der Interviewpartner*innen hineinwirken und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränken. Die Einschränkungen zeigen sich nicht nur in expliziten Ausschlüssen, sondern auch in subtilen Alltagspraktiken. Studienteilnehmende schildern, wie sie aus Antizipation von Übergriffen ärztliche Termine absagen, Schmuck mit jüdischer Symbolik abnehmen, Studiengänge wechseln, ihre Sprache in der Öffentlichkeit zurückhalten. Eltern schildern, wie die Sorge vor Übergriffen sie dazu veranlasst, die Schulwege ihrer Kinder zu verändern oder einen Einrichtungswechsel abzuwägen.

Im öffentlichen Raum zeigt sich, dass die jüdische und insbesondere die israelische Herkunft wie auch die hebräische Sprache die Sicherheit unterminieren und den Zugang zu gesellschaftlichen Gütern einschränken. Verschiedene Interviewpartner*innen berichten zum Beispiel von Übergriffen im öffentlichen Nahverkehr – teils in Form verbaler Gewalt, teils durch physische Bedrängung –, die einsetzen, nachdem sie in der Bahn durch das Sprechen von Hebräisch als Israelis erkannt wurden. Die Folgen sind eine Verdrängung in die Unsichtbarkeit und der Rückzug in sichere (jüdische) Sphären. Zu einer besonders spürbaren Belastung werden diese Bedrängungen, Machtdemonstrationen und Übergriffe, wenn die Interviewpartner*innen sie in Anwesenheit ihrer Kinder erleben. Interviewpartner*innen sehen sich gezwungen, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und sich auf Belästigungen, teilweise auch auf Erniedrigungen und gar physische Übergriffe in der Öffentlichkeit einzustellen und den Umgang damit zu suchen. Thematisiert werden Formen der Belästigung – von antisemitischen Schmierereien über unerbetene Fragen, offensive Konfrontationen oder Kommentare bis hin zu subtilen Formen der Invalidation, die Identität und Würde der Betroffenen verletzen. Deutlich wird das in den geschilderten Szenen, wie der einer vulnerablen medizinischen Behandlungssituation – offenbar müssen Jüdinnen*Juden, die ärztlichen Rat suchen oder sich für eine Untersuchung entkleiden, davon ausgehen, unvermittelt mit Statements und moralischen Selbstpositionierungen zu Israel konfrontiert zu werden. Es wird auch deutlich, dass Studienteilnehmende aus Antizipation von Übergriffen ärztliche Termine absagen, Schmuck mit jüdischer Symbolik abnehmen, ihre Namen oder Sprache von der Öffentlichkeit verbergen. Weil sie Übergriffe auf ihre Kinder befürchten, suchen manche Eltern neue, vermeintlich sicherere Schulwege oder wechseln sogar die Schule.

Mikroaggressionen im Alltag und öffentlichen Raum erzeugen nicht nur Gefühle von Bloßstellung und Verletzung, sondern wirken kumulativ, indem sie die vertrauten Sicherheitsordnungen verschieben

und die ohnehin eingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben weiter erschweren. Es zeigt sich eine Verschränkung unterschiedlicher Diskriminierungsformen, durch die Jüdinnen*Juden im Alltag in vielfältiger Weise betroffen sind – von offenen Anfeindungen bis hin zu subtilen und strukturellen Benachteiligungen.

Interviewpartner*innen erleben, wie Antisemitismus in ihrem alltäglichen Leben immer mehr Raum einnimmt und sie in ihrem Leben einschränkt, da sie stets situativ nachjustieren müssen, ob und wie sie mit anderen ins Gespräch gehen, wo und wie sie sich zeigen können. Derartige Einschränkungen in der Teilhabe am öffentlichen Leben bedeuten für Jüdinnen*Juden nicht nur eine Beeinträchtigung ihrer Gleichberechtigung, sondern machen zugleich den Rückzug oder das Meiden bestimmter Orte erforderlich. Damit gerät das demokratische Versprechen von Freiheit, Würde und Sicherheit in Spannung zu den Erfahrungen jüdischer Betroffener, deren Zugehörigkeit und Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum massiv eingeschränkt werden.

Teilhabebeschränkungen im **Berufsleben** werden von den Interviewten stark thematisiert. Dabei zeigen sich im professionellen Kontext dieselben Modi der Reaktionen – das Schweigen, die offensive Konfrontation, die Verherrlichung der Massaker, die Schuldzuweisung oder auch die doppelten Standards durch das nichtjüdische Umfeld, wie sie für das persönliche Umfeld beschrieben wurden. Studienteilnehmende berichten von subtiler wie offener Distanzierung, Entsolidarisierung in Kollegien bis hin zu direkten antisemitischen Anfeindungen am Arbeitsplatz. Die Marginalisierung und Invalidation der Bedarfe und Erfahrungen jüdischer Mitarbeiter*innen zeigt sich im beruflichen Kontext durch ausbleibende Nachfragen, fehlende Beschwerdemöglichkeiten bei antisemitischer Diskriminierung, die Verweigerung von Schutzmaßnahmen oder mangelnde Rücksichtnahme. Neben dem Verlust von Beziehungen und Netzwerken betrifft dies insbesondere im künstlerischen und akademischen Feld auch stille sowie explizite Boykottpraktiken gegenüber Jüdinnen*Juden und Israelis.

Im **Bildungsbereich** zeigen sich Strukturen, die Jüdinnen*Juden exkludieren, nach dem 7. Oktober deutlicher als zuvor. In Bezug auf Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen werden institutionelles Nichthandeln und fehlender Schutz thematisiert. Interviewpartner*innen schildern die Erfahrung, dass Angriffe folgenlos blieben oder Beschwerden ins Leere liefen. In Schulen zeigt sich Exklusion räumlich und sozial, etwa wenn Kinder an jüdischen Schulen wegen der akuten Anschlagsgefahr nur unter Wachschutz lernen oder zum Sportunterricht gehen können. In nichtjüdischen Einrichtungen sind Kinder mit jüdischen Biografien oftmals antisemitischen Markierungen und Othering ausgesetzt. Ihre Teilhabe ist mit Sicherheitsabwägungen der Eltern verknüpft. So muss die Frage nach jüdischer Sichtbarkeit und der Umgang mit der eigenen Identität in

nichtjüdischen Bildungseinrichtungen fortwährend neu ausgehandelt werden – mit sich selbst und mit dem sozialen Umfeld. Insgesamt bedeutet diese Situation für jüdische Kinder und Jugendliche einen nach dem 7. Oktober noch weiter eingeschränkten Zugang zu gemeinschaftlichen Lern- und Sozialisationsräumen.

Im Hochschulkontext zeigen sich zudem Praktiken politischer Mobilisierung oder die Übernahme antisemitischer Narrative durch Kommiliton*innen und Dozierende. Nach dem 7. Oktober werden Exklusionspraktiken im Kontext von Hochschulen verstärkt legitimiert, als politisches Handeln umgedeutet und zunehmend enttabuisiert. Sichtbar wird das etwa durch die andauernde Präsenz antisemitischer Bildsprache, die Verherrlichung des 7. Oktober in Chats, die Verweigerung einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Seminaren, als ausbleibend oder zurückhaltend beschriebene institutionelle Reaktionen auf Beschwerden der Betroffenen.

Die Daten geben Hinweise auf strukturelle Exklusion im Schul- und insbesondere im Hochschulkontext. Dabei zeigt sich an Hochschulen – im Gegensatz zu Schulen – eine raumgreifende Dimension des politischen Antisemitismus. Jüdische Studierende erfahren Antisemitismus hier nicht nur durch Kommilitoninnen als Peers oder in Lehrkontexten, sondern auch im weiteren institutionellen Umfeld – mitunter durch die Präsenz antisemitischer Bildsprache, unkritische Übernahme antisemitischer Narrative unter Studierenden, aber auch in akademischen Gremien sowie durch Berichte über fehlenden institutionellen Schutz. Hochschulen sind an das Grundgesetz gebunden und müssen das Diskriminierungsverbot aus Art. 3 Abs. 3 GG, das Gleichheitsgebot aus Art. 3 Abs. 1 GG und die Menschenwürde aus Art. 1 GG beachten. Hieraus folgt ein Schutzauftrag vor Diskriminierung. Aus einschlägigen gesetzlichen Regelungen – wie den Landeshochschulgesetzen oder hochschulischen Antidiskriminierungssatzungen – ergibt sich für Hochschulen und ihre Organe keine ausdrücklich normierte Pflicht, antisemitische Diskriminierung aktiv zu verhindern. Diese Normen begründen jedoch die Verantwortung, entsprechende Äußerungen oder Handlungen nicht tatenlos hinzunehmen, da bereits das passive Dulden als Diskriminierung durch Unterlassen zu qualifizieren ist.

6.4 Innerjüdische Kohäsion und Thematisierungen der Beziehungen zu Israel, Judentum und Gaza

Die Gewalt des 7. Oktober und die Verdichtung antisemitischer Exklusion und Bedrohung in Deutschland in sämtlichen Alltagssphären in Deutschland bewirkt eine Kohäsion in den jüdischen und israelischen Communities. Die hohe Identifikation und Solidarität mit den Opfern der Massaker sowie mit den Geiseln und ihren Familien konstituiert dabei eine neue kollektiv-jüdische Erfahrung, die das Wissen um das Überleben der Vorfahren mit der aktuellen Bedrohung in Beziehung setzt. Deutlich wird, dass gemeinschaftliche Kohäsion einen unterstützenden Faktor in der Verarbeitung von

Traumatisierung und Belastung darstellt. Zugleich verweist der stark artikulierte Bedarf an innerjüdischen Angeboten und Community-orientierter Betroffenenberatung auf den Prozess der Entsolidarisierung im sozialen Umfeld, der durch innerjüdisches Zusammenrücken ausgeglichen werden soll. Es zeigen sich auch neue Formen des jüdischen Empowerments, unter anderem durch ein eigenes politisches Engagement.

Gleichwohl wird das Zusammenrücken in Krisenzeiten für Studienteilnehmende in ambivalenter Hinsicht relevant: einerseits als Ressource, andererseits als Spannungsfeld. Das Dilemma jüdischer Familien tritt dabei besonders deutlich hervor. Der Gemeinschaft stiftende Besuch von Synagogen, jüdischen Kindertageseinrichtungen und Schulen ist begleitet von der Sorge, Ziel eines Anschlags zu werden. Das Aufsuchen von nichtjüdischen Bildungseinrichtungen geht in den Schilderungen einiger Studienteilnehmender mit dem Risiko von Übergriffen einher. Daraus ergeben sich Fragen der Erziehung und Begleitung der Kinder ebenso wie Bedarfe an Schutz und Unterstützung insbesondere in Bildungsinstitutionen. Thematisiert werden spontane, aber auch organisierte (edukative) Community-Angebote und zeitnahe Reagieren der jüdischen Organisationen wie auch communitynahen Beratungsstellen im Nachgang zum Terroranschlag.

Neben der innerjüdischen Kohäsion zeigt sich auch ein Prozess der Auseinandersetzung mit der politischen Situation in Israel und dem Krieg in Gaza. Interviewpartner*innen verarbeiten die Ereignisse in Israel, im Gazastreifen und die Angriffe durch den Iran und ringen um Sprache, Deutung sowie politische und moralische Positionen zu der Situation in Israel und Gaza. Zentrale Themen sind die Qualen der Geiseln, das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, aber auch die Dämonisierungen Israels und binäre Positionierungszwänge. In vielen Interviews findet sich eine deutliche Kritik an und Distanzierung von der aktuellen israelischen Regierung bei gleichzeitiger Neuorientierung an Israel als potenzieller Schutzraum für Jüdinnen*Juden im Angesicht der gegenwärtigen Bedrohung in der Diaspora.

Kritisiert werden auch Vereinfachungen wie die Ausblendung der Rolle des Irans und der arabischen Nachbarstaaten. Insgesamt verweisen die Interviews auf eine Polyphonie jüdischer und israelischer Perspektiven im Hinblick auf die Positionierung zur politischen Situation in Israel und zum Krieg im Gazastreifen. Dabei lassen sich die Interviews nicht eindeutig kategorisieren als eine bestimmte politische Position. Vielmehr zeigen sich innerhalb einer Interviewerzählung verschiedene Perspektiven und Suchbewegungen.

6.5 Psychische Auswirkungen und transgenerationale Dimension

Die psychischen und physischen Reaktionen der Studienteilnehmenden stellen eine erwartbare Reaktion auf ein abnormales Ereignis eines extremtraumatischen Ausmaßes dar und rufen psychische

und physische Symptome hervor. Die Ereignisse um den 7. Oktober bergen ein verstörendes und traumatisches Potenzial in sich, das sich sowohl auf psychischer als auch körperlicher Ebene manifestiert. Geschildert werden psychische Auswirkungen in Form von Affektüberflutung, Dissoziationen, Ängsten, intrusiven Erinnerungen, Rückzugsverhalten wie auch von körperlichen Stressreaktionen wie Schlafstörungen, Herzrasen oder Symptome anhaltender Erschöpfung.

Im Rückgriff auf traumapsychologische Konzepte lassen sich die von Studienteilnehmer*innen, die der Gewalt des 7. Oktober nicht unmittelbar ausgesetzt waren, geschilderten psychischen und physischen Symptome als Ausdruck sekundärer Traumatisierung verstehen (vgl. van den Kolk 2014). Ein Teil der Studienteilnehmenden ist zudem über die direkte Aussetzung und Traumatisierung naher Angehöriger oder Freund*innen in Form sekundärer bzw. stellvertretender Traumatisierung mittelbar von den Angriffen und Entführungen betroffen.

Es zeigt sich, dass der 7. Oktober in den Selbstthematizierungen der Studienteilnehmenden als kollektives Referenzereignis erscheint, das ein kumulatives, multigenerationales Trauma potenziell reaktualisiert. Die genozidale Gewalt wirkt hierbei als Auslöser einer erneuten Bezugnahme auf familienbiografisch vermittelte Vernichtungserfahrungen (vgl. Brainin/Teicher 2025; Grünberg/Arnold 2025). Die Gewalt des 7. Oktober – die Auslöschung ganzer Familien, der Mord an Kindern vor den Augen ihrer Angehörigen, das Verbrennen von Infrastrukturen und die gezielte Verfolgung von Menschen – ruft bei Studienteilnehmenden Bilder wach, die mit der Shoah und anderen historischen Verfolgungen assoziiert werden. Dadurch erscheinen die zuvor möglicherweise noch etwas abstrakten Erfahrungstransmissionen früherer Generationen in neuer Unmittelbarkeit (vgl. Chernivsky 2025b). Mit dem Konzept der sequentiellen Traumatisierung wird deutlich, dass sich die Nachträglichkeit traumatischer Erfahrungen nicht isoliert, sondern im sozialen Raum vollzieht. Erfahrungen der Ablehnung und antisemitischer Invalidation im sozialen Umfeld wirken dabei als Verstärker und beeinflussen maßgeblich die Möglichkeiten der Verarbeitung und Bearbeitung (vgl. Keilson 1979). Aus dieser Perspektive erscheint das Trauma des 7. Oktober nicht als singuläres Ereignis, sondern als prozesshaftes und sozial eingebettetes Geschehen.

Der Terroranschlag lässt sich als eine spezifische Form kollektiver Gewalt begreifen, die jüdische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit adressiert (vgl. Shani et al. 2024). Die Reaktionen der jüdischen Diaspora auf den 7. Oktober korrespondieren eng mit kollektiv vermittelten Gewalterfahrungen und Verfolgungsgeschichten und knüpfen an Erfahrungen früherer Kriege und Anschläge an. Mehrere Studienteilnehmende grenzen dieses Initialereignis von früheren biografisch wirksamen Ereignissen ab, wodurch seine qualitativ neue wie auch die extremtraumatische und überwältigende Dimension sichtbar wird. Auf diese Weise bewirkt der 7. Oktober neben der individuellen Überwältigung auch

einen Prozess der kollektiven Verletzung, da dieses Gewaltereignis für die jüdische Gemeinschaft als Ganzes bedeutsam ist (vgl. Brainin/Teicher 2025; Oz-Salzberger 2025). Dass gruppenbezogene kollektive Gewalt bei den Angehörigen einer Gemeinschaft schwerwiegende Traumatisierungen hervorrufen kann, die über initiale Traumareaktionen und adaptive Anpassungsprozesse weit hinausreichen, ist empirisch gut belegt (vgl. u. a. Bonanno 2004; Kühner 2007). Ein adäquates Verständnis dieser Traumatisierungsform erfordert jedoch nicht nur die Berücksichtigung individualpsychologischer Reaktionen, sondern ebenso der Wirkungsweisen kollektiv erfahrener und transgenerational vermittelter Gewalt (vgl. Chernivsky 2020).

Auch Antisemitismus lässt sich als eine Form kollektiver Gewalt verstehen, da Hass und Diskriminierung nicht nur einzelne Jüdinnen*Juden meinen und treffen, sondern die gesamte Gruppe adressieren. Die Erzählungen vieler Studienteilnehmender spiegeln Geschichte und Gegenwart antisemitischer Gewalterfahrungen wider: Die Deutung der aktuellen Bedrohung steht in Kontinuität zu früheren eigenen oder familiär vermittelten Erfahrungen (vgl. Danieli 2023). Deutlich wird, dass die emotionale Zäsur des 7. Oktober Erinnerungen an die Shoah, an Pogrome sowie antisemitische Angriffe und Anschläge hervorruft und das Vertrauen in die Welt erneut zutiefst erschüttert (vgl. Arnold 2025; Grünberg/Arnold 2025). Die Reaktionen und Erfahrungen der Studienteilnehmenden auf den 7. Oktober und die Phase danach treten dabei nicht isoliert auf, sondern sie sind in komplexe Kontexte eingebettet, in denen historische und gegenwärtige Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen zusammenwirken.

7 Empfehlungen auf Basis der Befunde

Ausgehend von den empirischen Befunden dieser Studie lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten:

- Ausbau und Verstetigung der betroffenenorientierten Erfassung antisemitischer Vorfälle sowie Ausbau und Verstetigung von spezialisierten Interventions- und Beratungsstellen, die Betroffene von Antisemitismus und Diskriminierung psychosozial, psychologisch wie auch rechtlich beraten, begleiten und umfassend unterstützen.
- Ausbau von Community-orientierten Programmen, Krisenangeboten und Beschwerdewegen; Weiterentwicklung und Verstetigung von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten für Institutionen (Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Behörden, Unternehmen), die Fach- und Leitungskräfte schulen und Prozesse antisemitismuskritischer Organisationsentwicklung initiieren und begleiten.
- Abbau struktureller Diskriminierung von Jüdinnen*Juden, insbesondere im Bereich der Bildungsteilhabe. Erforderlich ist eine umfassende antisemitismuskritische Strukturentwicklung, die Programme, Institutionen und Verfahren einschließt – etwa durch den Aufbau und die Stärkung von Beschwerdestrukturen, Beratungsangeboten und Unterstützungsnetzwerken.
- Ausdifferenzierung und Integration der Auseinandersetzung mit Antisemitismus in politische und pädagogische Programme von Bund und Ländern.
- Novellierung der Demokratiefördergesetze sowie Reform des AGG, LADG und Strafrechts. Erforderlich sind Ergänzungen, die Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit und Muttersprache (Hebräisch) ausdrücklich berücksichtigen.
- Ausbau von Schutzmaßnahmen und tragfähiger Unterstützungsstrukturen gegen antizionistische und antiisraelische Diskriminierung sowie Mobilisierung in Institutionen.
- Ausbau der politischen Bildungsarbeit, der Lehre und des Unterrichts zur Begriffs- und Bedeutungsgeschichte des Zionismus sowie zur Geschichte Israels, der Region und seiner Nachbarstaaten.
- Ausbau der empirischen Forschung zu subjektorientierten Perspektiven auf antisemitische Diskriminierung, Antisemitismus im öffentlichen Raum und in institutionellen Kontexten; Untersuchungen zu Diskriminierung entlang der Staatsbürgerschaft; Studien zu Erfahrungen und Selbstverständnissen von israelischen Staatsbürger*innen, die in Deutschland mehrdimensionaler Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt sind (z.B. Mizrahim, arabische Israelis, Druz*innen).

8 Literatur

Améry, Jean (1966): Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. Stuttgart: Klett-Cotta.

Arnold, Simon. (2025). Altneue Einsamkeit: Kommentar zum Text von Elisabeth Brainin und Samy Teicher. In: Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie, Jahrgang 27, Heft 2, S. 55-60.

Bachmann, Anna-Theresa (2024): Welche Rolle spielt Ägypten im Nahostkonflikt? In: Fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <https://www.fluter.de/aegypten-nahostkonflikt> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Bar-Halpern, Miri / Wolfman, Jaclyn (2025): Traumatic invalidation in the Jewish community after October 7. In: Journal of Human Behavior in the Social Environment., S. 1-28. DOI: 10.1080/10911359.2025.2503441.

Baumgarten, Helga (1995): Das „Gaza-Jericho-Abkommen“. Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jahrgang 11. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/537261/das-gaza-jericho-abkommen-eine-zwischenbilanz-des-friedensprozesses-im-nahen-osten/> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Baumgarten, Helga (2005): The Three Faces/Phases of Palestinian Nationalism, 1948–2005. In: Journal of Palestine Studies, Volume 34, Issue 4, S. 25-48.

Bernstein, Julia / Brehm, Alina (2025): Zwischen Verstecken und Flagge zeigen: Junges jüdisches Leben in München und Antisemitismuserfahrungen vor und nach dem 7. Oktober. München

Bundesverband RIAS e.V. (2024): Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024 – Jahresbericht. URL: https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Bohnsack, Ralf / Przyborski, Aglaja / Schäffer, Burkhard (Hrsg.) (2010): Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Bonanno, George A. (2004): Loss, Trauma, and Human Resilience: Have We Underestimated the Human Capacity to Thrive After Extremely Aversive Events? In: American Psychologist, Volume 59, Issue 1, S. 20-28. DOI: 10.1037/0003-066X.59.1.20.

Brainin, Elisabeth / Teicher, Samy (2025): Judenhass – Trauma – Zivilisationsbruch: Der 7. Oktober. In: Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie, Jahrgang 27, Heft 2, S. 12-28.

Brinkmann, Svend / Kvale, Steinar (2014): InterViews. Learning the Craft of Qualitative Research Interviewing, 3rd edition. London: SAGE. URL: <https://uk.sagepub.com/en-gb/eur/interviews/book239402> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Brunner, Markus / Eichler, Lutz / Kai-Browne, Tatiana / Knasmüller, Florian / Niendorf, Johanna / Schmidt, Johanna Maj / Uhlig, Tom David / Winter, Sebastian (2024): Der „Schwarze Shabbat“ [Editorial]. In: Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie, Jahrgang 27, Heft 2, S. 5-10.

Chernivsky, Marina (2025a): Bruchzeiten – Leben nach dem 7. Oktober. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Chernivsky, Marina (2025b): „Und ich habe im Studium meine jüdische Identität [...] viel ausgeblendet.“ Zur Normalität von Antisemitismus in psychologischen Feldern. In: Psychosozial, Jahrgang 47, Heft IV (Nr. 178), S. 40-52.

Chernivsky, Marina/ Lorenz-Sinai, Friederike (2025a): Analysekatgorie institutioneller Antisemitismus – Traditionslinien, Erkenntnisse und Forschungslücken. Kommentar zum Initialbeitrag von Sina Arnold und Juliane Karakayali. Rat für Migration e.V.. URL: <https://rat-fuer-migration.de/2024/06/24/rfm-debatte-2024/> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Chernivsky, Marina; Lorenz-Sinai, Friederike (2025b): „wie kommt das [...] dass du nichts sagst wenn Jüdinnen vergewaltigt werden?“ – Sexualisierte Gewalt im Kontext des 7. Oktobers aus jüdischen Perspektiven in Deutschland. In: Glöckner, Olaf; Jikeli, Günther (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober. Hildesheim: Georg Olms Verlag, S. 235-256.

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike (2024a): Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jahrgang 74, Heft 25–26, S. 19-24. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549359/der-7-oktober-als-zaesur-fuer-juedische-communities-in-deutschland/> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike (2024b): Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober – Historische Kontinuitäten, Erscheinungsdimensionen und empirische Befunde. In: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V. (Hrsg.): Ligante Schriftenreihe – Fachdebatten aus der Präventionsarbeit: Der Nahostkonflikt als Katalysator. Heft 7, S. 9-15.

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike (2024c): Institutioneller Antisemitismus in der Schule. In: Baustein 14, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Berlin: Aktion Courage e. V.

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike (2023): Antisemitismus in institutionellen Kontexten – Soziale Prozesse der Deutung und Einordnung. In: Migration und Soziale Arbeit, Heft 1, S. 54-61. DOI: 10.3262/MIG2301054.

Chernivsky, Marina/ Lorenz-Sinai, Friederike (2022): Perspektivendivergenz in der Antizipation und Einordnung antisemitischer Gewalt im Kontext Schule. In: bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Schriftenreihe Band 10799, S. 252-262.

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike / Schweitzer, Johanna (2022): Von Antisemitismus betroffen sein. Deutungen und Umgangsweisen jüdischer Familien und junger Erwachsener. Weinheim: Beltz Juventa.

Chernivsky, Marina (2020): Weiterleben – weitergeben? In: PresentPast – Umgang mit Folgen kollektiver Gewalt. Berlin: AMCHA Deutschland e.V.

Chernivsky, Marina (2017): Biografisch geprägte Perspektiven auf Antisemitismus. In: Mendel, Meron / Messerschmidt, Astrid (Hrsg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 269-280.

Clarke, Adele (2012): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Wiesbaden: Springer.

Danieli, Yael (2023): Multigenerational Legacies of Trauma. In: Psychosomatic Medicine and General Practice, Volume 8, Issue 1. DOI: 10.26766/pmvp.v8i1.409.

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2017): Bericht des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestags. Drucksache 18 / 11970. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/18/119/1811970.pdf> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Dinah Project (2025): The Dinah Project. URL: www.thedinahproject.org [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Diner, Dan (2023): Sie stellen den Israelis den Vernichtungstod in Aussicht. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2023. URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/israel-krieg-hamas-stellen-israelis-den-vernichtungstod-in-aussicht-19265630.html> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Ebbrecht-Hartmann, Tobias / Hartmann, Deborah (2023): Essay zum Angriff der Hamas – Einfach weitermachen ist unmöglich. taz, die Tageszeitung, 04.11.2023. URL: <https://taz.de/Essay-zum-Angriff-der-Hamas/!5967960/> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Elkayam-Levy, Cochav / Cotler, Irwin / Rudyak, Ilya / Gilad, Michal (2025): The New Crime of Kinocide. URL: <https://ssrn.com/abstract=5289089> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.5289089> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Fehlberg, Thorsten / Kranz, Dani (2024): Selbstwirksamkeit, Widerstand und Religion: Nuancen der Selbstverortung jüdischer Aktivisten in Deutschland. In: Vereint im Ressentiment Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 231-252.

Gromova, Alina (2021): En-Gendering jüdische Migration: Narrative jüdischer Frauen mit sowjetischer Erfahrung in Deutschland nach 1990. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Das Deutschland Archiv. URL: www.bpb.de/326606 [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Goldenbogen, Anne / Kleinmann, Sarah (2021): Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Verflechtungen, Diskurse, Befunde, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/43659/aktueller-antisemitismus-in-deutschland> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Gomolla, Mechtild / Radtke, Frank-Olaf (2009): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grimm, Marc / Jahn, Sarah Jadwiga / Frommer, Jana-Andrea / Baier, Jakob (2024): Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei: Eine Interviewstudie bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen. EMPATHIA³ Working Paper Series. DOI: 10.46586/E3.300.

Grünberg, Kurt / Arnold, Simon (2025): Leidenschaft und Leiden. In: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen, Jahrgang 79, Heft 7, S. 594–621.

Herman, Judith (1992) [2018]: Die Narben der Gewalt. Traumatische Erfahrungen verstehen und überwinden, 5., aktualisierte Auflage. Paderborn: Junfermann Verlag.

Halperin-Kaddari, Ruth / Ben-Or, Nava / Zagagi-Pinhas, Sharon (2025): A Quest for Justice: October 7 and Beyond. Recognition and justice for victims of sexual violence in conflict. The Dinah Project. URL: https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages_web-1.pdf [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Harned, Melanie S. (2022): Treating Trauma in Dialectical Behavior Therapy: The DBT Prolonged Exposure Protocol (DBT PE). New York: Guilford Publications.

Hestermann, Jenny (2024): Traumatisiert. Die israelische Gesellschaft nach dem 7. Oktober. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jahrgang 74, Heft 12, S. 8-11.

Illouz, Eva (2025): Der 8. Oktober. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Karakayali, Juliane / Arnold, Sina (2024): Für eine stärkere Verbindung von Rassismus- und Antisemitismusforschung. Ein Vorschlag zur Übertragung des Konzepts des „institutionellen Rassismus“ auf Antisemitismus. Rat für Migration e.V. URL: <https://rat-fuer-migration.de/2024/06/24/rfm-debatte-2024/> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Kellermann, Natan (2009): Holocaust Trauma in Germany and Austria. In: The Holocaust Trauma. Psychological Effects and Treatment. New York/Bloomington: iUniverse, S.116-140.

Keilson, Hans (1979): Sequentielle Traumatisierung bei Kindern. Deskriptiv-klinische und quantifizierend-statistische follow-up-Untersuchung zum Schicksal der jüdischen Kriegswaisen in den Niederlanden. Forum der Psychiatrie. Stuttgart: Enke Verlag.

Kiesche, Veronika (2022): Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten. Verhandlungen von Antisemitismus und antislawischem Rassismus in der zweiten Generation jüdischer Kontingentflüchtlinge. Berlin: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung.

Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.

Seligmann, Rafael (2015): Warum der einseitige Abzug Israels aus Gaza nicht zum Frieden führte. vorwärts, 13.08.2015. URL: <https://www.vorwaerts.de/international/warum-der-einseitige-abzug-israels-aus-gaza-nicht-zum-frieden-fuhrte> [letzter Zugriff: 26.09.2025]

Spiegel, Jasmin / Klotz, Anne-Christin (2024): Jüdische Stimmen hörbar machen. Die Dokumentation von Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 aus jüdischer Perspektive in Deutschland.

Zeitgeschichte-online, 06.10.2024. URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/juedische-stimmen-hoerbar-machen> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Kranz, Dani / Schaum, Ina (2024): Leerstelle jüdische Gegenwart: Jüdische Studien, Selbstpositionierung und blinde Flecken. In: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, Jahrgang 18, Heft 35.

Kühner, Angela (2007): Kollektive Traumata. Berlin: Gießen: Psychosozial-Verlag

Körber, Karen (2021): Einleitung in den Themenschwerpunkt: Jüdische Migration nach 1945. In: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, Jahrgang 15, Heft 29, S. 1-4. URL: https://www.igdi-hh.de/fileadmin/user_upload/medaon_29_koerber_einleitung.pdf [letzter Zugriff: 03.09.2025]

McCann, Ilene L. / Pearlman, Laurie Anne (1990): Vicarious traumatization: A framework for understanding the psychological effects of working with victims. In: Journal of Traumatic Stress, Volume 3, Issue 1, S. 131-149.

Maercker, Andreas (2013): Posttraumatische Belastungsstörungen, 4. Auflage. Berlin: Springer.

Nef, Susanne / Lorenz-Sinai, Friederike (2022): Multilateral Generation of Violence: On the Theorization of Microscopic Analyses and Empirically Grounded Theories of Violence. In: Historical Social Research, Volume 47, Issue 1, S. 111-131. DOI: 10.12759/hsr.47.2022.05.

Neria, Yuval / Markowitz, John C. / Amsalem, Doron / Levi-Belz, Yossi / Roe, David / Lurie, Ido / Tzur Bitan, Dana / Wainberg, Milton L. / Mendlovic, Shlomo (2025): Israeli mental health in the aftermath of the October 7 terrorist attack: Risks, challenges, and recommendations. In: Israel Journal of Health Policy Research, Volume 1, Issue 1. DOI: 10.1186/s13584-025-00682-8.

Mohar, Yarif (2023): Hamas ermordet Friedensaktivist*innen. Amnesty Journal, 26.12.2024. URL: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/israel-getoetete-aktivisten-hamas-mordet-aktive-fuer-frieden> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

OFEK e.V. (2024): Beratungsstatistik 2023-2024. URL: https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK_Beratungsstatistik_2023-24.pdf [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Oz-Salzberger, Fania (2024): Deutschland und Israel nach dem 7. Oktober. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Caruth, Cathy (1995): Introduction: Trauma and experience. In: Cathy Caruth (Hg.): Trauma. Explorations in Memory. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press, S. 3-12.

Poliakov, Léon (1983 [2022]): Von Moskau nach Beirut – Essay über die Desinformation. Freiburg, ça ira-Verlag.

Przyborski, Aglaja / Riegler, Julia (2020): Gruppendiskussion und Fokusgruppe. In: Mey, Günter / Mruck, Katja (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 395-411.

Rabinovici, Doron (2024): Im Morgengrauen. In: Martini, Tania / Bittermann, Klaus (Hrsg.), Nach dem 7. Oktober. Berlin: Edition Tiamat, S. 15-24.

Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt Verlag.

Reimer-Gordinskaya, Katrin / Tzschiesche, Selena (2020): Antisemitismus – Heterogenität – Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft. Der Berlin-Monitor. URL: https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2023/06/BerlinMonitor2020_Web-1.pdf [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Rensmann, Lars (2021): Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Dossier Antisemitismus. URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus> [letzter Zugriff: 02.09.2025]

Rensmann, Lars (2025): Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden: Nomos.

Rosenthal, Gabriele (2015): Interpretative Sozialforschung – Eine Einführung. Weinheim: Beltz Juventa.

Rozovsky, Lisa (2024): Zeug*innen, Geständnisse, Bildmaterial: Beweise für Vergewaltigungen der Hamas am 7. Oktober. Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.). URL: <https://www.boell.de/de/2024/04/30/zeuginnen-gestaendnisse-bildmaterial-beweise-fuer-die-vergewaltigungen-durch-die-hamas> [letzter Zugriff: 02.09.2025]

Shani, Maor / Gerber, Jana / Herb, Marie (2024): Der 7. Oktober, ein Jahr danach: Resilienz und Bewältigung unter Juden in Deutschland angesichts zunehmenden Antisemitismus und kollektiven Traumas – Vorläufiger Bericht. Universität Osnabrück. URL: <https://archive.jpr.org.uk/download?id=23909> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Scherr, Albrecht / Schäuble, Barbara (2008): „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“ – Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit Antisemitismen. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.

Schäuble, Barbara / Radvan, Heike (2016): Zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Sozialen Arbeit. Eine Spurensuche. In: Sozial Extra, Heft 3, S. 37-40.

Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis, Jahrgang 13, Heft 3, S. 283–293.

Stender, Wolfram / Follert, Guido / Özdoğan, Mihri (2010): Konstellationen des Antisemitismus – Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden: Springer VS.

Stender, Wolfram (i.E.): Are there two elephants in the room? Warum Soziale Arbeit antiziganismuskritisch sein muss und warum dies die Aufklärung über Antisemitismus einschließt. Erscheint in: Chernivsky, Marina / Köbberling, Gesa / Lorenz-Sinai, Friederike / Scharathow, Wiebke (Hrsg.): Antisemitismus(kritik) in Bildung und Sozialer Arbeit – Kontinuitäten, Leerstellen, Aktualisierungen. Weinheim: Beltz Juventa.

Straub, Jürgen (2014): Verletzungsverhältnisse. Erlebnisgründe, unbewusste Tradierungen und Gewalt in der sozialen Praxis. In: Zeitschrift für Pädagogik, Jahrgang 60, Heft 1, S. 74-95.

Strauss, Anselm Leonard (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München: Fink.

Sznaider, Natan (2024): Die jüdische Wunde. Leben zwischen Anpassung und Autonomie. Berlin: Hanser.

The Road of recovery (2025): Our story. URL: <https://www.theroadtorecovery.org.il/our-story> [letzter Zugriff: 03.09.2025]

van der Kolk, Bessel (2014): The body keeps the score: Brain, mind, and body in the healing of trauma. New York: Viking.

WHO (2002): World report on violence and health. URL: https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/42495/9241545615_eng.pdf?sequence=1 [letzter Zugriff: 02.09.2025]

Zick, Andreas / Hövermann, Andreas / Jensen, Silke / Bernstein, Julia / Perl, Nathalie (2017): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Bielefeld: Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

Zick, Andreas / Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zwi, Anthony B. / Richard, Garfield / Loretto, Alessandro (2002): Collective Violence. In: Krug, Etienne G. (ed.) / Krug, Linda L. / Dahlberg, James A. / Mercy, Anthony B Zwi / Lozano, Rafael, World Report on Violence and Health. Genova: World Health Organization, S. 231-241. URL: https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/42495/9241545615_eng.pdf [letzter Zugriff: 03.09.2025]

Impressum

**KOMPETENZZENTRUM ANTISEMITISMUSKRITISCHE BILDUNG
UND FORSCHUNG (KOAS) IN TRÄGERSCHAFT DER
ZENTRALWOHLFAHRTSSTELLE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND E.V.**

V.i.S.d.P. / Marina Chernivsky
chernivsky@koas-bildungundforschung.de

ANSPRECHPARTNERIN FORSCHUNGSBERICH

Sophia Hoppe
forschung@koas-bildungundforschung.de

KONTAKT

T (+49) (0)30 513 039 88
M info@koas-bildungundforschung.de
Postfach 58 07 42
10439 Berlin

www.koas-bildungundforschung.de

KOAS
KOMPETENZZENTRUM
ANTISEMITISMUSKRITISCHE
BILDUNG & FORSCHUNG

FH;P Fachhochschule Potsdam
University of
Applied Sciences

Gefördert durch:



